



Das Programm des
Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog
wird mit Unterstützung der Stadt Wien, der Republik Österreich,
der Oesterreichischen Nationalbank, der Karl Kahane Stiftung
und privater Sponsoren realisiert. Wir bedanken uns.

INHALT

5	Vorwort
6	20 Jahre Kreisky-Forum
10	Kalendarium 2012

16	JAHRESTHEMEN 2013
16	PERIPHERY AT RISK
19	ARAB ENGAGEMENT WITH THE JEWISH QUESTION – JEWISH ENGAGEMENT WITH THE ARAB QUESTION

24	LECTURE SERIES
24	AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT
25	ANNA POLITKOWSKAJA LECTURES
26	ARAB CHANGES
29	DEMOKRATIE RELOADED
37	DIASPORA. Erkundungen eines Lebensmodells
40	WISSENSCHAFTLERINNEN IM GESPRÄCH
41	FRANZ VRANITZKY LECTURES
43	GENIAL DAGEGEN
50	TALKING FOR PEACE – A Karl Kahane Lecture Series
52	TONY JUDT LECTURE
54	TRANSATLANTICA

56	STUDY GROUPS AND CONFERENCES
56	ALTERNATIVES TO PARTITION
62	ARAB ENGAGEMENT WITH THE JEWISH QUESTION
65	JEWISH ENGAGEMENT WITH THE ARAB QUESTION

65	VIENNA CONVERSATIONS
70	VIENNA CONVERSATIONS 3
72	VIENNA CONVERSATIONS 4

73	EUROPE AT RISK
73	EUROPE AT RISK IV

76	PERIPHERY AT RISK
76	PERIPHERY AT RISK I
77	PERIPHERY AT RISK II
80	PERIPHERY AT RISK III
87	EUROPEAN MEDITERRANEAN ACADEMY
88	VISITS AND TALKS

90	COOPERATIONS
90	BRUNO KREISKY PREIS FÜR DIE VERDIENSTE UM DIE MENSCHENRECHTE
91	BRUNO KREISKY PREIS FÜR DAS POLITISCHE BUCH
92	LITERATUR IM NEBEL
93	VERABSCHIEDUNG JOHANN PUCHER

91	BRUNO KREISKY FORUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG
-----------	---

96	IMPRESSUM
-----------	------------------

VORWORT

Das vergangene Jahr brachte für das Kreisky Forum in mehrerer Hinsicht neue Herausforderungen.

Zum erfolgreichen und bewährten ›sichtbaren‹ Programm, getragen von der kreativen Mitarbeit der Kuratorinnen und Kuratoren, kam eine zweite, diskrete, aber umso umfangreichere Konferenz- und Seminartätigkeit hinzu. Diese spielte sich einerseits bei uns im Haus ab – Periphery at Risk, Vienna Conversations und andere –, andererseits aber ›wagten‹ wir den Schritt aus der geschützten Armbruster-gasse hinaus.

Das Kreisky Forum war eingeladen, im Europäischen Parlament verschiedene Programme und Initiativen vorzustellen und zu diskutieren, aber auch aktive Partnerin in Brüssel bei der Durchführung einer großen internationalen Konferenz im Europäischen Parlament zu sein.

Ich hatte die Gelegenheit, in Harvard und an der University of Massachusetts/Boston zu sprechen, aber auch die Freude, eine große Anzahl von internationalen Experten und Expertinnen zu unseren Konferenzen in Wien zu begrüßen.

Durch die bewährte jahrelange Zusammenarbeit mit dem Center for Liberal Strategies in Sofia, dem European Council on Foreign Relations und dem Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport konnten die Ergebnisse der Konferenzen in Form von Policy Papers und Recommendations an die politischen Entscheidungsträger in Österreich und der Europäischen Union gelangen und damit unser Feld als Think Tank erheblich erweitern.

Im 20. Jahr seiner Tätigkeit konnte das Kreisky Forum nicht nur seinen Standard halten, sondern erfreu-licherweise weiter ausbauen. Das gelingt durch den großen Einsatz meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Melitta Campostrini, Karin Mendel und Mladen Racanovic, die Verstärkung durch zwei junge Frauen – Lena Campostrini und Nathalie Luftensteiner – und dem seit vielen Jahren dem Haus verbundenen Wolfgang Freitag bekommen haben, aber auch durch die großartige Zusammenarbeit mit den Kuratorinnen und Kuratoren und der Partnerschaft mit internationalen Institutionen.

Ich bedanke mich beim Vorstand für das Vertrauen, bei den Sponsoren für die Unterstützung und wünsche uns gute nächste zwanzig Jahre.

Gertraud Auer Borea

Generalsekretärin



R. Scholten | E. Pluhar | C. Corti



E. Busek | F. Vranitzky



H. Schmidt | F. Vranitzky

20 JAHRE KREISKY FORUM

REFLEXIONEN DES VORSTANDS

Rudolf Scholten

Präsident

Der Aura von Bruno Kreisky wurde und wird viel zugeschrieben. Sein Bild von einer ›besseren Welt‹ erlaubte einen großen Spielraum für zusätzliche Einbeziehungen, die die Sogwirkung, die von seinem politischen Handeln ausging, noch verstärkten. Dass in einem so intensiven Maße eine Wechselwirkung zwischen Aura und ihrer Interpretation entsteht, ist ein Beleg großer politischer Wirkung und historischer Glücksfall.

Die Aversion gegen eine ›biedermeierhafte‹ Beschränkung auf die engen Grenzen des eigenen Umfeldes war bei Bruno Kreisky legendär und führte zur einzigen möglichen politischen Reaktion: Österreich und sich selbst intensiv auf internationalem Niveau als politischen Akteur einzubringen, Probleme und Krisen nicht damit zu bagatellisieren, dass sie zu weit weg stattfinden, sondern Betroffenheit und Verantwortung im Wortsinn global zu verstehen. Den Spielraum Österreichs hat er dabei immer als vorteilhaft ungebunden interpretiert und nicht als durch seine mangelnde internationale Bedeutung beschränkt. Österreich und Bruno Kreisky waren internationale Akteure und das nicht zufällig, sondern weil er diese Relevanz überzeugend behaupten konnte.

Viel von dieser ›Zuständigkeit‹ ist im Wohnhaus Bruno Kreisks in der Armbrustergasse zu spüren. Dies nicht als atmosphärische Überschätzung, sondern als erlebbare Wahrnehmung von Räumen, die schon viele internationale Begegnungen, streitbare Auseinandersetzungen, aber auch diskrete Versöhnungsversuche beherbergt haben. Nicht esoterische Erwartungen an Wände und Räume lösen diese Erlebnisse aus, sondern das Wissen um zahlreiche Beispiele historisch wichtig gewordener Treffen, die hohen Erwartungen an das Niveau der geführten Gespräche und wohl auch unsere eigene Sehnsucht nach einer aktiven politischen Rolle, die ein Land wie das unsere spielen könnte, wenn man sich der beschriebenen Überzeugung politischer Verantwortung wieder nähern würde.

Glücklicherweise hat Franz Vranitzky schon bald nach dem Tod Bruno Kreisks die Idee zu realisieren begonnen, den Vorteil dieses Ortes, den ›Genius Loci‹, für ein politisches Projekt zu nutzen, das dringend nach einer Adresse gesucht hat. In Österreich ein Zentrum für internationalen Dialog zu schaffen, war eine inhaltlich geradezu zwingende Herausforderung, eine in der Realisierung weitblickende und zur richtigen Zeit die notwendige Dynamik entwickelnde Initiative.

Unter der Leitung von Margit Schmidt und seit 2005 von Gertraud Auer ist es gelungen, die Aura des Namensgebers und des Ortes gemeinsam mit der Reputation und dem persönlichen Engagement von Franz Vranitzky dafür einzusetzen, eine mittlerweile – im besten Sinn des Wortes – selbstverständliche Plattform zu etablieren, die diesen hohen Ansprüchen gerecht wird.

Das ›Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog‹ ist ein Ort, der vor einem breiten Horizont Themen dieser Welt aufgreift und sich als Partner verschiedener Initiativen einbringt, die konstruktiv Vorschläge für Konfliktlösungen erarbeiten. Zugleich bietet das ›Kreisky Forum‹ auch Raum und Zeit für Diskussionen und Projekte, die sich in manifester Hinsicht um eine ›bessere Welt‹ bemühen.



B. Ederer | R. Scholten



E. Pleskow



E. Nowotny

Brigitte Ederer

Vizepräsidentin

20 Jahre Bruno Kreisky Forum – Weiterentwicklung statt Ikonenkult

Das Bruno Kreisky Forum sieht seine Verpflichtung, das Wirken und Werken dieses großen Mannes der Arbeiterbewegung vor allem hinsichtlich seiner internationalen Wirkungskraft weiterzuentwickeln. Es war von vornherein klar, dass es nicht darum gehen soll, eine Weihestätte für sozialdemokratischen Ikonenkult ins Leben zu rufen – das wäre Bruno Kreisky in keiner Weise gerecht geworden. Vielmehr sollte und soll es darum gehen Leitlinien seines lebenslangen Engagements unter zeitgenössischen politischen Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln.

Bruno Kreisky steht bis heute für seinen ungeheuren sozialdemokratischen Gestaltungswillen, für gelebten Internationalismus und das unablässige Streben nach intellektuell-kultureller Hegemonie für die Sozialdemokratie. Die intellektuelle Neugier und Offenheit ließ dabei eben aber auch zu, dass sensible Aufnahmefähigkeit für kontroverse Auffassungen und Sichtweisen gegeben war. Dieses ständige Streben nach neuen gesellschaftspolitischen Bündnissen und Konstellationen für politische Veränderungen war Voraussetzung für die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie. Diese Sensibilität und Offenheit bildete aber auch die Grundlage für neue politische Perspektiven in der internationalen Politik – vom damaligen Ost-West-Gegensatz, über den Nord-Süd-Konflikt bis hin zum Fokus auf den Brandherd Naher Osten. Natürlich finden wir heute im Angesicht der globalisierten Wirtschaft mit ihren derzeitigen feierhaften Krisenausschlägen völlig andere politisch-ökonomische Koordinaten vor. Für die österreichische Sozialdemokratie hat sich der Blick vom Kreisksy'schen Internationalismus stärker auf eine europäische Perspektive verengt. Doch auch hier in diesem sich unter Krisendruck windenden Europa sind starke sozialdemokratische Initiativen dringend erforderlich, um die EU nicht versagen und zerbrechen zu lassen. Die Legitimation dieses Europas muss wohl auch in sozialdemokratischem Krisenmanagement erkennbar sein. Intellektuelle Neugierde, Internationalität und sozialdemokratischer Gestaltungswille sollten dabei behilflich sein. Das Bruno Kreisky Forum wird dabei auch in Zukunft seinen Beitrag leisten.

Ewald Nowotny

20 Jahre Bruno Kreisky Forum – Weitertragen und Weiterentwickeln

Der Gründungsgedanke des Bruno Kreisky Forums für Internationalen Dialog lag wohl darin, die Bemühungen um größere internationale Offenheit Österreichs, die einen wesentlichen Teil des Wirkens von Bruno Kreisky ausmachten, weiterzutragen. Ideen brauchen, um wirksam zu werden, der Materialisierung und daher war es nahe-liegend – und ein Glücksfall – das Wirken des Bruno Kreisky Forums mit der ›Kreisky Villa‹ in der Armbrustergasse zu verbinden. Dieses wahrlich geschichtsgeprägte Haus strahlt eine ›Aura‹ aus, die nicht nur die spüren, die das Glück und die Herausforderung hatten, mit Bruno Kreisky zusammen zu arbeiten, sondern auch Besucher jüngerer Jahrgänge. Und nicht zuletzt hilft die Magie des Hauses auch, wenn es darum geht, prominente Vortragende zu gewinnen. Es ist nicht das geringste Verdienst von Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Vorstand des Bruno Kreisky Forums, dieses Geschichts-geprägte, alte Haus gepflegt und für moderne Bedürfnisse adaptiert zu haben. Es ist heute weiterhin ein wichtiger Punkt in der intellektuellen Landschaft Österreichs – und in vieler Hinsicht auch der Welt. Und es ist für mich persönlich nicht nur ein Ort der Erinnerung, sondern ein fast magischer Ort des geistigen und moralischen ›Auftankens‹.



R. Misik | K. W. Rothschild



E. Nowotny | H. Blix



H. Fischer | M. Schmidt

Inhaltlich ist die Aufgabe, in Österreich den internationalen Dialog zu führen und weiter zu entwickeln in den 20 Jahren des Bestehens des Forums nach meiner Einschätzung zunehmend schwieriger geworden. Österreichs EU-Mitgliedschaft dürfte in vielen relevanten Bereichen eher zu der ›Abgabe von Verantwortung‹ und zu stärker binnengesetztem ›Kleinstaat-Denken‹ geführt haben. Das gilt nicht nur für Europa-übergreifende Themen, sondern selbst für Themen unserer – speziell östlichen – Nachbarschaft. Gerade die ›Kreiskysche‹ Verknüpfung der Verbindung politischer und wirtschaftlicher Analyse wäre hier von Bedeutung – bedarf freilich auch der dafür fähigen und bereiten Akteure. Aus dieser Konstellation ergibt sich auch der Ansporn für die nächsten 20 Jahre des Bruno Kreisky Forums: In schwierigem geistigem Terrain das Interesse und die Fähigkeit zum internationalen Dialog wachzuhalten und weiterzuführen – keine einfache Aufgabe, aber eine schöne Herausforderung!

Eva Nowotny

In den 20 Jahren seines Bestehens hat sich das Bruno Kreisky Forum für Internationalen Dialog einen festen Platz als Ort der Begegnung, der Diskussion, der Anregung und des Gedankenaustauschs erobert und damit gleichzeitig das Erbe seines Namensgebers gepflegt – nämlich in einem Land, in einer Stadt, wo das nicht immer selbstverständlich ist, für Offenheit, Internationalität und Respekt von anderen und neuen Ideen einzutreten. Wie wichtig diese Initiative war und mit welcher Begeisterung und mit welchem Interesse sie angenommen wurde, wird durch die ständig wachsende Zahl der Teilnehmer an den Veranstaltungen eindrücklich bestätigt. Seit einigen Jahren hat das Bruno Kreisky Forum aber auch eine zweite Schiene entwickelt, in der über die reine Veranstaltungs- und Vortragstätigkeit hinaus thematische Schwerpunkte gesetzt und längerfristig in Gruppen von anerkannten Experten bearbeitet werden. Europa, die Weiterentwicklung der Europäischen Union und das Verhältnis zu ihren Nachbarn ebenso wie der Nahe und Mittlere Osten und das israelisch/palästinensische Verhältnis sind und bleiben im Mittelpunkt. Es ist dem Bruno Kreisky Forum dabei gelungen, neue Ideen und Denkansätze zu erarbeiten, die weit über Österreich hinaus Interesse und Aufmerksamkeit erregt haben, und sich damit nicht nur als Diskussionsforum sondern auch als ›Think Tank‹ zu präsentieren, der als solcher international wahrgenommen wird.

Margit Schmidt

Begonnen hat es am Abend des 7. August 1990. Nach dem Begräbnis Bruno Kreisks versammelten sich politische Weggefährten, Freunde, Mitarbeiter in der Armbrustergasse 15 – dem Wohnhaus der Familie Kreisky – zu einem Abschiedsempfang. Erinnerungen wurden ausgetauscht über Gespräche mit Kreisky, Begegnungen in diesem Haus und es war plötzlich die Meinung vieler, man müsse es erhalten als Ort der Begegnung, die Atmosphäre und der ›Geist‹, die hier noch spürbar sind, sollten benutzt werden. Nach vielen Gesprächsrunden und mit Unterstützung von Karl Kahane – einem persönlichen Freund Kreisks – und dem damaligen Finanzminister Ferdinand Lacina, der Kabinettschef bei Kreisky im Bundeskanzleramt war, wurde die Idee zur Gründung des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog 1991 verwirklicht. Dass Bundeskanzler Franz Vranitzky die Präsidentschaft übernommen hatte, hat dem Forum im In- und Ausland Gewicht verliehen. Nach einer Umbauphase wurde das Kreisky Forum mit einem Vortrag des französischen Außenministers Roland Dumas öffentlich vorgestellt, der amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith war ebenfalls einer der Eröffnungsredner. Beide Männer hatten zu Bruno Kreisky seit langem eine persönliche Beziehung und waren sofort bereit nach Wien zu kommen. Viele internationale Gäste folgten, es würde den Rahmen



P. Jankowitsch | A. Mailath-Pokorny



G. Auer Borea | F.-W. Steinmeier | H. Fischer



B. Prammer | A. Gusenbauer | B. Fuchs | E. Stackl

sprengen, alle aufzuzählen. Zu den Schwerpunkt-Themen, die Kreisky wichtig waren, aber auch für die Gegenwart und Zukunft noch relevant sind, wurden Vorträge, Symposien, Diskussionen veranstaltet und österreichischen und internationalem Zuhörern präsentiert. Vertreter der Botschaften und internationalen Organisationen waren ebenso interessiert, wie ein interdisziplinäres Publikum aus Österreich. Zudem Schwerpunkten zählten Europa, der Friedensprozess im Nahen Osten, der Nord-Süd-Dialog/Entwicklungs Zusammenarbeit, Beschäftigungspolitik, Menschenrechte.

Seit der Gründung hat sich das Kreisky Forum etabliert und trägt bei zur Auseinandersetzung mit Außenpolitik und internationalen Beziehungen.

Georg Lennkh

Armbrustergasse 15: Wie viele Stunden und Tage hatten wir uns hier aufgehalten. Der Salon, in dem wir Gespräche mit Arafat oder Willi Brandt mitschrieben. Die Fenster im Eck des großen Saales waren einst die des Frühstückszimmers, in dem die wichtigsten Programm punkte des Tages durchgegangen wurden. Der Garten, in dem Bruno Kreisky mit Olof Palme und Felipe Gonzalez saß. Erinnerungen stecken überall und werden mit den vielen Fotos umso lebendiger. Die Aura des Hauses ist immer noch da. Aber hier sollte eben kein Mausoleum, kein Geschichtemuseum entstehen.

Die Einrichtung der Institution Bruno Kreisky Forum war ein Wagnis und ist es immer noch. Die tausend Ideen, die wir vor zwanzig Jahren dafür hatten, mußten in Form gebracht werden, mußten die materiellen Zwänge berücksichtigen und mußten die Brücke zwischen einer historischen Epoche, geprägt von einer Ausnahme persönlichkeit, zu einer neuen Zeit in einer neuen Welt schaffen, in der Multilateralismus und Globalisierung Einzelinitiativen meist überdecken.

Das Bruno Kreisky Forum war uns allen ein persönliches Anliegen, waren wir doch alle geprägt von den vielen Jahren der Arbeit mit und für Bruno Kreisky, der uns so viel gegeben hatte. Daher schien es uns wichtig, etwas von dieser Atmosphäre weiterzutransportieren, vom Geist der vielen politischen und internationalen Begegnungen, die in der Armbrustergasse stattgefunden hatten, und von der politischen Gesinnung, die sie geprägt hatten.

Nicht alles ist gelungen, wir hätten uns vieles größer vorstellen können, aber doch ist auch vieles besser gelungen als gedacht. Ein nicht abreißender Strom von jungen, neugierigen Leuten, von älteren Weggefährten, von Politikern und Staatsgästen, von Journalisten, Studenten und Professoren findet den Weg in dieses Haus, zu einer weiten Palette von Veranstaltungen, Vorträgen, Gesprächen, Seminaren oder vertraulichen Treffen. Möglich war das nach der großzügigen Stiftungsspende der Familie Kahane, dann aber vor allem durch die unermüdliche Arbeit der beiden bisherigen Generalsekretärinnen und ihrer Teams. Der Erfolg aber hat eben auch mit der Ausstrahlung zu tun, die der Namen Bruno Kreisky's heute noch hat, ja mehr denn je hat. Ist es nicht so, dass wir trotz der schon beschworenen Globalisierung, der neuen Welt der Apolarität, der fragilen Staaten, das Gefühl haben, zu einer Kreisky'sche Gesamtschau der Weltpolitik zurückkehren zu sollen, und daß die gesamte Tätigkeit des Kreiskyforums zumindest einen Beitrag dazu leisten kann. Die Aufgaben für die nächsten zwanzig Jahre werden damit zu einer nicht geringen Herausforderung.



G. Auer Borea | M. Schulz



B. Blaha | P. Sonderegger | I. Charim



M. Mendras | F. Lukyanov

KALENDARIUM 2013

Jänner 2013

- 10. Jänner ALLGEMEINE WEHRPFlicht ODER BERUFSHEER? WIE SIEHT EINE DEMOKRATISCHE ARMEE HEUTE AUS?**
Silvia Angerbauer, Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, Wolfgang Koch, Publizist, Wehrdienstverweigerer, Gerald Krieghofer, Philosoph, Florian Wenninger, Historiker, Redaktionsmitglied des Blogs: www.berufsheer.diefakten.at

- 15. Jänner VRANITZKY, DOKUMENTARFILM 2012**
Filmpräsentation im Künstlerhaus

- 16./17./18. Jänner ALTERNATIVES TO PARTITION**
Seminar / Jerusalem

- 17. Jänner NACH DEM KAPITALISMUS**
Raoul Zelik, Schriftsteller und Professor an der Nationaluniversität Kolumbiens

- 21./22. Jänner EUROPE AT RISK IV**
COMMON SECURITY AND DEFENSE POLICY AT RISK, Seminar

Februar 2013

- 12. Februar RÜCKKEHR VON PARTIZIPATION UND ENGAGEMENT**
Felix Butzlaff, Institut für Demokratieforschung in Göttingen

- 14. Februar JOHANNA DOHNAL. EIN POLITISCHES LESEBUCH**
Buchpräsentation
präsentiert von Heidi Niederkofler

- ERREICHTE MEILENSTEINE. ZUKÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN**
Podiumsdiskussion
Carina Altreiter, Maria Mesner, Julya Rabinowich, Alexandra Weiss, Andrea Mautz

- 18. Februar KUNDGEBUNG HEISST JETZT FLASHMOB. HABEN NGOS AUSGEDIENT?**
Julian Ausserhofer, Barbara Blaha, Peter Huemer, Philip Sonderegger

- 21. Februar DIE STUNDE DES POLITISCHEN ISLAM**
Hamad Abdel-Samad, deutsch-ägyptischer Politologe und Autor
Ivesa Lübben, Universität Marburg, Centrum für Nah- und Mitteloststudien

- 25. Februar FERTIGMACHEN ZUM ENTERN! DIE PIRATENPARTEI DEUTSCHLANDS UND DIE LIQUID DEMOCRACY**
Christoph Lauer, Die Piraten



St. Mielke | E. More



T. Bauer



A. Heller

28. Februar EIN MARSHALLPLAN FÜR EUROPA

Dirk Hierschel, Deutscher Gewerkschaftsbund, Chefökonom ver.di

März 2013**5. März RUSSIA: WEAK STATE, STRONG POWER?**

Marie Mendras, Professor, Sciences Po University, Paris, and Associate Fellow, Chatham House, London
 Fyodor Lukyanov, Editor in Chief of the journal Russia in Global Affairs, Chairman of Presidium of the Council on Foreign and Defense Policy,
 Ivan Krastev, Chairman Centre for Liberal Strategies Sofia, Permanent Fellow at IWM

6. März WHAT WE DESIRE. WHAT WE DEMAND*Ein Abend mit den Flüchtlingen aus der Votivkirche***12. März FAULTLINES AND POWER PLAYS: WHERE IS THE MIDDLE EAST HEADING?**

Alastair Crooke, Director and Founder of Conflicts Forum

14. März DEMOKRATIE! WOFÜR WIR KÄMPFEN

Michael Hardt, Duke University, Durham, USA

20.-25.. März ALTERNATIVES TO PARTITION*Seminar/ Jerusalem, Ramallah***21.. März MALI: PERSPEKTIVEN FÜR DEN POLITISCHEN WIEDERAUFBAU**

Ismael Sory Maiga, Direktor des Centre de'Etudes des Langues et des Civilisations Africains,
 Stephane Gompertz, Botschafter der Republik Frankreich,
 Moussa ag Assarid, Vertreter der Touareg-Organisation MNLA,
 Marie-Roger Biloa, Herausgeberin Afrika International

April 2013**3. April ANGEKOMMEN**

Efgani Dönmez, Bundesrat, Die Grünen

9. April UNGARN ZWISCHEN HOFFNUNG UND SORGE

Tamas Bauer, Ökonom und Politiker, Budapest, Agnes Heller, Philosophin, Budapest, Paul Lendvai, Publizist, Autor, Josef Kirchengast, Der Standard

16. April AFRIKA UND DER KLIMAWANDEL. DER DRUCK STEIGT*Buchpräsentation*

Irene Giner-Reichl, Botschafterin Österreichs in China, Stefan Mielke, CARE-Österreich
 Elfriede-Anna More, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

18. April THE MISSING SENSE OF TOGETHERNESS IN THE MEDITERRANEAN SPACE AND ITS BORDERS

Najat Abdulhaq, Historian and Economist, University Erlangen / Nürnberg



I. Charim | K. Güngör | A. Korun



E. Donmez



H. Loewy

**19./20. April JEWISH ENGAGEMENT WITH THE ARAB QUESTION
Seminar**

22./23. April ALTERNATIVES TO PARTITION
Europäisches Parlament, Aussenpolitischer Ausschuss, Brüssel

25. April WHY WAS I BORN HEBREW AND NOT NEGRO?
Agnes Heller, Philosophin, Budapest

Mai 2013

6. Mai FINANZMARKTREGULIERUNG. WIE KANN DAS FUNKTIONIEREN?
Sven Giegold, MEP, Die Grünen, Deutschland

10.–12. Mai VIENNA CONVERSATIONS 3
EUROPE OF IDEAS ALONGSIDE A EUROPE OF INSTITUTIONS AND REGULATIONS
Seminar

13. Mai THE TWILIGHT OF THE POST-SOVIET SPACE
Bruce P. Jackson, President, Project on Transitional Democracies

24./25. Mai ARAB ENGAGEMENT WITH THE JEWISH QUESTION
Seminar

27. Mai THE ARABS AND THE HOLOCAUST: THE ARAB-ISRAELI WAR OF NARRATIVES
Gilbert Achcar, Professor of Development Studies and International Relations, SOAS

28. Mai ANGEKOMMEN
Kenan Güngör, Sozialwissenschaftler und Alev Korun, NR Abgeordnete, Die Grünen

Juni 2013

12. Juni ZERSCHLAGT DIE BANKEN
Rudolf Hickel, Ökonom

13. Juni DER RAUBZUG DER BANKEN
Malte Heynen, Journalist und Fernsehautor

16. Juni JÜDISCHE DIASPORA : REALISMUS ODER NAIVITÄT
Hanno Loewy, Direktor des Jüdischen Museums Hohenems
Doron Rabinovici, Schriftsteller, Essayist und Historiker



M. Schieritz



R. Fücks



H. Loewy | D. Rabinovici

17. Juni IMPLODING BALKANS – EXPLODING MIDDLE EAST. HOW TO FRAME SECURITY CHALLENGES, NIGHTMARES AND DREAMS

Joseph Bahout, Professor of Middle Eastern Politics, Sciences Po, Académie Diplomatique Internationale, Paris/Beirut

Avraham Burg, Author and Political Activist, former Speaker of the House, Jerusalem

Alexander Rondos, EU Special Representative for the Horn of Africa

Ivan Krastev, Chairman of the Centre for Liberal Strategies; Permanent Fellow IWM

18./19. Juni PERIPHERY AT RISK I

EU, RUSSIA AND TURKEY – SECURITY TRENDS AND CHALLENGES IN A CONTESTED NEIGHBORHOOD

Seminar

Juli 2013

1. Juli INTELLIGENT WACHSEN. WIE WIR RESSOURCENSCHONUNG UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM UNTER EINEN HUT KRIEGEN

Ralf Fücks, Heinrich-Böll-Stiftung

September 2013

12. September DIE INFLATIONSLÜGE: WIE UNS DIE ANGST UMS GELD RUINIERT UND WER DARAN VERDIENT

Mark Schieritz, wirtschaftspolitischer Korrespondent, Die Zeit

19. September TYRANNY OF CHOICE. IDEOLOGY WHICH HELPS TO PREVENT SOCIAL CHANGE

Renata Salecl, Institut für Kriminologie, Universität Ljubljana

20. September SURPLUS VERSUS DEFICIT COUNTRIES: A FATAL THREAT TO EUROPE'S FUTURE

Alexis Tsipras, Vorsitzender des Parteienbündnisses SYRIZA, Griechenland

23. September NIGHTMARES, DREAMS AND SECURITY CHALLENGES IN THE BALKANS

Milica Delevic, Deputy Secretary General, European Bank for Research and Development

Gerald Knaus, Director, European Stability Initiative, Istanbul

Erion Veliaj, Minister of Social Welfare and Youth, Albania

Ivan Krastev, Chairman of the Centre for Liberal Strategies; Permanent Fellow IWM

24./25. September PERIPHERY AT RISK II

SECURITY TRENDS AND CHALLENGES IN THE BALKANS

Seminar

26. September KALTER KRIEG AM GOLF: BAHRAIN NACH DEM ARABISCHEN FRÜHLING

Guido Steinberg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin



V.A. Schmidt



H. Fischer | E. Bahr



F. Vranitzky

Oktöber 2013

- 7. Oktober** MÜNCHEN 1970: ÜBER DIE ANTISEMITISCHEN WURZELN DES DEUTSCHEN TERRORISMUS:
›WANN ENDLICH BEGINNT BEI EUCH DER KAMPF GEGEN DIE HEILIGE KUH ISRAEL?‹
Buchpräsentation.

Wolfgang Kraushaar, Politikwissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung

- 8. Oktober** GOVERNING BY THE RULES, RULING BY THE NUMBERS:
EURO CRISIS CHALLENGES TO DEMOCRATIC LEGITIMACY

Vivien A. Schmidt, Jean Monnet Professor of European Integration, Boston University

- 11.–13. Oktober** VIENNA CONVERSATIONS IV
NARRATIVES AND VISIONS FOR EUROPE
Seminar

- 15. Oktober** ZENTREN HERVORRAGENDER WISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNG. WAS MACHT DEN UNTERSCHIED?
Carl-Philipp Heisenberg, Professor am IST Austria

- 21. Oktober** HOW MUCH IS ENOUGH? MONEY AND THE GOOD LIFE
Robert Skidelsky, Emeritus Professor of Political Economy at the University of Warwick

- 22. Oktober** ›WAHLFAHR滕. DER POLITIKER ALS AUTHENTISCHER MENSCH?
André Turnheim, Regisseur, Hanno Settele, ORF Journalist, Georg Franck, Technische Universität Wien

- 24. Oktober** KRIEG. WOZU ER GUT IST
Ian Morris, Historiker und Archäologe an der University of Chicago und an der Stanford University

- 28. Oktober** POLITISCHE ENTWICKLUNGEN IN ÄGYPTEN: HAT DEMOKRATIE NOCH EINE CHANCE?
Amr Hamzawy, Politikwissenschaftler, Menschenrechtsaktivist, Publizist

November 2013

- 6./7. November** S&D GROUP CONFERENCE ON THE MIDDLE EAST PEACE PROCESS
NEW PARADIGMS FOR ISRAEL AND PALESTINE
European Parliament, Brussels

- 7. November** WOHLLEBENGASSE: DIE GESCHICHTE MEINER FAMILIE
Buchpräsentation
Tim Bonyhady, Historiker, Australian National University, Elisabeth Orth, Ensemblemitglied des Burgtheaters
Michael Freund, Der Standard, Webster University

- 11. November** ›DAS MUSS DU ERZÄHLEN.‹ ERINNERUNGEN AN WILLY BRANDT
Buchpräsentation
Egon Bahr, Autor, Heinz Fischer, Bundespräsident, Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D.
Martin Schwab, Ensemblemitglied des Burgtheaters



I. Morris



M. Freund



E. Bahr

14. November DER SIEG DES KAPITALS. WIE DER REICHTUM IN DIE WELT KAM: DIE GESCHICHTE VON WACHSTUM, GELD UND KRISEN

Ulrike Herrmann, Journalistin und Autorin

20. November DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT. (DIGITAL) VERNETZTE GESELLSCHAFT

Sumaya Farhat-Naser, Menschenrechtsaktivistin, Bir Zeit

In Zusammenarbeit mit Österreichischer Frauenrat

26. November THE MIDDLE EAST: WHAT IS/WAS THE GARDEN OF EDEN?

COMMON SECURITY RISKS AND STRATEGIC OPPORTUNITIES

Joseph Bahout, Professor and Research Associate at Sciences Po-Paris; Consultant Policy Planning Unit at the French MFA

Bernadino Leon, EU Special Representative for the Southern Mediterranean Region

Avraham Burg, Author and Political Activist, Senior Fellow, Bruno Kreisky Forum

Alia Malek, Author, Civil Rights Lawyer and Senior Staff, Writer at Al Jazeera America

Mahmood Sariolghalam, Professor of International Relations at the School of Economics and Political Science in Shahid Beheshti University, Iran

Vessela Tcherneva, European Council on Foreign Relations

27./28. November PERIPHERY AT RISK III

THE MIDDLE EAST: COMMON RISKS AND/OR STRATEGIC OPPORTUNITIES.

FRAMING THE DEBATE OF REGIONAL POWERS

Seminar

Dezember 2013

4. Dezember EXIL: BRUCHSTÜCKE UND LEBENSMODELLE

Julya Rabinowich, Schriftstellerin, Dramatikerin, Malerin und Simultandolmetscherin



JAHRESTHEMEN

PERIPHERY AT RISK

The European Union has spent much of the last decade defending a European order that no longer functions while hoping for a global order that will probably never come. As a result, the European continent is less stable than we thought it had become, while the EU is less influential than we hoped it would be.

Several factors force us to re-assess the risks and opportunities of the new security environment in the European continent. There is a growing consensus that the economic, political, and institutional dimensions of the EU crisis, combined with the eruption of the Middle East, the severe political crisis after Putin's return to power in Russia and the new strategic vulnerability of Turkey demand radical re-thinking of the risks of de-stabilization of Europe's different peripheries and the potential for common effort to bring stability there.

In the last year the Centre for Liberal Strategies in Sofia, the Bruno Kreisky Forum for International Dialogue and the European Council on Foreign Relations with the support of the Austrian Ministry of Defence and Sports realized a project *>Europe at Risk*. It focused on the security dimensions of the current European crisis and the possible responses for it. Among the conclusions of the project two are of particular importance for the current proposal. First, there is a consensus that a possible disintegration of the EU is the major security threat for the citizens of the EU. And the second is that the escalations of the tensions on the EU's periphery constitute a major security threat for the EU and increase the risks for disintegration.

The current proposal aims to explore the possibility of a common effort between the EU, Russia and Turkey in order to bring stability in Europe's Southern periphery – namely the Balkan and the MENA region. These two European peripheries are of a very different nature. While in the Balkans the risk is one of the reverse of the process of post-crisis consolidation, in the region of MENA we face a most powerful demonstration of global political awakening that brings vast opportunities but also significant risks for the stability of Europe. In both regions there is a clear and present risk of political violence, migration flows and state failure that can affect negatively not only the EU but also Turkey and Russia. In these two regions on Europe's Southern periphery the level of cooperation and the stakes of the EU, Russia and Turkey are very different. While in the Balkans there is a declared unity of purposes between the three powers, in the MENA region Russia's position at least till today or till the collapse of the Assad regime is in a conflict with the positions of the EU and Turkey. It is also clear that while the EU played a leading role in the stabilization of the Balkans, this is not the case for in the MENA region. Russia's influence is in decline in both regions but there is a risk that Moscow can try to increase her leverage by playing a spoiler.

Although Europeans were quick to hail the rise of a multipolar world, they were much slower to spot the parallel emergence of a multipolar Europe, which is increasingly defined by competition between the continent's major powers – the EU, Russia and Turkey – for influence in a contested neighborhood.



EU cannot allow itself to reduce Europe's history over the last twenty years as the development of a single project centered on the enlargement of the EU and NATO. It should start to interpret it as the story of four parallel identity-building projects, all of which are young, weak and vulnerable in different ways.

- The first project was deepening and broadening of the EU.
- The second was the attempt to build post-imperial state nation in Russia.
- The third was Turkey's post-Kemalist project, which aims to create ›Muslim democracy‹ with its own independent foreign policy.
- The fourth project exists in the places in between – in other words, the newly sovereign states on the territory of the former Soviet Union and former Yugoslavia.

The dynamics of these four projects have become even more important as the US reverts to its role as an offshore balancer in Europe. In the new context the stability of the Balkans will be more the result of the competition and cooperation between the EU, Russia and Turkey than of the US's involvement.

All four projects are contradictory and fragile, they are not simply in competition with each other, but they are very much dependent on each other. The collapse of any of those projects can affect the dynamics of all others. Political and economic instability in Russia risks major disruptions on Europe's energy market. Recession in the EU will affect the economies of both Russia and Turkey. Sectarian clashes and political instability in Turkey heralds problems for everybody.

The EU structural deficiencies, made obvious by the global financial crisis, and the political dynamics born out of the Arab Spring led both to the rise of tensions within the projects (EU is in the process of risky institutional reform, Russia experience authoritarian turn, Turkey has been de-stabilized by the spill-over of the crisis in the Middle East, while the newly born states in the Balkans and the post-Soviet space are both economically and politically weaker than 3–4 years ago), and also escalated tensions between the projects. The EU is nervous about new Putin's policies both inside the country and in the post-Soviet space; Turkey has become more critical and less accommodating to the EU, while the Balkan states fear the end of the EU enlargement.

In this new context, the question is it possible for the EU, Russia and Turkey to cooperate in order to reduce security risks in the Balkans and the MENA region is an open question. And our ambition was to address this question. In order for this to happen we suggest the establishment of a network of independent think tanks that can

- Create the common framework for assessing the risks and suggest effective responses
- Advocate for common policies and common solutions

The suggested members of the network are the Centre for Liberal Strategies, Sofia, the Bruno Kreisky Forum for International Dialogue, Vienna, the European Council on Foreign Relations, London, the Centre for Economics and Foreign Policy Studies (EDAM, Istanbul), the Center for Strategic Communication (STRATIM, Ankara), the Russian International Affairs Council, and the Russian Council on Foreign and Defense Policy.



Seminar 1: The seminar included around 20–25 experts from the EU, Russia and Turkey invited and selected by the network members. It discussed and agreed on the common formulation of the risks and suggested common policies to be discussed with the representatives of the respective expert communities at the following two seminars: one for the Balkans and one for the MENA region.

Seminar 2: The seminar included 20–25 participants – half of them from Russia, Turkey and the EU and half from the Balkans. On this seminar, the goal was to discuss the common policy agenda prepared by the network think tanks with experts from the countries at risk

Seminar 3: The seminar discussed with experts from the Middle East the common policies negotiated by the think tank experts of the EU, Russia and Turkey.

The final product of the project after PaR4 in 2014 will be a common paper – how to stabilize Europe's South, that should be advocated in the security establishments of the EU, Russia and Turkey.

Network Members

Centre for Liberal Strategies, Bulgaria

Ivan Krastev, Chairman of the Centre for Liberal Strategies, Permanent Fellow at the Institute for Human Sciences (IWM) Vienna.

CLS is an independent think tank based in Sofia. The CLS team combines a strong academic background with various forms of direct involvement in the political process, civil society, and governmental institutions. CLS initiated and was involved in several high level projects of significant importance for South Eastern Europe and with emphasis on strategic visions for the region.

Bruno Kreisky Forum for International Dialogue

Gertraud Auer Borea, Secretary General, Bruno Kreisky Forum

The Bruno Kreisky Forum for international Dialogue was founded in 1991 by former Federal Chancellor Franz Vranitzky as an independent, public think tank - a private institution with public character, open access and a collective process of reflection in pursuit of the international activities of Bruno Kreisky.

European Council on Foreign Relations

Mark Leonard, Director, European Council on Foreign Relations, United Kingdom

The European Council on Foreign Relations (ECFR) is the first pan-European think-tank. Launched in October 2007, its objective is to conduct research and promote informed debate across Europe on the development of coherent and effective European values-based foreign policy. ECFR's research work is organized around three programs: Wider Europe – Middle East and North Africa – China

Centre for Economics and Foreign Policy Studies (EDAM)

Sinan Ulgen, Visiting scholar at Carnegie Europe in Brussels, Chairman EDAM

The Centre for Economics and Foreign Policy Studies (EDAM) is an independent think tank based in Istanbul, its main areas of research are: Turkish foreign and security policy, Turkey- EU relations, International economics and the management of globalization, Energy and climate change policies.



Center for Strategic Communication (STRATIM), Turkey

Suat Kiniklioglu, Chairman, former Member of the Grand National Assembly of Turkey where he was holding the positions of AK Party Central Executive Committee member, AK Party Deputy Chairman of External Affairs, and Chairman of the Turkish-American Inter-Parliamentary Friendship Group.

Established in 2008, it is the pro-European voice of the AKP foreign policy establishment and is particularly close to President Gul. It organizes the Istanbul Forum.

Russian International Affairs Council

Chairman: former Russia's foreign minister Igor Ivanov; Director General: Andrey Kortunov, one of Russia's leading foreign policy experts and President of the New Eurasia Foundation in Moscow;

RIAC was established with the open support of the Russian government and it is a link between the state, expert community, business and civil society in an effort to find foreign policy solutions.

The Council on Foreign and Defense Policy

Executive Director: Fyodor Lukyanov, one of Russia's top foreign policy experts and editor in chief of the journal Russia in Global Affairs, Russia's equivalent of Foreign Affairs

The Council on Foreign and Defense Policy (CFDP), formed in 1992, is an important voice in Russia's foreign policy debate. It organizes the well-known Valdai Forum.

ARAB ENGAGEMENT WITH THE JEWISH QUESTION – JEWISH ENGAGEMENT WITH THE ARAB QUESTION

Karl Kahane Study Group

Bashir Bashir, Curator

Arab Engagement with the Jewish Question

The Arab engagement with the ›Jewish question‹ is quite rare, certainly during the last few decades. Put differently, it is fair to say that Arab intellectuals in general, and Palestinians, in particular have hardly engaged with the ›Jewish question‹ and its centrality in the Arab-Israeli conflict. One might argue that the so called ›Jewish question‹ emerged and developed mostly, if not exclusively, in Europe. More precisely, the Jewish presence in Europe turned into a ›question‹ mainly either because of the centrality of Christianity (albeit secularized Christianity) as a defining characteristic of the social, cultural, and political make-up of Europe or/and because of the development of nationalism as the defining modern force of identity. Consequently, both (and especially nationalism) have challenged the Jewish communities existence as citizens of post-Enlightenment states and as part of the cultural, and socio-economic fabric of European societies. Under both, one could argue that the Jews were viewed/constructed as the ultimate internal ›other‹ for many European

peoples and as aliens and strangers thus were treated with suspicion. Clearly, this is partly the context in which the Jews in Europe experienced anti-Semitism (a phenomenon that has its roots mostly in European political, intellectual, and religious thought and practice); racism, exclusion and most recently the mass killings that occurred during the Holocaust – of the Second World War. There was a wide range of responses to the Jewish question in Europe. These include conversion (giving up religion to Christianity or giving up religion altogether); assimilation (abandoning particularities in public); exclusion and disadvantage (racism and anti-Semitism); cultural or national autonomy (ideas entertained in Poland and Russia but were never materialized); and massacres, ethnic cleansing, and genocide (pogroms and Holocaust). It is partly in light of the failure of European peoples and nationalisms to come to terms with and accommodate the Jewish presence in Europe that the Jewish question *immigrated* to the Middle East and to Palestine particularly.

Indeed, Jewish communities and religion were an integral part of (and largely co-existed with) the Arab-Islamic socio-cultural milieu for centuries. The modern encounter of the Arabs and Palestinians with the *Jewish question* which emerged in Europe has been mediated mainly through Zionism and its attempts to build a Jewish state in historic Palestine. Since their early encounters with the Zionist movement the Arabs and the Palestinians understood and viewed Zionism as an alien to their societies and equated it to the colonial movements of the 19th and early 20th centuries, which sought to dominate, exploit, and in the case of Palestine, to de-Arabize Palestine. Furthermore, the *immigration* of the *Jewish question* from Europe to Palestine in the form of political Zionism relegated the *Jewish question* to a national issue which is supposed to get resolved exclusively through creating a Jewish sovereignty and state in Palestine. Early Arab and Palestinian engagements with and responses to Zionism and their failures and successes have received a plausible share of attention from scholars. However, besides the often and traditionally rehearsed views on the colonial and imperialist characteristics of Zionism and the claim that the Jews don't qualify and make a national groups, we today have had very little attempts to further explore these claims as well as the considerable challenges which emerge from the last seventy years of societal, cultural and political developments of Jewish presence in historic Palestine. The lack of a serious and profound engagement with and study of the Jewish question, identity and rights in Palestine (without ignoring the settler colonial dimension) is particularly evident in the Palestinian and Arab political and social thought during the last three decades. In light of the changing realities locally and regionally, Palestinian nationalism is undergoing a gradual process of redefinition. It is in this context of redefinition where a serious and profound engagement with Jewish identity, rights, and nationalism in historic Palestine becomes a challenging moral and political imperative. The engagement with the Jewish question and Jewish rights therefore is not only a moral and normative requirement but also a pressing political necessity and thus the outstanding significance.

Furthermore, the recent developments in the Arab world and the wave of democratization we are witnessing, point out to the emergence of a revised and thinner version of Arab nationalism which acknowledges the particularities and importance of nation-state (*al-Dawla al-Qutriya*) as compared to the thick version of Pan-Arabism and Nasserism which sought to transcend these. Given the centrality of the Palestinian cause for Arabs in general and Arab nationalists in particular and given the increasing intertwinement of Palestinian and Jewish nationalisms, an engagement with the Jewish question, identity and rights in Palestine are currently very pressing issues. Indeed, the presence of

Jews in the Arab world – e.g. Arab Jews – and the major roles some of them played in cultural, social and political life of their respective countries such as Iraq, Egypt, Morocco and Algeria pose serious challenges to our understanding of contemporary Arab national identities and to the post-1948 Arab nation-state building and decolonization projects. Moreover, ›Arab Jews‹ raise challenges to Zionism and the hegemonic role European Jewry and its experiences of persecution and anti-Semitism have been playing in determining the operative cultural and political values of Israeli society and state. Therefore, our two-day workshop aspired to fill this remarkable gap in academic and political field during the last forty years through inviting Arab engagements with the Jewish identities, rights and nationalism in historic Palestine. More specifically, our workshop sought to study, explore and critically assess the challenges Arab engagements with the Jewish question pose to Palestinian and Arab nationalisms in light of the profound changes these nationalisms have been undergoing lately.

Jewish Engagement with the Arab Question

The Oriental Theme – Jews who experienced the Arab existence.

A substantial portion of Israel's population came originally from the Muslim hemisphere. However, the significance of their life history and experience is hardly reflected in the State's institutions and policies. Those are still mainly molded through the Christian, Western worldview flavored by decades of ongoing Israeli-Arab conflict. Therefore, the different personal and collective experience of Israeli Jews from Arab speaking Diasporas with the ›Arab question‹ was never explored and implemented. The way many of them see the Arab realities is not through the prism of colonial/ post colonial point of view, but is either coming from personal trauma or positive past experience.

The Regional Understanding – Jewish and Zionist Diplomacy

All along during the years of the Middle East conflict there were always individuals, ideologies and political movements which refused to accept the two basic assumptions of canonized Zionism; the political human emptiness of the land and the inevitability of the violent conflict. From Magnes and Buber, to Nachum Goldmann and Bruno Kreisky. The history of these attempts, their successes and failures may be of great value, both instructive and constructive, for future efforts in resolving the conflict.

The History of the Sabre

There is a strange built-in contradiction when it comes to the Sabre (Israeli born Jew) attitude towards the image of the stereotyped Arab. On the one hand there is an inherited contempt for the ›Arab‹. Arab labor and Arab army are synonyms for bad labor and pathetic state power. On the other hand there are elements of idealization nonetheless; an Arab house in Jerusalem is synonym for a roomy, beautiful, authentic and well-built house. The same goes for a good and qualitative local healthy cuisine. This duality is there from the beginning of the Zionist days: Romanticizing the free spirit of the nomad, admiring the farmer (Falah) and his land linkage, though looking down at their political, cultural and religious heritage and rituals.

>Friends and Foes<

All during the years of the conflict the Zionists and Israelis activated and used >Good Arab< – collaborators and informants. Hence some villages (like Abu Gosh) were saved from the 1948's Nakba; the role of the Druses and the Bedouins in the IDF service, the South Lebanon Army of the 80's and the cohorts of Palestinian collaborators is still functioning. This leads to the exploration of the Israeli institutionalized prism vis a vis the Arab question. Is it possible that the main school of thoughts that shapes so many experts' position is the military prism? The intelligence gathering community, the framing of the relation with the next-door Arab collective by conflict and occupation is the existential reality for generations of Israelis. How does this shape the consciousness and awareness of historians, political scientists, decision makers, philosophers, media figures and ordinary Israelis?

Jews and Arabs in Europe

The absence of the enemy together with the absence of a history of Europe's relation to both Jew and Arab in the Western philosophical, political and religious canon. >What is Europe such that it has managed to distinguish itself from both Jew and Arab and to render its role in the distinction, the separation, and the enmity of Jew and Arab invisible – invisible, perhaps, most of all to itself?< The issues to be addressed: secularism, its limits and possibilities; the conflation of religious, ethnic and racial categories; the place of Europe in locating the enmity between Jew and Arab; the figure of the Muslim in Auschwitz; the problem of universalism (Gil Anidjar)

The Romances – What went wrong?

What was the true reality of the Golden Era between Jews and Muslim in the middle ages? What are the existing markers for this period in our nowadays reality? How can the common legacy shared by Jews and Arabs in that distant past serve as a catalyst for contemporary political and cultural collaboration?

The Jewish Inner Mechanism of Opening and Closing

Browsing through Jewish history from the very beginning up to contemporary reality reveals two phenomena: Built-in isolationism, which is expressed by existential realities (ghettos and shtetls), psychological attitudes and religious norms (special dietary, restricting wedding laws and a unique calendar around Shabbat) on one side and ongoing porosity towards majority cultures, from the Romans through the Christians and Muslims and up to modern ideologies of socialism, nationalism and more on the other.

What are the mechanisms of these opening-closing strands?



I. Giner-Reichl



G. Lennkh



St. Mielke | E. More | I. Giner-Reichl

LECTURE SERIES

AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT

Georg Lennkh, Kurator

Afrika und Klimawandel. Der Druck steigt

BUCHPRÄSENTATION

Irene Giner-Reichl, Botschafterin Österreichs in China, Stefan Mielke, CARE-Österreich

Elfriede-Anna More, BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Diese Veranstaltung präsentierte die deutsche Version des Bandes Africa and Climate Change, der im Dezember 2011 aus Anlass der Klimakonferenz in Durban erschienen ist. Die Teilnehmer diskutierten über die Auswirkungen des Klimawandels, die Arbeit von Hilfsorganisationen, und wie den betroffenen Ländern bei der Bewältigung der Folgen zu helfen ist.

Die Auswirkungen des Klimawandels werden Afrika am stärksten betreffen. Bereits heute sind am afrikanischen Kontinent ernste Auswirkungen des Klimawandels festzustellen. Niederschlagsmuster verändern sich, extreme Wetter-situationen – Dürren wie Überschwemmungen – werden häufiger.

Doch das veränderte Klima hat nicht allein Auswirkungen auf die Flora und Fauna, auch Konflikte wie in Mali sind auf die Folgen des Klimawandels zurückzuführen: Die zunehmende Trockenheit im Norden des Sahelraums drängt die Pastoralisten für immer längere Perioden tief in den Süden, was zu eskalierenden Auseinandersetzungen führt. Dieser verheerenden Entwicklung möchte die jährliche Klimakonferenz entgegenwirken, die laut Elfriede More in Durban 2011 einen kleinen Durchbruch in den Klimaverhandlungen erzielen konnte.

Für das Lebensministerium, das Österreich bei den Klimaverhandlungen vertritt, ist der internationale Klimaprozess ein wichtiges Thema. Das Ministerium beweist jedoch auch Eigeninitiative mit Projekten wie dem Clean Development Mechanism Programm, bei dem Industriestaaten gemeinsam mit Entwicklungsländern für Klimaschutzprojekte zusammenarbeiten.

Stefan Mielke von der Organisation Care sah den politischen Prozess der Klimaverhandlungen nicht so positiv wie das Lebensministerium. Der Klimawandel stellt für ihn und seine Organisation weit mehr als nur ein Umweltproblem dar, er ist vielmehr ein eklatanter Fall von globaler Ungerechtigkeit. Care versucht mit Anpassungsprogrammen für Afrika der lokalen Bevölkerung zu helfen, sich den veränderten Klimabedingungen anzupassen und ihre Einkommens-möglichkeiten zu diversifizieren.

Irene Giner-Reichl hob zudem den wichtigen Zusammenhang zwischen Klimaproblematik und Energieintervention hervor und betonte das Anliegen des vorgestellten Buches, auch die afrikanische Expertise im deutschsprachigen Raum darzustellen. Auch sie stimmte überein, dass die Klimaverhandlungen eine wichtige Gelegenheit ist, soziale und menschliche Ungerechtigkeit zu überwinden und die ökologische Dimension des Problems mit dem Aufbau regionaler



Kapazitäten und nachhaltiger Energiesysteme überschaubar zu halten. So sind die Ziele der Initiative Sustainable Energy For All, allgemeinen Zugang zu modernen Energiedienstleistungen für alle Menschen auf der Welt zu schaffen, eine Verbesserung der Energieeffizienz überall auf der Welt zu erreichen und den Anteil der erneuerbaren Energien von derzeit ca. 16% des globalen Endenergieverbrauchs auf 30% des globalen Endenergieverbrauchs zu erhöhen.

Mali: Perspektiven für den politischen Wiederaufbau

Ismael Sory Maiga, Direktor des Centre de'Etudes des Langues et des Civilisations Africains

Stephane Gompertz, Botschafter der Republik Frankreich, **Moussa Ag Assarid**, Vertreter der Touareg-Organisation

MNLA, Marie-Roger Biloa, Herausgeberin Afrika International, **Franz Schmidjell**, VIDC

Die Veranstaltung wurde vom VIDC (Wiener Institut für Internationale Dialog und Zusammenarbeit) in Kooperation mit dem Bruno Kreisky Forum und der Landesverteidigungskademie durchgeführt und von Georg Lennkh und Franz Schmidjell eröffnet. Marie-Roger Biloa (Afrika International, Paris) moderierte die lebhafte Debatte.

Der aus Nordmali stammende Soziologe Ismaël Sory Maïga, Leiter des Centre d'Etudes des Langues et Civilisations Africaines (Paris), konstatierte einen grundlegenden Wandel im Zugang der internationalen Gemeinschaft zum Konflikt in Mali vor und nach dem 11. Jänner 2013, also dem Beginn der französischen Intervention. Davor habe man den Konflikt als inner-malisch eingeschätzt und sei abwartend gewesen. Danach erkannte man, dass die Auseinandersetzungen eine regionale, nicht auf Mali beschränkte Dimension haben. Dies zeigte sich vor allem durch das Auftreten der drei islamistischen Gruppen wie Ansar Dine, AQMI (Al-Quaida im islamischen Maghreb) und MUJAO (Mouvement pour l'Unité et le Djihad en Afrique de l'Ouest).

Eine Ursache für den Konflikt liege laut Maïga in einer tieferliegenden, demokratischen Krise in Mali, die von der internationalen Gemeinschaft nicht wahrgenommen wurde. Es gäbe kaum ein Vertrauen der MalierInnen in ihre Regierung, sie fühlten sich von der herrschenden politischen Elite nicht vertreten. Die malische Regierung habe, was Gesundheit, Bildung und öffentliche Sektoren beträfe, viel zu wenig für die malische Bevölkerung getan. Daher existiere auch keine funktionierende malische Armee. Es brauche endlich verantwortungsvolle PolitikerInnen und einen ehrlichen Diskussionsprozess.

Stephane Gompertz, der Botschafter Frankreichs in Österreich, stimmte in der Analyse überein, dass die Regierung in Mali bereits seit Langem schwach gewesen sei und es eine Vertrauenskrise zwischen Nord- und Südmali gebe. Die Terrorgruppen sah er eng mit den Drogenkartellen verknüpft. Mali sei dabei sowohl Transit- als auch Konsumland. Nach dem Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes in Libyen waren in der Region viele Waffen im Umlauf. Überrascht sei man vom Eskalieren des Malikonflikts gewesen, als sich die drei islamistischen Bewegungen neu gruppierten und im Jänner 2013 die Stadt Konna, zirka 700 Kilometer nördöstlich von Bamako, gefährdet war. Da war eine schnelle Entscheidung nötig. Weitere Gründe waren die Verbindungen zu Boko Haram in Nigeria und die Notwendigkeit, EuropäerInnen vor weiteren Geiselnahmen zu schützen. Frankreich habe aber keine wirtschaftlichen Interessen in Mali – im Unterschied zum Niger.

Die Reaktionen in Afrika auf die französische Intervention seien, mit Ausnahme Ägyptens, durchwegs positiv



M. Mendras | F. Lukyanov



M. Mendras | F. Lukyanov

gewesen. Die Rolle Frankreichs sei es jedoch nur gewesen, die Terrorgefahr zu bannen, was fast gelungen sei. Die UN-Mission brauche ein klares Mandat, das auch den Schutz der Menschenrechte beinhalte.

ANNA POLITKOWSKAJA LECTURE

in memoriam of the 2006 murdered Russian journalist

Russia: Weak State, Strong Power?

Marie Mendras, Professor, Sciences Po University, Paris, and Associate Fellow, Chatham House, London

Fyodor Lukyanov, Editor in Chief of the Journal Russia in Global Affairs, Chairman of Presidium of the Council on Foreign and Defense Policy,

Ivan Krastev, Chairman of the Centre for Liberal Strategies, Sofia, Permanent Fellow at the IWM Institute of Human Sciences in Vienna

Mendras provided an original and incisive analysis of Russia's political system since Gorbachev's perestroika. Contrary to conventional thinking, she contends that today the Russian state is weak and ineffective. Vladimir Putin has dismantled and undermined most public institutions, and has consolidated a patronage system of rule. The Medvedev presidency was but one chapter in the story, as Putin's re-election exemplifies. Political and economic power remains concentrated in the hands of a few groups and individuals, and the elites remain loyal to the leadership in order to hold on to their positions and prosper. Those at the helm of the state are unaccountable to the society they govern. Up until the economic crisis of 2008, ordinary Russians largely turned a blind eye to these authoritarian methods because living standards had markedly improved. The economic slowdown, rising corruption and unfair elections have put the leadership under pressure, and have caused unprecedented public protest.

A year after Vladimir Putin's contested election, Russian politics is at a crossroads. The regime is gradually losing authority and legitimacy. It still has considerable resources at its disposal, but to make use of these resources is becoming more and more costly, politically, economically and socially. She explained that the more Vladimir Putin resorts to repressive measures, the weaker his chances of consolidating his rule on solid and lasting foundations. Political repression inevitably stifles social and economic life and condemns the country to stagnation.

Mendras pointed out that the regime feels threatened by discontent at home and by geopolitical changes outside Russia. Foreign policy options will to a large extent depend on the capacity of the state to modernize and become more competitive in global geopolitics. Relations with Europe and the United States remain a central concern for Moscow, even with the rise of Asian powers.



A. Crooke



A. Crooke | G. Harrer



A. Hamzawy

ARAB CHANGES

Gudrun Harrer, Kuratorin

Two years ago the people in several Arab countries started to rise in protest against their undemocratic systems asking for political freedom and social justice. Since then three dictatorial regimes – in Tunisia, Egypt and Libya – have fallen. One – in Yemen – is on its way out, and another one, in Syria, seems doomed.

In Tunisia, Egypt and Libya the revolution has entered a second stage: people's will is by means of elections being transformed into political reality. Are the Islamists' sweeping victories in Tunisia and Egypt an answer to the question who will reap the rewards of the revolution? Will liberal and secular forces, will the young educated people who wish to direct their countries into political modernity be marginalized? Or are we witnessing a transformation of political Islamic parties into Western style social conservative parties, fit to integrate into democratic systems? And what can the West do to help these nascent democracies in their sometimes-troubled transitions? These and more questions are addressed in this lecture series.

Faultlines and Power Plays: Where is the Middle East Heading?

Alastair Crooke, Director and Founder of Conflicts Forum

Alastair Crooke is the director and the founder of the Conflicts Forum based in Beirut, in the very heart of the Middle East. He started questioning the labels ›Awakening‹ and ›Arab Spring‹, claiming that most of the people in the area view the events of the last three years as an explosion of anger, an ›Intifada‹. Moreover, we cannot interpret it as simply a struggle between young reformists and repressive governments. What we are witnessing is the shifting of social tectonic plates, not only in the Middle East (there are many intersections with what is happening in Europe too). There is a clear erosion of structures of thinking, of the very fabric of the nation-state. These new cracks are not superficial, but they are cleaving down into some of the more sensitive elements of the Middle-Eastern society. The old order is crumbling.

First of all, we observe a destabilizing sectarian discourse: Sunni radicalism has been dangerously empowered, because it has been seen as an easy way to isolate Iran and Hezbollah, demonizing them. Unfortunately, this meant also the eclipse of the Sunni moderate voice in the whole region. Secondly, sectarian Islamist tensions are becoming uncontrollable: many are ready to fight a new form of Sunni hegemony, which is not ›Ottoman‹ but ›Gulfesque‹. This is why it is sometimes really difficult for outsiders to understand who is supporting and who is fighting Assad in Syria. Thirdly, there is a discussion among the Islamists, concerning the validity of the nation-state as a viable and legitimate political entity. Fourthly, a quietist tradition (acceptance of the State dominance) is now challenged by calls to open rebellion against injustices and corruption. It is rather clear that all these massive earthquakes cannot be faced with the instruments of conventional politics. We could even claim that the Middle East looks like 16th century Europe: demons are afoot, new Savonarolas are preaching the Salafization of society. This is a real cultural revolution. A question arises very often: what should the West do? Crooke has no doubts: instead of planning military interventions, which are incompatible with the Western values, we should listen and try to understand.



A. Hamzawy | G. Harrer



G. Harrer | A. Hamzawy



G. Steinberg | G. Harrer

Politische Entwicklungen in Ägypten: Hat Demokratie noch eine Chance?

Amr Hamzawy, Politikwissenschaftler, Menschenrechtsaktivist, Publizist

Hamzawy ist nicht nur Professor für Politikwissenschaft in Kairo, sondern auch Autor einer täglichen Zeitungskolumne, ein Menschenrechtaktivist und Gründer der Partei ›Freies Ägypten‹. Hamzawy zufolge ist die arabische Politik von einer Überdominanz der Militärs gekennzeichnet. Wenn man Ägypten wirklich demokratisieren möchte, sollten an erster Stelle die Armee und die Sicherheitsapparate unter zivile Kontrolle gebracht werden. Demokratie ist eine Herrschaftsform, die Bürgern ermöglicht, an Entscheidungen teilzunehmen, die die jeweilige Gesellschaft betreffen und die Rechte und die Freiheit in Schutz nimmt. Die Akzeptanz der Widerkehr des militärischen Sicherheitskomplexes an die Spitze des Staates wäre deshalb eine undemokratische Entscheidung.

Diese Dominanz des Militärs ist es aber auch, die verhindert, dass dieser Apparat unter zivile Aufsicht gestellt werden kann und eine Kultur der Demokratie entstehen könnte. In den letzten sechs Jahrzehnten haben die Bürger unter Herrschaftssystemen gelebt, die sie nicht in ihrer Individualität wahrgenommen haben, sondern nur als Kollektiv. In Ägypten waren Menschenrechtverletzungen zu jeder Zeit, unter dem Militärrat, unter Präsident Mursi und auch jetzt wieder Bestandteil der ägyptischen Realität.

Die Rolle der religiösen Kräfte zu analysieren, wäre eine weitere wichtige Aufgabe. In der Tat handelt es sich um Kräfte, die rechts zu verorten sind und mit einem totalitären Verständnis von Religion und Politik agieren. Die Definition ›Islamismus‹ wäre teilweise irreführend, Eliten hätten keine Verpflichtung zu demokratischen Werten entwickelt, sondern wären Teil einer undemokratische Zusammenarbeit zwischen dem Militär auf der einen Seite und wirtschaftlichen und finanziellen Eliten auf der anderen.

Eine Militarisierung des kollektiven Verständnisses fände gerade statt: die Leute suchten wieder den Helden in Uniform. Die Menschen wollten nicht wissen, was wirklich los ist. Es gäbe nur eine Bezeichnung für die Ereignisse von Juli 2013: ›Putsch‹.

Kalter Krieg am Golf: Bahrain nach dem Arabischen Frühling

Guido Steinberg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Auch das Königreich Bahrain hatte seinen ›Arabischen Frühling‹: Die im Februar 2011 ausgebrochenen und von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit getragenen Proteste wurden von der sunnitischen Führung des Landes und deren Protektor Saudi-Arabien jedoch als iranisch-schiitisches Komplott gegen die Stabilität der arabischen Seite des Persischen Golfes denunziert. Versuche einer nationalen Versöhnung im Inselstaat verliefen bisher im Sand. Bahrain mit einer 1,2 Millionen großen vorwiegend schiitischen Bevölkerung und seit 1783 von der Herrscherfamilie Khalifa regiert, ist das einzige Land, in dem es, obwohl es ganz massiv vom arabischen Frühling betroffen war, nicht zu größeren Veränderungen kam: Monarchien wie in Bahrain erweisen sich in der Region als wesentlich resistenter als Republiken, welche nicht die historische und religiöse Legitimität besitzen. Schon seit 1979 kann man Auseinandersetzungen zwischen dem autoritär regierenden Herrscherhaus und der schiitischen Bevölkerung beobachten, die ein Ende der in den meisten Golfstaaten



G. Steinberg



I. Lübben



H. Abdel Samad | G. Harrer | I. Lübben

vorherrschenden Diskriminierung fordern. Dies hat in den Jahren seit 1979 immer wieder zu Konflikten geführt und gipfelte in einer bahrainischen Intifada von 1994 – 1998. Der Arabische Frühling in Bahrain ist somit nicht der Beginn dieser Auseinandersetzung. Auch der Versuch des neuen Emirs nach seinem Amtsantritt 1999, diese Probleme durch politische Reformen zu lösen, weckte eher Erwartungen, die letztlich nicht eingelöst werden konnten. Bahrain ist in großem Maße abhängig von Zuwendungen seitens Saudi-Arabien, das mit großen Öllieferungen seinen Einfluss bewahren will und in großem Maße an Stabilität in der Region und der Erhaltung des Status Quo interessiert ist. Instabilität in der Region setzen die Saudis mit einem Machtgewinn Irans gleich, was mit allen Mitteln zu verhindern ist und letztlich in der Entsendung saudi-arabischer Truppen nach Bahrain am 14. März 2011 mündete.

Dass die saudi-arabische Armee zu einer militärischen Intervention im Nachbarland und nicht beispielsweise zum Kampf gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wurde, kann tatsächlich als revolutionär in der saudi-arabischen Außenpolitik gesehen werden. Diese neue Außenpolitik wird auch in Syrien zumindest sehr zurückhaltend, aber doch mit einer deutlichen anti-iranischen Ausrichtung fortgesetzt und stellt auch den Grund für den Titel dieses Vortrages »Kalter Krieg am Golf« dar.

Das Problem in der gesamten Region ist, dass in den sunnitisch dominierten Staaten die Schiiten seit 1979 durchgängig verdächtigt werden, eine Art fünfte Kolonne des Iran darzustellen und dementsprechend angefeindet werden. Sollten die nächtlichen Unruhen anhalten und es zu keiner baldigen politischen Lösung komme, werden sich die Protestierenden nach anderweitiger Hilfe umschauen. Steinberg nennt den Iran, Irak und den Libanon als potentielle Unterstützer des Aufstandes.

Die Stunde des politischen Islam

Hamad Abdel Samad, deutsch-ägyptischer Politologe, Historiker und Autor

Ivesa Lübben, Universität Marburg, Centrum für Nah- und Mitteloststudien

Zwei ausgewiesene Nahostexperten diskutieren in dieser Ausgabe von Arab Changes über die jüngsten Entwicklungen in Ägypten und die Zukunft des Landes.

Für Hamad Abdel Samad ist die Revolution in Ägypten nicht aufgrund, sondern trotz des politischen Islams entstanden. In seinem Buch »Der Untergang der Islamischen Welt« sagte er den Kontrollverlust des Staates über die Massen voraus, unter prophezeit darüber hinaus einen Kontrollverlust der Massen über sich selbst, da die Infrastruktur, sei sie politisch, wirtschaftlich oder gesellschaftlich nicht mehr zeitgemäß ist.

Genauso das wäre gerade in Tunesien und Ägypten zu beobachten. Die Islamisten könnten entweder trojanische Pferde dieser Revolution werden, indem sie die Demokratie benutzen, um an die Macht zu kommen und die Demokratie von innen zu zerstören, oder sie scheitern an den demokratischen Spielregeln, weil sie pragmatisch werden müssen. Im Gegensatz zur Situation im Iran 1979, in welcher der Staat mit Erdöl die Diktatur finanzieren und die verarmte Bevölkerung ernähren konnte, basiert Ägyptens Wirtschaft zu großen Teilen auf Tourismus und ausländischen Investitionen. Durch diese Abhängigkeit vom Westen ist ein Pragmatismus unabdingbar, und an genau eben diesem werden die



I. Lübben | G. Harrer | H. Abdel Samad



G. Harrer | W. Posch

Islamisten laut Samad scheitern, indem sie ihre eigene religiöse Autorität untergraben. Für Gudrun Harrer sind dies typisch post-revolutionäre Phänomene, die keineswegs kultur- oder islamspezifisch sind. Die Islamisten wären vielmehr ein Symptom und Folge der Diktaturen sowie der genuinen Kultur des Landes.

Daran anschließend ging Ivesa Lübben detaillierter auf die Rolle des politischen Islam und dessen Unterschiede im Iran und den arabischen Ländern ein. Unterschiede, die teils auf schiitische Staatsauffassungen, aber auch soziale Klassen der unterschiedlichen islamischen Bewegungen zurückgehen. Im Iran spielte die Geistlichkeit selbst eine führende Rolle während der Revolution, setzte sich an die Spitze und schuf eine Staatsstruktur.

In den arabischen Ländern hingegen besteht eine große Trennung zwischen den Geistlichen und den Kräften des politischen Islam, vor allen Dingen der Muslimbruderschaft, die ihre Unterstützung nicht wie im Iran aus der ländlichen verarmten Bevölkerung bezog, sondern ihre Anhängerschaft im mittleren Bürgertum fanden. Viele politische Probleme, vor denen die Muslimbruderschaft steht, können auf diese soziale Komponente zurückgeführt werden. Der zusätzliche Mangel an Technokraten in ihren eigenen Reihen verleitet sie zu großen Fehlern und mangelnden Konzepten in der Wirtschaftspolitik.

Dass es weder Islamisten noch Säkularen Gruppen gelungen ist, einen Konsens zumindest darüber zu erlangen, wie neue verfassungsgemäße Grundlagen einer Nachkriegsordnung zu schaffen sind, sah Lübben als gravierendes Problem. Doch wäre es zu früh, von einem baldigen Ende des politischen Islam zu sprechen, sondern eher von einem Transformationsprozess des politischen Islam, der genauso wichtig wäre und eine größere Ausdifferenzierung und Pluralität der Ansätze des Islam, auf dem die unterschiedlichen politischen Systeme basieren, zur Folge haben würde.

DEMOKRATIE RELOADED

Isolde Charim, Kuratorin

Es ist allgemeiner Konsens: Die westliche Demokratie ist in der Krise. Ihre Anziehungskraft schwindet. Die Repräsentation ist ausgeöhlt, weil das Verhältnis der Bürger zu ihren Repräsentanten erodiert. Sie verliert ihre Anziehungskraft.

Kurzum, Ideal und Realität klaffen weit auseinander. Der Abstand ist so groß geworden, dass das Wort von der Postdemokratie als Schreckengespenst die Runde macht. Als seien wir der Demokratie schon verlustig gegangen. Als würden die demokratischen Institutionen nur noch formal existieren – eine Fassade, ein Als-Ob der Volksouveränität hinter der ein ungebremster und brutaler Machtkampf rivalisierender Interessen, konkurrierender Lobbys tobt.

Postdemokratie – das meint eine Verfallsform des Demokratischen.

Was aber, wenn dieser deprimierende Befund nur eine mögliche Perspektive ist? Wenn der Verrohungsprozess alte Formen des Demokratischen erfasst hat, während neue Formen übersehen werden oder noch zu erfinden sind? Mit dieser Reihe macht sich das Bruno Kreisky Forum auf die Suche nach Möglichkeiten, Demokratie neu zu denken. Es ist die Suche nach der Zukunft einer Hoffnung. Nicht so sehr im Sinne einer Wiederbelebung als vielmehr im Sinne der Neuaufladung eines alten Konzepts: Demokratie Reloaded!



I. Charim | A. Heller



M. Hardt



I. Charim | M. Hardt

Why was I born Hebrew and not Negro?

Agnes Heller, Philosophin, Budapest

Agnes Heller, ungarische Philosophin und Professorin am Lehrstuhl für Philosophie in New York und Budapest versucht unter dem Titel ›Why I was born Hebrew and not Negro‹, die Themen Rassismus und Demokratie zu kombinieren und beide Themen im Verhältnis zur Moderne zu reflektieren. Sowohl Rassismus als auch Demokratie sind in der Moderne entstanden.

Professorin Heller macht drei Tendenzen und Logiken aus, die essentiell für die Entstehung und das Funktionieren der Moderne sind: Distribution durch den Markt, moderne Wissenschaft und Technik, und die freie Wahl gesellschaftlicher Institutionen und politischer Formen.

Für sie gibt es zwei Säulen der modernen Ethik. Die eine ist der gute Mensch und die andere ist der gute Staatsbürger. Eine Verfassung ist die Voraussetzung für gute Staatsbürger, und nicht nur die moderne Demokratie, sondern auch der Rechtsstaat basiere auf einer Konstitution. In der Moderne hat man die Lösung erfunden ›alle Menschen sind frei geboren‹; eine Lösung, die so vor der Moderne schlachtweg nicht möglich war. Die moderne Demokratie und der moderne Rassismus entwickelten sich eine Weile zusammen. Doch in Europa, wo es an farbigen Menschen mangelte, entwickelte sich der Rassismus schnell als Antisemitismus, Juden wurden als feindliche Rasse definiert.

Dazu elaborierte Heller mehrere Entwicklungsstadien, angefangen bei einer Aversion gegen Juden bereits in der vorchristlichen Zeit (›Judeophobia‹), über einen Antijudaismus in der christlichen Zeit mit Juden als Gottesmörder, bis hin zum modernen Antisemitismus, der laut Heller substantiell etwas anderes ist.

Antisemitismus ist mit sozialer Aversion verbunden. Er wird von der Gesellschaft gefördert, jedoch vom Staat in Form von Diskriminierung vollzogen. Somit folgt der gesellschaftlichen Diskriminierung die politische und staatliche. Durch die Geschichte Europas hinweg sieht Heller stark antisemitische Tendenzen sowohl in nichtdemokratischen als auch demokratischen Ländern. Erst die langsam einsetzende Entwicklung einer demokratischen Gesinnung in Europa definierte Rassismus mehr und mehr als antidemokatisch.

Trotzdem kann laut Professor Heller Rassismus nicht für alle Zeiten und endgültig besiegt werden; aus denselben Gründen, warum Antisemitismus allgemein, die sogenannte Judenfrage, nicht endgültig zu besiegen ist.

Demokratie sei eine Institution, die täglich neu erkämpft werden müsse. Selbstverständlichkeit gefährde die Demokratie, denn Selbstverständlichkeit geht mit Passivität, mit Interessen, jedoch mit Abwesenheit des Staatsbürgergeistes einher.

Democracy: What We are Fighting for

Michael Hardt, Professor for Literature, Duke University Durham, N.C., USA

Michael Hardt is a sort of ›collective author‹, in duo with Toni Negri. With their ›Empire‹ they produced a theory best-seller and a founding text for anti-globalists all over the world. According to Hardt, we are witnessing a cycle of struggle: Spain, Greece, Wall Street and Zuccotti Park. Challenging the conventional US-centered view, we could draw the conclusion that Occupy Wall Street was a kind of point of arrival, rather than a starting point. The use of the term ›cycle‹



G. Auer Borea | R.Salecl | I. Charim



R.Salecl

doesn't mean that all protests are basically the same: in each new location what has happened before is translated and innovated. It's like a virus that transforms itself with different hosts. We observe discontinuity and three crucial features. First of all, there is no centralized leadership: this is what Hardt and Negri call the ›multitude form‹. Secondly, instead of the nomadism of the previous movements (Seattle, Genoa), the rootedness in the territory is remarkable. Thirdly, democracy (and not justice) is the real overarching term. Should we be optimistic or skeptical? Marx believed that revolution is like a mole that burrows underground and then suddenly pops up: therefore, we need to be confident. The choice between anarchy and authority is not the issue: we have to construct a constituent process, which will lead to real active political participation. At the same time, we should think about the notion of ›constitution‹ in totally different terms.

The choice between State and Market is also something belonging to the past. We have to defend and promote a right to the commons. The common as such is neither public nor private, but it's characterized by shared open access and democratic collective self-management. This right to the commons is not a right in standard terms, deriving from a sovereign authority. Hardt wants to convey the idea of an active notion of right, completely autonomous from the authority. Not a struggle against something or someone, but rather an autonomous process of constitution.

Tyranny of Choice – Ideology which Helps to Prevent Social Change

Renata Salecl, University of Ljubljana

Renata Salecl is not only a university professor, but a sociologist, philosopher and legal theorist at the same time. When she started writing her book about choices, she was not only thinking about those of the consumers but of identity and even emotions (love, for instance). Very little has been written, according to Salecl, about the anxiety connected with choices. Historically, the idea of choice became important when democracy and capitalism were established and a perception of rational subjectivity started: a person is able to make rational choices. Nevertheless, psychoanalysis showed that people perceive their life as a matter of choice and are often paralyzed by a sort of anxiety. Even when we make banal choices in the everyday life we are not perfectly rational.

The other crucial phenomenon, which was denounced by Lacan is the change in the structure of the Big Other. The Big Other is the way the society in which we are born is organized. Lacan claimed that it doesn't exist, but it nevertheless functions. Today we don't have classical authorities anymore and anxiety, as a result, keeps on growing. If we think that choices are basically rational and only an individual matter, we don't speak about political choices anymore. There is a shift from rights to choices. The consumer becomes the ideal subject of this ›ideology of choice‹.

She concluded by saying that first: we should stop perceiving choices as rational but to view them as linked to our desires and fantasies. Secondly, we should overcome the individual level: social choices should be re-thought; we should stop taking our current society as granted. The idea of chance has to be re-introduced to challenge the one that everyone can make it if he/she makes rational choices.



I. Charim | G. Auer Borea | Ch. Lauer



Ch. Lauer



B. Blaha

Fertigmachen zum Entern! Die Piratenpartei Deutschlands und die Liquid Democracy

Christopher Lauer, innen- und kulturpolitischer Sprecher und Fraktionsvorsitzender

Liquid Democracy ist keine Piraten-Idee. Sie ist in den früheren 2000ern in amerikanischen Internetforen entstanden. Durch Liquid Democracy werden neue demokratische Prozesse über eine Software gebildet. Alle Menschen können daran teilnehmen. ›Delegate Voting‹ ist ein weiteres Element in diesem Prozess: das Übertragen der Stimme an jemanden, der in einem bestimmten Bereich kompetenter ist; innerhalb dieses Systems findet eine richtige ›Expertensuche‹ statt.

Liquid Democracy erfordert eine Diskussion darüber, wann man und wie man ein Politiker ist. Max Weber zufolge, ist politisch immer, wenn es um Machtverteilung und um die Ressourcen eines Staates geht. In der Vergangenheit musste man ein gewisses Einkommen haben oder eine gewisse Bildung haben. Durch das Internet werden deshalb die Zugangshürden deutlich gesenkt. Ersetzt dieses System repräsentative Demokratie? Perspektivisch, wäre es eine Möglichkeit. Wir brauchen aber ein politisches System, dass auch funktioniert, wenn der Strom einmal ausfällt. Warum gibt es einen wachsenden Wunsch nach Partizipation? Er ist vor allem ein Ausdruck eines sehr großen Misstrauens gegenüber einer politischen Klasse, die nicht mehr in der Lage ist, den Leuten zu erklären, was sie tut und warum sie es tut.

Rückkehr von Partizipation und Engagement?

Felix Butzlaff, Institut für Demografieforschung in Göttingen

Franz Butzlaff ein enger Mitarbeiter des deutschen Politologen Franz Walter, erklärte in seinem Vortrag die neue Macht der Bürger, wie von Walter in seinem jüngsten Buch beschrieben.

Die Bürger suchten in den letzten Jahren immer mehr eigene Wege und nutzten die etablierten großen Organisationen dafür nicht mehr. Folgende Proteste wurden analysiert: Projekte, die sich mit Energiewende beschäftigt haben, Antiatomkraftbewegungen, Initiativen im Bereich Stadtentwicklung, gegen den Euro, die sogenannte ›Occupy‹ Bewegung, die anti-ACTA, Bildungs- und satirische Proteste. Kann man von einer langfristigen Veränderung der politischen Kultur sprechen? Diejenigen, die daran teilnehmen, müssten eine ganze Reihe von Voraussetzungen erfüllen. Sie sollten vor allem die Zeit dazu zu haben und deshalb können die meisten ihre Zeit vergleichsweise frei einteilen. Es sind hauptsächlich Menschen zwischen Mitte vierzig und Mitte siebzig – die Protestgeneration der 60er und 70er Jahre, die von den damaligen älteren Generationen sehr distanziert betrachtet worden war. Diese waren vom Nationalsozialismus stark geprägt und für sie war die Bundesrepublik eine Art Schutzraum der nicht kritisiert werden sollte. Zweitens sind die, die heute protestieren, nicht die Ausgeschlossenen und die Unterschichten, sondern Menschen mit einem hohen Bildungsgrad, mit fast immer überdurchschnittlichen Einkommen, sozial sehr gut vernetzt, mit sehr anspruchsvollen Berufen.

Was denken sie von der parlamentarischen Demokratie in Deutschland? Die meisten sagen, dass sie nur eine Scheindemokratie sei. Sie sind davon überzeugt, dass sie selber sehr viel mehr Sachverstand versammelt haben, als die traditionellen Parteien. Nichtsdestotrotz bringt die Möglichkeit, erfolgreich seine Interessen irgendwo einzubringen, noch ein Stück Vertrauen auch in die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie zurück.



P. Sonderegger



J. Ausserhofer



P. Huemer

Kundgebung heißt jetzt Flashmob. Haben NGOs ausgedient?

Julian Ausserhofer, Web Literacy Lab, FH Joanneum, Vorstandsmitglied Open Knowledge Foundation

Barbara Blaha, Politkongress Momentum, designiertes Mitglied des Universitätsrats der Uni Salzburg

Peter Huemer, Journalist, Publizist, Historiker

Philipp Sonderegger, ehemaliger Sprecher von SOS-Mitmensch, Menschenrechtler

Vor zwanzig Jahren ist ›SOS Mitmensch‹ entstanden. Damals waren die NGOs eine unglaublich viel versprechende neue Form der politischen Organisation, ein neues Medium um saubere Politik zu fördern. Haben sie heute diesen Status teilweise verloren?

Barbara Blaha meinte, dass sich seit ihrer ÖH Mitgliedschaft die Agitationsformen gar nicht so sehr verändert hätten. Flashmob an sich trägt keine politische Botschaft, sondern ist es eine Form von Event, die notwendig ist, um vielleicht eine Botschaft medial gut aufzuarbeiten. NGOs befanden sich heutzutage in einer Zwickmühle: auf der einen Seite versuchen sie immer kritisch zu sein (insbesondere der Regierung gegenüber), auf der anderen Seite möchten sie von den Regierungen konsultiert (und manchmal auch geschmeichelt) werden.

Peter Huemer als ein Beobachter und nicht Spezialist meinte, dass es in Ägypten mit wesentlicher Beteiligung von sozialen Medien gelungen wäre, eine Diktatur zu stürzen. Allerdings waren die Profiteure die, die traditionelle Strukturen hatten: die Muslimbrüder. Die neuen Medien könnten deswegen etwas in einer phänomenalen Weise stürzen oder verhindern, aber dann brauchte man auch Strukturen.

Philipp Sonderegger war überzeugt, dass sich sehr viel geändert hätte. Junge Leute wollten beitragen können. Doch sind für politische Veränderung echte Organisationen notwendig, nicht nur Twitter, sondern Präsenz auf der Straße. Allerdings wären nachteilige Phänomene die Vereinzelung von Protesten und die Schwächung von Institutionen wie Gewerkschaften. Es wäre deshalb fatal, wenn emanzipatorische Bewegungen verlernten, in echten Organisationen nachhaltig ihre Interessen zu vertreten.

Ausserhofer diagnostizierte Social Media als ein Massenphänomen, der Begriff ›Twitter-Revolution‹ wäre aber zu viel. Man hat sie verwendet, um Proteste zu planen und um diverse Nachrichten zu verbreiten. Social Media wären sehr gut geeignet, wenn man nicht zu viel von den Leuten verlangt: Proteste auf der Straße sind komplizierter! Die starke Sehnsucht nach Partizipation wurde damit erklärt, dass Partizipation eine zufriedenstellende Betätigung wäre, wenn klar kommuniziert würde, was man erreichen kann.

Gleichzeitig hätte eine ungleichzeitige Parallelaktion stattgefunden: Auf der einen Seite der Neoliberalismus (›die Welt steht dir offen‹) und auf der anderen Seite die dramatische Finanzkrise (die Möglichkeiten werden immer begrenzter). Das Zerbröseln der sozialen Sicherheit hätte zu einem vermehrten Bedürfnis nach Partizipation geführt. Politiker sind heute keine erhabenen Gestalten mehr. Sie sind menschlicher, die Distanz ist völlig weg. Würden wir Kreisky auf Twitter setzen, hätte er dieselbe Fama?



A. Turnheim | I. Charim



G. Franck | H. Settele



S. Farhat-Naser

Demokratie und Zivilgesellschaft – (digital) vernetzte Gesellschaft

Sumaya Farhat-Naser, Menschenrechtsaktivistin, Bir Zeit

In Zusammenarbeit mit Österreichischer Frauenrat

›Ich habe über zwanzig Jahren Biologie und Ökologie unterrichtet. Ich bin Naturwissenschaftlerin, aber in meinem Land, Palästina, kann man nicht nur Akademikerin sein. Die Palästinenser leben seit 47 Jahren unter Militärbesatzung, mehr als die Hälfte des palästinensischen Volkes lebt in Diaspora. In der Vergangenheit war es sehr schwierig Briefe zu schicken, aber jetzt mit dem Internet ist die Kommunikation fantastisch. Das Internet ist billiger geworden, es gibt viele Internet Cafés und mehr und mehr Leute können sich leisten, Internet zu Hause zu haben. Die Mädchen werden am strengsten kontrolliert, denn sie sind für die Ehre der Familie verantwortlich. Siebenundzwanzig Mädchen und Frauen wurden in den letzten eineinhalb Jahren in Ehrenmorden getötet. Die Gesetzeslage für die Bestrafung ist sehr mangelhaft.‹

Sumaya Farhat Naser hob die positive Tatsache hervor, dass in einer Gesellschaft, die so viele Sperren und Verbote hat, Internet die Menschen verbindet. In Palästina gibt es mehr als 2800 NGOs, die meisten weltweit. Viele junge Palästinenser, die im Ausland leben und eine ausgezeichnete Ausbildung haben, möchten zurückkehren. Manchmal sind ihre Aufenthalte kurz, aber Palästina ist ein Platz, wo viel Wissen und Knowhow gebraucht wird. Als besonderes Beispiel dafür wäre eine NGO von Jugendlichen, die ein Palestinian Youth Parliament im Internet gegründet hat. Das offizielle Parlament wurde ja von Präsident Abbas eingefroren. Dieses Experiment könnte einen großen Einfluss auf die demokratische Entwicklung in Palästina haben.

›WAHLFAHRTEN‹ – Der Politiker als authentischer Mensch?

Hanno Settele, ORF Journalist

André Turnheim, Regisseur

Georg Franck, Professor, TU Wien

Die ›Wahlfahrten‹ waren nicht nur ein neues Genre von Politikerinterview, sie haben auch ein Paradoxon deutlich gemacht: Politiker müssen heute auch ihre Authentizität inszenieren. Zu der Frage, welche Bedeutung das Authentischsein im Politischen hat und zu der Frage nach dem Umgang mit dem Bedürfnis nach Politainment sprach Isolde Charim mit den Protagonisten der ›Wahlfahrten‹, André Turnheim und dem ORF-Journalisten Hanno Settele sowie mit Georg Franck, dem Autor von ›Ökonomie der Aufmerksamkeit‹.

Die ursprüngliche Idee der Wahlfahrt war es, einen Abschnitt eines Politikerlebens darzustellen, den man sonst nicht zu Gesicht bekommt. Ein Experiment mit ungewissem Ergebnis, bei dem die Protagonisten einen Tag lang begleitet werden, um dem Politiker nach Möglichkeit ehrliche Antworten zu entlocken, indem man sie ihrem gewohnten Umfeld entreißt.

Durch das ungewohnte Setting, sowohl für die Akteure als auch den Konsumenten, war es den Fernsehzuschauern möglich, die sonst oft abstrakte Figur des Politikers aus einem neuen persönlicheren Blickwinkel zu betrachten, den Faktor der Authentizität zu erhöhen und gleichzeitig ein jüngeres Publikum anzusprechen.



S. Farhat-Naser | G. Auer Borea | M. Fischer



W. Kraushaar



W. Kraushaar

Die Interpretation von Hierarchien habe sich seit den 70er Jahren enorm verändert. Waren damals viel stärker autoritäre fast schon unnahbare Politikfiguren und Strukturen gewünscht, muss der heutige Politiker viel persönlicher und zugänglich sein. Sympathien, Vertrauen und Wiedererkennungswerte spielen eine viel größere Rolle. Das Verhältnis zu den Politikern ist ein amikales geworden.

Den Machern wares wichtig, die Sendung fernab des Politainment zu begreifen. Sie sollte stattdessen als Anregung zur Reflexion über den öffentlichen Diskurs von Politikern dienen und die Zielgruppe der Zuschauer politischer Sendungen erweitern; zwei Ziele, die von den Machern der Wahlfahrten erfolgreich erreicht wurden.

München 1970: Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus: ›Wann endlich beginnt bei euch der Kampf gegen die Heilige Kuh Israel?‹

Wolfgang Kraushaar, Politikwissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung

Vier Anschläge innerhalb von nur 11 Tagen im Februar 1970, eine blutige, wenn auch gescheiterte Flugzeugentführung auf dem Flughafen Riem, ein Brandanschlag auf das israelitische Gemeindehaus, bei dem sieben Holocaustüberlebende starben, und zwei Paketbombenattentate auf Verkehrsflugzeuge, stellten mit 55 Toten die opferreichste Terrorwelle in Mitteleuropa seit dem zweiten Weltkrieg dar.

Bis heute ist diese Anschlagserie größtenteils ungeklärt. Wolfgang Kraushaar geht ihr nach und präsentiert in dieser Veranstaltung der Demokratie Reloaded Reihe die spektakulären Ergebnisse seines neuen Buch mit dem gleichnamigen Titel, die auch die 68er-Bewegung im neuen Licht erscheinen lassen.

Die Anschlagserie, die im Gegensatz zum Olympiaattentat 1972 in München fast völlig in Vergessenheit geraten ist, muss im Kontext einer neuen Form der bundesdeutschen und österreichischen Nahostpolitik gesehen werden, die in den 70er Jahren mit der Aussicht auf Versöhnung und Frieden zwischen Israelis und Palästinensern gestartet wurde. Alle Ereignisse in diesen elf Tagen richteten sich gegen Israelis und Juden. Insofern ist es eine antisemitische Terrorwelle gewesen. Auch sind die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten mit Ausnahme eines Falles weitgehend geklärt.

Anhand der Aktenrecherche, aber auch persönlichen Interviews mit involvierten Personen, zeichnet Kraushaar ein detailliertes Bild der Involvierungen diverser Kommunen an den Anschlägen und deckt Versäumnisse der ermittelnden Polizei und Staatanwaltschaft auf.



I. Charim | S. Angerbauer | W. Koch | G. Krieghofer



W. Koch | G. Krieghofer | I. Charim | F. Wenninger | S. Angerbauer

Allgemeine Wehrpflicht oder Berufsheer: Wie sieht eine demokratische Armee heute aus?

Silvia Angerbauer, Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport

Wolfgang Koch, Publizist, Wehrdienstverweigerer

Gerald Krieghofer, Philosoph

Florian Wenninger, Historiker, Redaktionsmitglied des Blogs www.berufsheer.diefakten.at

Aus aktuellem Anlass diskutieren die Teilnehmer der Podiumsdiskussion in der Reihe Demokratie Reloaded über die anstehende Volksbefragung zum Thema Wehrpflicht oder Berufsheer.

Florian Wenninger sah ein Berufsheer in der derzeitigen Form als nicht notwendig an. Zwar waren ihm beide zur Wahl stehenden Optionen nicht zufriedenstellend, doch würde er sich ›für das kleinere Übel‹ bei der kommenden Abstimmung entscheiden und für die Wehrpflicht stimmen.

Silvia Angerbauer sah das heutige Bundesheer vor neuen Herausforderungen und begrüßte die aktuelle Diskussion als Chance, sicherheitspolitische Herausforderungen und Instrumente in der Bevölkerung genauer darzustellen. Sie argumentierte, dass es für die gegenwärtigen komplexen Krisenszenarien, die sich so wie in Syrien direkt in der Bevölkerung abspielen, bestens ausgebildete Männer und Frauen bräuchte. Die gegenwärtigen militärischen Mittel würden ihr schlicht zu kurz greifen.

Auch Gerald Krieghofer sah eine Veränderung der Krisenszenarien und Bedrohungsbilder. So wäre die territoriale Landesverteidigung auf absehbare Zeit kein Bedrohungsbild für Österreich mehr, als militärische Aufgaben blieben nur mehr die Auslandseinsätze unter UNO oder OSZE Kommando oder zumindest abgesichert durch eine UNO Resolution. Auch wäre eine demokratische Armee nicht möglich; in Sicherheitsfragen wäre ein schneller Entscheidungsprozess unabdinglich, welcher nur durch eine hierarchische und antidemokratische Struktur der Armee erreicht werden könnte. Das demokratische Element der Armee müsste dahingegen erfolgen, dass Einsatzbefehl und Kommando klar von der Politik, im Falle Österreichs von Nationalrat und Bundesregierung kommen.

Wolfgang Koch hingegen sprach sich für die Wehrpflichtsarmee aus. Er plädierte zudem für den Ausbau der Menschenrechte, und sah eine besondere Verpflichtung Österreichs zur Zurückhaltung aufgrund seines Neutralitätsanspruchs.

Doch laut Florian Wenninger machte nur unter dem Gesichtspunkt internationaler Interventionen eine Berufsarmee Sinn, Territorialverteidigung alleine könne von der bestehenden Wehrpflichtsarmee ausgeübt werden. Auch sah er die Beteiligung Österreichs an internationalen Interventionen als nicht verfassungskonform und mit der Neutralität Österreichs nicht vereinbar an.



I. Charim

DIASPORA. Erkundungen eines Lebensmodells

Kuratiert von Isolde Charim

Eine der am tiefsten gehenden Veränderungen unserer Gesellschaften ist deren Pluralisierung. Das ist ein relativ neues Faktum. Und es ist ein unhintergehbaren Faktum: Es gibt keinen Rückweg in eine nicht-pluralistische, in eine homogene Gesellschaft. Das ist eine einfache Feststellung. Nicht ganz so einfach ist die Klärung der Frage, was das genau bedeutet. Was ist eine pluralistische Gesellschaft? Was vervielfältigt sich da genau? Und welche Auswirkungen hat das? Anders gefragt: Was heißt es, in einer pluralistischen Gesellschaft zu leben?

Im gängigen Verständnis lautet die Antwort: Es gibt ein Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen. Das aber würde bedeuten, die Pluralisierung bestehe in einer Akkumulation von kulturellen, religiösen, ethnischen Unterschieden. Eine Addition, wo etwas Neues zu etwas Bestehendem hinzukommt. Zu den Österreichern kommen dann Jugoslawen, Türken oder neverdings Moslems hinzu.

Deshalb spricht man dann von Migration, von Integration oder – worst case – von Parallelgesellschaften und verstellt damit den Blick auf die grundlegende Veränderung, die das für uns alle bedeutet. Denn Pluralismus ist nicht einfach ein äußerliches Verhältnis. Es ist eben kein Nebeneinander, das die Teile unberührt ließe. Es meint vielmehr jenen Vorgang, in dem die Vielzahl, in dem die Verschiedenheit alle Beteiligten – Einheimische und Migranten – affiziert, ändert.

Deshalb haben wir den Begriff der ›Diaspora‹ gewählt: wir wollten damit ein ganz spezifisches Problemfeld eröffnen, das weder die Begriffe Parallelgesellschaft, Multikulturalismus, Exil, Migration noch Integration abdecken. Natürlich sind das alles Themen, die in der einen oder anderen Form in dieser Reihe behandelt wurden und werden. Aber all diese Begriffe sind so genannte Master-Kategorien, Kategorien, deren unmittelbare, einleuchtende Eindeutigkeit die Verschiebungen und Veränderungen, die wir in den Blick bekommen wollen, verdecken.

›Parallelgesellschaft‹ (einmal abgesehen von ihrer politischen Konnotation) rückt ebenso wie ›Exil‹ die Abgrenzung ins Zentrum und verkennt, dass es immer auch – egal wie abgeschottet eine Gemeinschaft leben mag – eine Interaktion mit der umgebenden Lebensrealität gibt. ›Migration‹ und ›Integration‹ erfassen zwar Bewegungen, bleiben aber völlig einseitig. Und ›Multikulturalismus‹ befriedigt zwar unsere Sehnsucht nach dem Echten und Ursprünglichen, aber um den Preis, den Fremden zum Träger einer authentischen und eindeutigen Identität zu machen. Gegen diese Eindeutigkeiten und Einseitigkeiten brauchte es also einen Begriff, der dem widerspricht, was ein Begriff leisten soll: Es brauchte einen uneindeutigen Begriff. Genau dieses Paradoxon erfüllt ›Diaspora‹. Das war unser Ausgangspunkt.

Der Vorteil einer Reihe besteht darin, dass jeder Abend für sich steht und sich zugleich in die Reihe der Abende, die ihm vorangingen, einfügt. Jede besondere Diskussion fügt sich also in einen Diskurszusammenhang, den die Reihe in ihrer Kontinuität eröffnet.



D. Rabinovici



J. Rabinowich



I. Charim | E. Dönmez

Jüdische Diaspora: Realismus oder Naivität?

Hanno Loewy, Direktor des Jüdischen Museums Hohenems

Doron Rabinovici, Schriftsteller, Essayist und Historiker

Jüdische Diaspora ist heute neu zu definieren. Die alte Diaspora, die als Fluch verstanden wurde, findet man heute nirgendwo mehr. Diaspora ist zu einem Luxus geworden. Das bedeutet aber nicht, dass es heute keine Bedrohungen für Juden mehr gäbe. Vielmehr findet man heute überall wieder neue Bedrohungen. Heftig diskutiert wurde, wie sich diese Bedrohungen zum Status des Staates Israel verhalten. Genereller gefragt: Ist Herzls Utopie aus der Perspektive der Diaspora nun ein Gründungsmythos oder eine politische Aufgabe?

Exil: Bruchstücke und Lebensmodelle

Julya Rabinowich, Schriftstellerin, Dramatikerin, Malerin und Simultandolmetscherin.

Menschen, die sich intensiv mit dem Thema Diaspora beschäftigen, haben immer auch einen persönlichen Bezug dazu, Diaspora ist Teil ihrer Biographie und Lebensrealität, es besteht eine Verdoppelung von Leben und Gegenstand. Für Isolde Charim ist dies ganz besonders bei Julya Rabinowich der Fall, die an diesem Abend der Diaspora Reihe im Kreisky Forum anhand ihrer Bücher, aber auch eigener Erfahrungen ihren persönlichen Bezug zum Thema Diaspora näher brachte.

Viele Tätigkeiten Rabinowichs zirkulieren in gewisser Weise um Sprache, ob in ihrer Funktion als Autorin von Romanen und Theaterstücken, ihren Kolumnen für den Standard oder ihrer Arbeit als Dolmetscherin in psychotherapeutischen Sitzungen.

Sprache ist es auch, die am schnellsten einen Menschen, dessen Herkunft fremd ist, verrät.

Rabinowich erzählte von persönlichen Erlebnissen, in denen Sprache auf verschiedenen Ebenen relevant wurde, in denen Sprache als Instrument diente, um >im Sand Fuß zu fassen<, eine für Rabinowich spezifische Exilerfahrung als gebürtige Russin, die mit sieben Jahren nach Wien kam.

So beschrieb sie ihre ersten zwei Jahre, in denen ihr die deutsche Sprache in Wien noch nicht zur Verfügung stand, durchaus als Exilerfahrung, das Fehlen der Sprache als Kommunikationsmittel versperrte ihr vorerst den Zugang zur neuen Heimat.

Auch von ihrer einschneidenden Erfahrung während eines Krankenhausbesuches, während dem sie zufällig durch Dolmetschen zwei Flüchtlinge vor der immanen Abschiebung bewahrte und eine korrekte Behandlung gewährleistete, führte sie als Beispiel für die Wichtigkeit der Sprache an.

Das Element der Diaspora setzte sich in ihrem Leben auch während ihrer Jugendzeit fort, in der sie im Abhauen, Streunen, sich Verabreden, aber auch ihrer Faszination für die Punkkultur und ihrer Partizipation an dieser Subkultur diasporische Elemente sieht.

Rabinowichs Exilerfahrung ist eine von Integration, die durch Rebellion, Widerstand, den Versuch sich zu engagieren und etwas zu verändern, geprägt ist.



E. Dönmez



K. Güngör



A. Korun

Angekommen?

Auf der Homepage des Staatssekretariats für Integration lesen wir: »Es soll nicht die Herkunft eines Menschen zählen, sondern die Leistung, die jemand erbringt. Integration geschieht durch Leistung.«

Was aber ist mit jenen Leistungen, die die Gesellschaft nicht so leicht integrieren kann? Was ist mit jenen Erfolgen, die nicht einfach in der Erfüllung einer künstlerischen, sportlichen oder ökonomischen Norm bestehen? Was ist mit jenen Erfolgreichen, deren Erfolg darin besteht, die Gesellschaft zu verändern – Politiker, Lehrende, Theoretiker? Wir wollen der Empfehlung des Staatssekretärs Folge leisten und genau »die vielen positiven Lebensgeschichten und Erfahrungen von Personen mit Migrationshintergrund verstärkt in den Vordergrund rücken«, deren Leistung darin besteht, das problematische Verhältnis von Migration und Integration zu reflektieren und zu gestalten. Wie sieht das aus ihrer ganz persönlichen Perspektive aus? Sind sie durch ihre aktive Teilnahme an der Gesellschaft »angekommen«? (Isolde Charim)

Kenan Güngör und Alev Korun

Kenan Güngör ist Sozialwissenschaftler, seit 2007 Leiter des Büros [difference:] Gesellschaftsanalyse. Innovation. Inhaltliche Schwerpunkte: Integration, Partizipation, Diversitätsmanagement, Stadtsoziologie, Konflikt- und Gewaltanalyse, Gesellschafts-, Organisations- und Steuerungstheorie.

Alev Korun, seit 2008 Abgeordnete der Grünen im österreichischen Nationalrat. Korun arbeitete bei Antirassismus- und Integrationsinitiativen in Tirol und Wien, war am Beratungszentrum Wien für MigrantInnen beschäftigt, wo sie die rechtliche und soziale Betreuung von Einwanderern übernahm und saß als NGO-Vertreterin im Integrationsbeirat des Innenministeriums. 1998 gründete sie das Europäische Netzwerk gegen Rassismus mit und war 1999 bis 2005 Fachreferentin für Minderheiten, Migration und Menschenrechte des Grünen Parlamentsklubs.

Efgani Dönmez

Bundesratsabgeordneter der Grünen

Ausgangspunkt der Veranstaltung war Dönmez persönlicher Lebensweg und beruflicher Werdegang als Sohn türkischer Gastarbeiter. Seit seinem erstem Lebensjahr in Österreich aufgewachsen, studierte er nach einer Ausbildung zum Installateur und der nachträglichen Zulassung zur Universität mit Hilfe der Studienberechtigungsprüfung den Studiengang der Sozialarbeit.

Hautnah erlebte er die Umstände von Asylbewerbern in Österreich mit, einen unsagbaren Zustand in einem reichen Land wie Österreich, den er nicht akzeptieren wollte. Dönmez sieht seine Erfahrungen während des Zivildienstes als ausschlaggebend für seinen weiteren Werdegang als Sozialarbeiter und später als Politiker: Einen Beitrag zu leisten, um gewisse Sachen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu verändern. Seiner politischen Tätigkeit geht er aktiv seit April 2008 nach, zu einem Zeitpunkt, zu dem noch kein anderer »Ausländer auf Bundesebene« aktiv war.

Die Frage des »Ankommen« oder »Angekommen« hat sich für Dönmez nie gestellt. Er sei schon immer da gewesen, sehe sich als Österreicher – Österreicher mit türkischen Wurzeln; als jemand, der Brücken schlägt zu den Kulturen, zu den Religionen und zwischen den Nationen.



C.-Ph. Heisenberg | A. Schmidt



C.-Ph. Heisenberg



WISSENSCHAFTLERINNEN IM GESPRÄCH

Arnold Schmidt, Kurator

Die ökonomische, kulturelle und damit auch die soziale und politische Entwicklung wird essentiell von den Fortschritten der Wissenschaft geprägt. Erstklassige Universitäten, insbesondere leistungsfähige universitäre Cluster scheinen nicht nur die Entstehung von innovativen und neuen Unternehmen zu befähigen, sie sind auch sehr potente Attraktoren für bereits existierende wissenschaftlich-technisch anspruchsvolle Industrieunternehmen. Besonders deutlich wird dies in den Vereinigten Staaten wie z.B. in Boston mit Harvard und dem MIT, wo die geographischen Zentren der modernen Industrie und die Orte wissenschaftlicher Exzellenz weitgehend deckungsgleich sind. Diese Beobachtung hat Karriere gemacht und führte in den letzten Jahren weltweit zur Gründung von leistungsfähigen universitären Clustern. Trotzdem gibt es in Europa Ähnliches bisher nur in Ansätzen.

Zentren hervorragender wissenschaftlicher Forschung.

Was macht den Unterschied?

Carl-Philipp Heisenberg, Professor am Institute for Sience and Technology, IST Austria

Im Gespräch mit Arnold Schmidt legte Professor Carl-Philipp Heisenberg vom IST Austria seine Gedanken zum Thema dar und diskutierte die Vor- und Nachteile verschiedener Modelle.

Die vier Faktoren Talent, Motivation, Zeit und Geld sind für ihn essentielle Voraussetzung für das Funktionieren von Forschung. Die Distribution von Zeit und Geld ist hierbei entscheidend und Professor Heisenberg stellte im Folgenden zwei Modelle mit grundlegend unterschiedlicher Herangehensweise vor: Die Max-Planck-Gesellschaft gibt hervorragenden Wissenschaftlern beliebig Zeit und finanzielle Mittel, in der Hoffnung, durch diese Voraussetzungen maximale Forschungsergebnisse zu erzielen.

Im Gegensatz dazu stünde das angelsächsische Modell: Hier wird auf anfänglich eigenständige Forschung gesetzt, nur minimal unterstützt durch Geld, Raum und begrenzte Zeit. Die kontinuierliche Evaluierung der Forschungsarbeit entscheidet über zusätzliche finanzielle Mittel und eine Verlängerung des Forschungsprojekts. Sein eigenes Institut, das IST Austria, versucht beide Modelle zu kombinieren, um ein ideales Forschungsumfeld zu schaffen.



E. Bahr



M. Fischer | H. Fischer



M. Schmidt | E. Nowotny | C. Vranitzky | F. Vranitzky

FRANZ VRANITZKY LECTURES

›DAS MUSST DU ERZÄHLEN.‹ Erinnerungen an Willy Brandt

Egon Bahr

Begrüßung und Einleitung: Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D.

Zum Buch: Bundespräsident Heinz Fischer

Lesung: Martin Schwab, Ensemblemitglied des Burgtheaters

Moderation: Alexandra Föderl-Schmid, Chefredakteurin, Der Standard

Kennengelernt haben sie sich Ende der 50er-Jahre: als Bürgermeister von Berlin machte Willy Brandt Egon Bahr zum Senatssprecher. Nach dem Mauerbau entwarfen sie gemeinsam jene Ostpolitik, die bis heute als die große Leistung der Kanzlerschaft Brandts gilt. Als engster Vertrauter folgte Bahr Willy Brandt ins Auswärtige Amt und dann ins Kanzleramt, verhandelte in Brandts Auftrag die Ostverträge und war im Triumph wie in der bitteren Stunde des Rücktritts an dessen Seite. In seinem Buch zeigt Bahr Willy Brandt in seiner Größe und Verletzlichkeit, vor allem aber in seinem lebenslänglichen Engagement für eine friedliche, menschliche Gesellschaft.

Nach einer kurzen Einleitung durch Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky und Bundespräsident Heinz Fischer zeichnete Egon Bahr im Dialog mit Alexandra Föderl-Schmid ein sehr persönliches Bild von Willy Brandt. Für Bahr ist entscheidend, dass Brandt als Beweis für einen Politiker gesehen werden kann, der auch ein guter Mensch war. Ein Mensch, der seine Schwächen nicht verbarg, was ihm zu großer Sympathie verhalf und Teil seiner Stärke wurde. Bahr sieht seinen Weggefährten Brandt als den einzigen Menschen, der im ›Übergang von den 60er zu den 70er Jahren Respekt im Osten hatte wegen seiner klaren antifaschistischen Vergangenheit und gleichzeitig Respekt im Westen hatte wegen seiner klaren Standhaftigkeit zur Verteidigung Westberlins‹. Dieser Aspekt machte ihn unersetzbbar.

Bahr beleuchtete das Verhältnis von Brandt zu Nixon und Brezhnev. Nixon wurde von Brandt als äußerst unsympathisch empfunden, die meisten Gespräche mit den Amerikanern liefen demnach über Kissinger, dem im Gegensatz zu Nixon viele Passagen des Buches gewidmet werden und dessen Zusammenarbeit Bahr als offen und anständig bezeichnet. Brezhnev hingegen, basierend auf gegenseitiger Sympathie, erhielt mit Brandt erstmals einen direkten und engen Kontakt zu einem westlichen Staatsmann.

Bahr attestierte Bruno Kreisky eine außerordentliche Souveränität in seinem Verhalten gegenüber der arabischen Welt und sieht dessen Mediation als Eisbrecher für weitere auch Brandt involvierende Nahostfriedensverhandlungen. Weiter wurde Herbert Wehner und seine Rolle im Zusammenhang mit dem Rücktritt Willy Brandts beleuchtet. Bahr sieht den politischen Überlebenswillen als Wehnerts Beweggrund, attestiert ihm jedoch trotzdem ›eine Art von Hochverrat‹.

Doch nicht nur Brandts Verhältnis zu Wehner war schwierig, auch die Beziehung zu Schmidt und die Perzeption der beiden innerhalb der Partei beschreibt Bahr in seinem Buch als kompliziert: ›Brandt wurde geliebt und Schmidt wurde respektiert.‹



C. Vranitzky | F. Vranitzky



E. Bahr | H. Fischer | F. Vranitzky



C. Einem | R. Scholten

Abschließend beleuchtete Bahr die sicherheitspolitischen Strukturen, die sich seit der damaligen Zeit bis heute nicht wirklich verändert haben. Damals waren es Gorbatschow und Bush Sr., die ›ausreichende Macht hatten um zu entscheiden, in welcher Sicherheitsstruktur Deutschland vereinigt wird.‹ Möglicherweise der einzige Aspekt, der bis heute geblieben ist: Die einzigen beiden Staaten mit atomarer Zweit schlagsfähigkeit, welche die Machtstrukturen unter dem von ihnen aufgespannten atomaren Schirm nach wie vor bestimmen.

Ungarn: Zwischen Hoffnung und Sorge

Paul Lendvai, Chefredakteur der Europäischen Rundschau, Publizist, Autor

Tamás Bauer, Ökonom und Politiker, Budapest

Agnes Heller, Philosophin, Budapest

Einleitung: **Franz Vranitzky**, Bundeskanzler a.D.

Moderation: **Josef Kirchengast**, Redakteur, Der Standard

Der international renommierte Osteuropa-Experte und Publizist Paul Lendvai blickt in seinem als Interview aufgebauten Buch ›Leben eines Grenzgängers‹ auf sein Leben zurück.

Vranitzky beschreibt Lendvais aktuelles Werk als Schilderung seines bewegten Lebens ›zwischen politischen Systemen, zwischen Staaten und ihren Hauptstädten, zwischen Print und elektronischen Medien, zwischen vertrauenswürdigen und intrigan ten Leuten (...) aber auch über das mehr als bittere Schicksal engster Verwandter bis hin zu deren Ermordung in Auschwitz. Paul Lendvai gewährt Einblicke in sein Werden vom Kind bis zum Erwachsenen, in sein Engagement in der sehr variablen und volatilen ungarischen Parteienlandschaft.‹

Für Lendvai selbst ist es ein sehr persönliches Buch, das sein Verhältnis zu Österreich, aber auch zu den südslawischen, inzwischen unabhängig gewordenen Staaten und Völkern und natürlich Ungarn beschreibt. Das aktuelle ungarische System der nationalen Zusammenarbeit gehorcht einer eigenen politischen Philosophie, einer Mischung aus nationalistischer Nostalgie, populistischer Agitation in christlich-konservativer Verkleidung, mit eigener Zeitrechnung, ausgeprägter Symbolik, die Fremdherzigen oder Fremdartigen, also die Juden und die Roma, nicht als ›wahre Ungarn‹ betrachte.

Laut Lendvai ist Ungarn anno 2013 keine Diktatur im herkömmlichen Sinn. Die Zugehörigkeit zur Europäischen Union schließt die für die Einführung einer nackten Diktatur notwendigen Bedingungen von vornherein aus.

Agnes Heller hingegen interessierte sich nur für das, was ›Orban tut und die Funktion, die er ausübt.‹ Sie nannte ihn einen Bonapartisten, der von Mussolini und Lenin gelernt hat und glaubt im Gegensatz zu Lendvai nicht, dass Orban mit dem Horthy-System verwandt sei.

Tamas Bauer hingegen war durchaus daran interessiert, was Orban meint. Laut Bauer verstehe Orban die auf gegenseitigem Vertrauen basierenden Zusammenhänge in internationaler Politik und Wirtschaft schlichtweg nicht und führe stattdessen einen kalten Krieg gegen seine Nachbarn. Seine Einkommens- und Sozialpolitik beschränke sich auf den Aufbau einer neuen getreuen Oberschicht, soziale Unterschiede würden dadurch erhöht. Auch bei der Frage nach einer adäquaten Antwort der Europäischen Union auf die Entwicklung in Ungarn werde nur schwer eine gemeinsame



T. Bonyhady | E. Orth | M. Freund



A. Heller | T. Bauer



A. Heller | J. Kirchengast | P. Lendvai | T. Bauer

Linie gefunden: Zwar waren sich alle einig, dass die ungarische Entwicklung höchst bedenklich sei, doch die Angemessenheit der europäischen Reaktion zu beurteilen, fiel ihnen schwer.

WOHLLEBENGASSE - Die Geschichte meiner Wiener Familie

Tim Bonyhady, Historiker, Kurator und Umweltanwalt, Direktor des Centre of Climate Law and Policy an der Australian National University, Canberra

Aus dem Englischen von Brigitte Hilzensauer. In Zusammenarbeit mit Zsolnay Verlag

Präsentation des Buches und Gespräch mit dem Autor

Lesung: **Elisabeth Orth**, Ensemblemitglied des Burgtheaters

Moderation: **Michael Freund**, Der Standard

Die Gallias gehörten zu den wichtigsten Mäzenen des Wiener Fin de Siècle.

Am 12. November 1938 – auf den Straßen lagen noch die Scherben der Pogromnacht – verließen drei Frauen Wien und machten sich auf die lange Reise nach Sydney. Gretl Gallia, ihrer Tochter Annelore und ihrer Schwester Käthe war vom beträchtlichen Familienvermögen kaum etwas geblieben; dennoch gelang es ihnen, einen Schatz mit sich zu nehmen: die bedeutendste Kunstsammlung einer jüdischen Familie, die Österreich während des ›Dritten Reiches‹ verlassen konnte. Dazu zählte als Krönung ein großformatiges Frauenporträt von Gustav Klimt aus dem Jahr 1904. Es zeigte Hermine Gallia, Gretls und Käthes Mutter.

Die Gallias gehörten zu den assimilierten jüdischen Familien, die es wie die Ephrussi rasch zu Ansehen und Reichtum brachten. 1913 ließen sie sich ein Haus in der Wohllebengasse bauen und ihre weitläufige Wohnung von Josef Hoffmann einrichten. Zweieinhalb Jahrzehnte später mussten ihre Nachkommen nach dem ›Anschluss‹ das Land verlassen. Tim Bonyhady, ein Urenkel, hat, gestützt auf Tagebücher, Fotos und Briefe, ihre Geschichte aufgezeichnet: ein packend und detailreich erzähltes Epos und das Soziogramm einer jener großbürgerlichen jüdischen Familien, die einst das Wiener Leben prägten.

GENIAL DAGEGEN.

Robert Misik, Kurator

Die Reihe ›Genial dagegen‹ stand 2010 bis 2013 ganz im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Das heißt nicht, dass sie eine im strengen Sinne ›ökonomische‹ Reihe geworden ist, sondern trug der Tatsache Rechnung, dass seit dem Absturz in die Finanzkrise in den Jahren 2008 ff das Ökonomische das zentrale Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, der politischen und öffentlichen Diskurse geworden ist. Es war das wesentliche Ziel der Veranstaltungsreihe, Forscher, Politiker, Theoretiker, Ökonomen, Soziologen und zivilgesellschaftliche Aktivisten zu Wort kommen zu lassen, die a) zur grundlegenden ›Alphabetisierung‹ in ökonomischen Fragen eines breiten interessierten Publikums beitragen können,



R. Fücks | R. Misik



R. Fücks



U. Herrmann

da gerade makroökonomische Zusammenhänge und finanzwirtschaftliche Geschehnisse Prozesse sind, von denen viele Menschen das Gefühl haben, dass sie sie nicht verstehen und die b) in der Lage sind, die ökonomischen Debatten mit breiteren öffentlichen Diskursen in ein Verhältnis zu setzen und so fruchtbar zu einem Diskurs der verschiedenen Disziplinen beizutragen.

Eingebettet ist das in die Debatten, die seit Beginn der Reihe ›Genial dagegen‹ 2006 immer wieder initiiert wurden: die Frage des europäischen Sozialmodells und seiner weiteren (auch finanziellen) Tragfähigkeit, Stichworte wie ›Neue Unterklasse‹ und ›Prekarität‹. Diese Diskurse sind seit dem Beginn der tiefen ökonomischen Krise 2008 neu eingefärbt. Die Krise ist noch lange nicht zu Ende. Scheinbar ökonomische Debatten über die Finanzierbarkeit des Staates, über Steuergerechtigkeit, über ›unsolide‹ Staaten und die Rolle von Banken in modernen Marktwirtschaften bestimmen weiter auch die medial-politischen Debatten und verlangen kritische Beleuchtung aus verschiedenen Blickwinkeln und Disziplinen. Waren in den vergangenen Jahren die grundlegende ›Übersetzung‹ ökonomischer Forschung in ein allgemeines, verständliches Vokabular das Ziel, also die Re-Integration akademischer Wirtschaftswissenschaft in die Diskurse (und auch das Aufwerfen der Frage, ob es nicht einen Paradigmenwechsel in der akademischen Wirtschaftswissenschaft selbst braucht), so sollen in den kommenden Jahren die Gesprächsfäden zwischen den Disziplinen weiter verstärkt werden, sollen mit philosophischen Fragen nach der ›guten Gesellschaft‹ noch mehr verknüpft werden.

Intelligent Wachsen

Ralf Fücks, Heinrich-Böll-Stiftung

›Alle rufen nach Wachstum, aber Wachstum kann auch den Planeten zerstören.‹

Ralf Fücks meinte eingangs, dass wir Wohlstand für neun Milliarden Menschen schaffen und zugleich die Ressourcen schonen könnten. Auf der einen Seite brauchen wir Wachstum, um die Katastrophe zu verhindern; auf der anderen Seite führt Wachstum in eine andere Form von Katastrophe. ›Ist eine kapitalistische Wirtschaft ohne Wachstum vorstellbar?‹ war seine zentrale Frage.

Die Umweltqualität hat sich in Europa deutlich verbessert, aber der Klimawandel ist kein abstraktes Thema, sondern konkrete Realität. In den letzten Jahren gab es nicht nur eine Finanzkrise, sondern auch eine Reihe von kulturellen Phänomenen, die in der Idee einer Postwachstumsgesellschaft münden. Das ist für Fücks Realitätsverweigerung. Die Schizophrenie dieser Debatte provoziert Widerspruch: die Renaissance der Wachstumskritik und dann die Kritik an der Austeritätspolitik. Ohne Wachstum gäbe es ein soziales Drama. Das wäre keine Idylle, sondern ein brutaler Umverteilungskampf. Deshalb brauchen wir einen European Green New Deal, das heißt eine Steigerung von öffentlichen Investitionen in die Modernisierung der Infrastruktur und des Bildungssystems.

Finanzmarkt-Regulierung. Wie kann das funktionieren?

Sven Giegold, Mitglied des Europäischen Parlaments, Die Grünen, Deutschland

Mit der Forderung, dass man Finanzmärkte regulieren muss, damit sie nicht chronische Instabilität in unser Wirtschaftssystem bringen rennt man heute offene Türen ein. Die gesamte Rahmensetzung findet im europäischen Recht



R. Misik | M. Heynen

statt. Das bedeutet, dass sowohl im Rat der Mitgliedsländer als auch im Europäischen Parlament eine Mehrheit dafür hergestellt werden muss. Die Königsfrage der Finanzmarktregelung ist, wie man es schafft, das Bankensystem so stabil zu machen, dass es die Risiken, die es eingeht, selbst zu tragen imstande ist. Heute werden die Banken normalerweise durch den Steuerzahler gerettet. Daher muss das Kernziel sein, das Haftungsprinzip wieder in Marsch zu setzen. Eine starke Regulierung von Finanzprodukten und eine adäquate Besteuerung des Finanzsektors hätten den großen Vorteil, dass langfristige Investitionen dies kaum spürten, aber kurzfristige spekulative Transaktionen ganz erheblich betroffen wären. Kein europäisches Land sollte gezwungen werden, sein Bankgeheimnis für die eigenen Bürger aufzugeben, allerdings sollte jedes entscheiden, ob der eigene Finanzplatz ein Prostitutionsort für das Finanzkapital sein sollte.

Diese Frage ist vor allem eine Demokratiefrage. Es ist zulässig, dass Banken und Fonds ihre Interessen durch mächtige Lobbys vertreten, aber ein demokratisch gesetzter Ordnungsrahmen muss das Gemeinwohl im Blick haben.

Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen

Ulrike Herrmann, Journalistin und Autorin

Kapitalismus als Phänomen ist er keineswegs neu, sondern ungefähr 1760 in England entstanden. Allerdings leben wir in einer neuen Phase des Kapitalismus. In den letzten zehn Jahren hat Europa drei schwere Finanzkrisen erlebt. Es ist völlig neu, dass sie so oft immer am gleichen Ort einschlagen.

Wir leben nicht in einer echten Marktwirtschaft, sondern im Kapitalismus per se. Die zentrale Idee an der freien Marktwirtschaft ist das Wort Wettbewerb. Diesen Wettbewerb gibt es aber nicht, stattdessen leben wir in einer Herrschaft der Großkonzerne. Kapitalismus ist nicht das Gegenteil von Staat: Man könnte sogar sagen, ohne einen starken Staat hätte es den Kapitalismus gar nicht erst gegeben.

Ist das Buch eine Liebeserklärung? Herrmann ist tatsächlich vom Kapitalismus fasziniert. Alles, woran wir uns gewöhnt haben, also Wohlstand, Demokratie, Gleichberechtigung und Bildungsrevolution, ist natürlich eine Folge des Kapitalismus.

Der Raubzug der Banken

Malte Heynen, Journalist und Fernsehautor für das deutsche öffentlich-rechtliche Fernsehen

Malte Heynen warf die Frage auf, ob unser Finanzsystem, das ursprünglich die Aufgabe hatte, die Kapitalströme in wirtschaftlich sinnvolle Unternehmungen zu lenken, wirklich so irrational, so marode, so betrügerisch sei?

Seine Antwort hierauf war ein bestimmtes ›leider ja!‹ und die Schlussfolgerung, dass wir uns erst am Anfang der großen Finanzkrise befinden, die mit einem großen Crash enden wird, sollte das Bankensystem nicht radikal umgebaut werden. Ansätze zur Lösung dieser Problematik auf individueller Basis, aber auch Vorschläge für die Politik, wie Banken wieder zu gesellschaftlich nützlichen Instituten transformiert werden könnten, erläutert Heynen in seinem Buch ›Der Raubzug der Banken‹.



R. Misik | R. Hickel



R. Hickel



D. Hirschel

Beispiel für das verantwortungslose Handeln der Banken ist die Verbriefung von Krediten, bei denen sowohl Großbanken als auch Ratingagenturen und Hedgefonds für das stetige Weiterverschieben von Kreditrisiken gewaltige Provisionen kassierten, völlig unabhängig davon, ob der Kredit später überhaupt zurückgezahlt wurde. Geschädigte sind oftmals Millionen von Privatkunden.

Der Staat muss hier viel stärker in Erscheinung treten und dem Ganzen einen Riegel vorschieben, denn die Finanzbranche ist in den letzten 30 Jahren zu einer Gefahr für die Marktwirtschaft geworden.

Zerschlägt die Banken

Rudolph Hickel, deutscher Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen und Direktor des Institutes Arbeit und Wirtschaft (IAW)

Die Großbanken haben aus der Finanzkrise 2008 nichts gelernt. Sie nutzen ihre Macht, um die Politik zu manipulieren und blockieren wichtige Regulierungen.

Rudolph Hickel wirft diese Hypothese auf und fordert eine echte demokratische Kontrolle: Eine Einschränkung, besser noch ein Verbot der aggressiven, teils virtuellen, von der realen Wirtschaft entkoppelten Finanzmarktprodukte, die das gesamte Wirtschaftssystem und sogar Staaten bedrohen.

Für Hickel ist die Entmachtung der Banken eine unabdingbare Konsequenz zur Rückgewinnung des Primats der Politik über die Unternehmenswirtschaft. Um das marode Finanzsystem in den Griff zu bekommen, schlägt Hickel die Trennung des rein spekulativen Investmentbankings von ›vernünftigen‹ Geschäften wie Merger und Akquisition und dem Commercial Banking vor, um privaten Kunden kein Risiko aufzubürden.

Drei Punkte sind hierbei entscheidend: Eine scharfe Kontrolle und Aufsichtsführung, vor allem bei den Großbanken; kleinere Banken können nationalstaatlich kontrolliert werden. Zweitens ein Frühwarnsystem, das essentiell für das Bankenunionskonzept ist und einen frühzeitigen Eingriff ermöglicht.

Als dritte Maßnahme führt Hickel einen Bankenrettungsfonds an, der aus sich heraus finanziert wird. Hickel fordert abschließend ein Umdenken der beteiligten Akteure: Nicht die Politik müsse angesichts der Finanzmarktkrise markt-konformer werden, sondern die Wirtschaft, das Finanz- und Bankensystem, hoch vermachet, hoch konzentriert, endlich auch demokratiefähig werden.

Ein Marshallplan für Europa

Dierk Hirschel, Deutscher Gewerkschaftsbund, Chefökonom der Gewerkschaft ver.di

Die gegenwärtigen Rettungsmaßnahmen in Europa zur Rettung der Finanzmärkte auf Kosten gestiegener Staatsschulden in Form rabiater Austeritätspolitik funktionieren nicht. Diese Politik verletzt soziale Normen, scheitert zudem an ihrem Ziel der Schuldenreduktion und stürzt stattdessen die Eurozone in einen Teufelskreis aus Rezession und schwachem Wachstum.

Dirk Hirschel stellt als Chefökonom den Vorschlag der Gewerkschaft ver.di vor, den ›Marshallplan für Europa‹ und zeigt im Folgenden einen Alternativplan als Ausweg aus der Europäischen Finanzkrise, der 260 Milliarden Euro mobilisieren



M. Schieritz



S. Giegold

und über einen ›Europäischen Zukunftsfonds‹ finanziert werden soll. Dies soll nicht über Deficit-Spending erfolgen, sondern im Wesentlichen durch private Sparanlagen in produktive Investitionen gelenkt werden:

Wir befinden uns inzwischen in Europa in einer schweren Wirtschaftskrise. Laut Hirschel haben sich große Teile der europäischen Sozialdemokratie und der europäischen Sozialisten in den letzten Jahren auf einen neoliberalen Politikpfad begeben, was dazu führte, dass nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch große Teile der europäischen Sozialdemokratie in der Krise nicht in der Lage sind, die Ursachen der Krise zu erkennen, sie beim Namen zu nennen, entsprechende politische Alternativen vorzuschlagen und für diese auch zu mobilisieren.

Der anfangs angesprochene Marshallplan für Europa ist in diesem Kontext entstanden, ein Konzept, um dieser Krise kurz- und mittelfristig effektiv entgegenzutreten. Die Finanzierung dieses Marshallplans würde über die Gründung eines europäischen Zukunftsfonds erfolgen, sogenannte New Deal Anleihen, die jedes Jahr niedrig verzinst vergeben würden.

Die Inflationslüge: Wie uns die Angst ums Geld ruiniert und wer daran verdient

Mark Schieritz, wirtschaftspolitischer Korrespondent der Zeit

Wer panisch handelt, wird verlieren. Die Angst vor der Inflation hat das Land im Griff. Sie treibt die Bürger in riskante Gold- und Immobiliengeschäfte und lähmmt die Politik. Der wirtschaftspolitische Korrespondent der Zeit, Mark Schieritz, zeigt auf, wer diese Angst schürt, wer damit Profit macht und warum sie keine reale Grundlage hat. Sein Buch ist ein Plädoyer für die Überwindung des deutschen Traumas der Hyperinflation – und für ein neues Denken im Kampf gegen Finanzkrisen. Klartext für jeden, der Angst um sein Geld hat.

Mark Schieritz präsentierte seine Erkenntnisse und Gedanken in Form von sechs Thesen, die er kurz und prägnant ausführte, um seine Hypothese der Inflationslüge zu untermauern:

Inflation ist laut Umfrage einer der größten Versicherungen R&V Angsthema Nummer Eins, und diese Inflationsangst ist relevant nicht nur für den Sparger und Anleger, sondern für uns alle, für das Gemeinwesen, weil sie Einfluss nimmt auf politische Entscheidungen. Schieritz zieht Parallelen zu 1931, wo die Inflation eine so enorme politische Wirkung entfachte, dass die Regierung durch die Inflationsangst in der Bevölkerung davon abgehalten wurde, mehr für die Konjunktur zu tun. Seine Dritte These lautet: Die Angst vor der Inflation ist nicht nur unbegründet, sie ist auch gefährlich. Die jetzige Inflationsangst basiert zu erheblichem Teil auf den historischen Erfahrungen der Hyperinflation, und obwohl die Hyperinflation und die Machtergreifung der NSDAP zehn Jahre auseinander liegen, wird eine Verbindung gezogen. Die Angst vor der Inflation ist da, sie hat Einfluss, sie ist unbegründet, sie ist gefährlich und Schieritz vierte These, sie wird auch instrumentalisiert, um bestimmte wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen.

Die Lehman Brothers Pleite wurde durch eine gigantische Überinvestition und Spekulationsblase am Immobilienmarkt ausgelöst. Und deshalb wäre es auch falsch, auf Spekulationsexzesse einfach pauschal mit einer Zinserhöhung zu reagieren und damit auch den gesunden Teil der Wirtschaft zu bestrafen. Hiervon leitet er seine fünfte These ab: Inflation ist für ihn kein Teufelszeug wie so oft in der Öffentlichkeit dargestellt. Es handelt sich in Europa um eine multiple Krise, eine Deflation in Südeuropa könnte mit ein bisschen mehr Inflation im Norden verhindert werden. In seiner sechsten



R. Skidelsky



R. Misik | R. Skidelsky



G. Auer Borea | A. Tsipras

These fordert er deshalb einen rationalen Umgang mit der Inflation. Er warnt vor einer Verteufelung und fordert stattdessen eine Ausrichtung der Politik auf eine Stabilisierung der Wirtschaft.

How Much is Enough? Money and the Good Life

Robert Skidelsky, Emeritus Professor of Political Economy at the University of Warwick

While we are experiencing the current economic shock, is it normal to ask ourselves: what went wrong? Lord Skidelsky and his son drew inspiration from two thinkers who are separated widely by time, but seem to be on the same wavelength: Aristotle and Keynes (Skidelsky is the author of a three-volume biography of the British economist). According to his biographer, Keynes was not just an economist: he was first of all a great thinker. In 1930 he published *>Economic Possibilities for Our Grandchildren*, in which he claimed that in the future people would work much less (not forty hours a week, but only fifteen), given the fact that they would be much richer. It is true that we are four or five times richer, but we still work forty hours a week!

Why do we still work so hard? Firstly: because of our individual psychology. For an economist work is just a cost; nowadays, it is less physically burdensome and it has become a source of identity. Secondly, we should not underestimate the appeal of novelty: in order to satisfy our hunger for new expensive goods, we can never ease up. Thirdly, the structure of the economic system is decisive. The business class decides earnings, hours and conditions of work, whereas in the past trade unions and parties effectively curtailed this power. There are both a moral and a political aspect, which are connected to this issue: Moral because money should be a mean in order to have a good life; political because the State has a role to play.

Surplus versus Deficit Countries: A Threat to Europe's Future

Alexis Tsipras, Leader of the Greek opposition Syriza

Alexis Tsipras is a young and successful Greek Leftist politician. He could soon become, according to the polls, the next Prime Minister of a country, which is in a permanent economic downturn since seven years. Despite the fact that the austerity policies denounced by Tsipras have clearly failed, some leading European magazines view him as a dangerous person for the future of the continent. Who is really Alexis Tsipras: A danger or a hope?

Alexis Tsipras started his talk by underlining that our common home, Europe, is threatened by a dangerous social and political bomb which we have to defuse. According to him the Euro acts today like the Gold Standard did in the past. During the first years this caused massive capital movements from the surplus developed countries towards the periphery thus creating high profits for these countries, but also dangerous bubbles. When Wall Street collapsed, all capitals suddenly disappeared. Moreover, because of austerity, a new invisible economic wall has been built.

In this context Greece may have been the weakest link of the chain, but not a special case. He denounced the malignant alliance between their *>cleptocrats* and the elite of the Eurocrats. Some myths, which have been propagated, have to be confuted: Labor is not overprotected, Greeks are not lazy, and there were not over-generous unemployment insurance payments! Greece remains in a depression because it is caught up in a Eurozone that only imposes austerity.



R. Misik | A. Tsipras



A. Tsipras | R. Scholten



He was sure that Syriza would win the next elections. After his victory, he would extend a hand to all those who do not want Europe to slide into a nightmare. Tsipras ended with an emotional call: We have to forge a better and human Europe; we will put on the table a European Marshall Plan. He concluded, ›Syriza, nevertheless, does not only fight a national battle. The European citizens should know it. The first victim of austerity is democracy itself. We therefore need the support of everyone, not just of the Greeks, because our mission will be titanic.‹

Nach dem Kapitalismus

Raul Zelik, Schriftsteller und Professor für Politik an der Nationaluniversität Kolumbiens

Auf der Grundlage aktueller Debattenbeiträge skizzierte Raul Zelik in dieser Veranstaltung mögliche Ansätze radikaler Veränderung aus seinem gleichnamigen Buch ›Nach dem Kapitalismus. Perspektiven der Emanzipation‹. Aus der Kritik von Realsozialismus und lateinamerikanischen Linksregierungen leitet er Grundlagen für gesellschaftliche Gegenentwürfe ab und plädiert für einen Paradigmenwechsel. Dabei wird u.a. die Produktivität der französischen Philosophen Gilles Deleuze und Félix Guattari für eine soziale und politische Linke ausgelotet.

Das Aufwerfen der Frage, was nach dem Kapitalismus passiere, ist laut Zelik eine weitaus weniger utopische Frage als oftmals angenommen. Die Verknüpfung der Finanzkrise mit grundlegenden ökologischen Fragen, natürlich begrenzten Rohstoffen, sogenannten *plenary boundaries*, verleiht dieser Krise einen besonderen Charakter.

Modernisierungs- oder einfache Transformationsvorstellungen sind nicht ausreichend, es muss auch ein grundlegender Transformationshorizont eröffnet werden. Zelik nennt dies Ansätze für Theorie der Emanzipation.

Eine weitere These seines Buches ist die Auseinandersetzung mit konkreten Politikansätzen des Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts und des Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Zelik sieht die staatliche Planung der Revolutionen der Vergangenheit oftmals als Ursache einer zwangsläufigen Verschlechterung von Lebens- und ökonomischen Bedingungen und den Grund dafür, wieso viele sozialistische Revolutionen in autoritärer Politik gemündet sind.

Eine echte post- und anti-kapitalistische Alternative muss somit auf eine Ermächtigung der Gesellschaft hinauslaufen, es muss letztlich darum gehen, gesellschaftliche demokratische Macht gegen den Staat durchzusetzen.

What We Desire. What We Demand.

Ein Abend mit den Flüchtlingen aus der Votivkirche

Monatelang protestierten Flüchtlinge in der Votivkirche. Sie haben von ihren Fluchtgründen berichtet, über die schwierige Flucht nach Europa, über die Mühlen des österreichischen Asylsystems und erklärt, was sie fordern. In der Zwischenwelt von Erfolg und Misserfolg: Die Refugees haben es verdient, nicht als Gescheiterte aus der Votivkirche ausziehen zu müssen.

Der Aufstand der Refugee-Aktivisten ist heute schon auf diese seltsame, gewisse Weise ein Erfolg. Der erste Erfolg ist, dass es ihn überhaupt gegeben hat; dass die Verletzlichsten, für die normalerweise immer nur gutwillige Andere die Stimme erhoben haben, selbst gesprochen haben und damit nicht nur als Objekte, sondern als Subjekte sichtbar geworden sind. Sie haben das unter unfassbar schwierigen Umständen gemacht: Viele von ihnen sind schon traumatisiert und geschwächt



What We Desire. What We Demand.



What We Desire. What We Demand.



N. Abdulhaq

gewesen, als sie hier her kamen; sie sind in Lebenssituationen, die den meisten jede Kraft rauben würden; sie leben auch in einer Umwelt, die sie anfeindet und als Nichtzugehörig behandelt, und deren oft subtile politische und mediale Spielregeln ihnen fremd sind.

Mit welcher Kraft sie sich auf die Hinterfüße gestellt haben, kann einem nur höchsten Respekt abverlangen. Ehrlich gesagt, mir fällt nicht viel ein, wofür ich in den letzten Jahren ähnlichen Respekt hatte. Und nicht nur dass sie agiert haben, sondern auch wie sie in den letzten Wochen agiert haben, verlangt viel Respekt.

Sie haben sich eine Sichtbarkeit verschafft, aber nicht nur das: Einzelne ihrer Forderungen werden heute schon in einer breiten Öffentlichkeit wohlwollend gesehen, etwa die nach Arbeitsberechtigung für Asylbewerber. Sie haben dieses Thema überhaupt erst öffentlich gemacht. Es ist nicht auszuschließen, dass irgendetwas realisiert wird, was in die richtige Richtung geht. Das gilt auch für andere Forderungen.

Nur wird das nicht bis übermorgen oder bis nächste Woche geschehen. Ja, möglicherweise wird es überhaupt nicht geschehen. Das gesamte schikanöse Asylsystem Österreich wird auch demnächst nicht fundamental anders aussehen und das europäische Flüchtlingsregime schon gar nicht. Das heißt also: Wenn die Flüchtlinge aufgeben würden, wäre es kein Erfolg, aber auch keine Niederlage. Es wäre so etwas wie erfolgreiches Scheitern. Oder ein Erfolg ohne Sieg.

Robert Misik

TALKING FOR PEACE. KARL KAHANE LECTURE SERIES

Patricia Kahane, host

Anna Lindh Foundation Common Action Conference in Vienna

The Missing Sense of Togetherness in the Mediterranean Space and its Borders

Najat Abdulhaq, Historian and Economist, University Erlangen / Nürnberg

The conference took place two weeks after the Anna Lindh Forum 2013 in Marseille, during which 1500 activists from Mediterranean countries had the opportunity to meet 45 heads of Parliament (also Martin Schulz was among them). The timing was therefore perfect to analyze the state of the Euro-Mediterranean relations, which, after a decade since the beginning of the Barcelona process, are not in the best shape. The guest, a distinguished economist of Palestinian origin wanted above all to hold a loud reading of ideas, building a sort of historical biography of the Mediterranean. This region has always seen an intensive interaction between its North and its South. The sea was a sort of big lake, not a border or a barrier. The coexistence of different languages was not an obstacle; water was basically a platform to reach the other. History should teach us that we don't need to re-invent the wheel: there is a solid base of relations, which should only be re-awakened.

Unfortunately, when the European Community (and later the European Union) was established, the Mediterranean became an invisible border and trade rates declined. It is difficult to find the exact data, but the dramatic decrease in



G. Achcar | G. Harrer



G. Achcar | G. Harrer



P. Kahane

exchanges is an observable reality. How could these ties, with their roots in the past, be re-activated? First of all, we should not forget that politics is not a matter of sympathy, but a matter of interests. Secondly, the Founding Fathers of the European dream had clearly a vision, guiding their decisions. Is there a vision in the EU-Med relations? We need, for instance, a mature and far-reaching discussion concerning colonial history. This is a highly controversial historical period but it should not be deleted. What we are witnessing now is a competition of memories. We need more communication between countries and within countries. Therefore, the work of institutions like the Anna Lindh Foundation is vital, given the weakness of the connection between civil society and political establishment.

The Arabs and the Holocaust: The Arab-Israeli War of Narratives

Gilbert Achcar, Professor of Development Studies and International Relations at the School of Oriental and African Studies (SOAS), University of London

Gilbert Achcar, a Lebanese scholar, is the author of a controversial and path-breaking book: *'The Arabs and the Holocaust'*. It is true that we can hardly speak of *'the Arabs'* as a single entity and we usually use wrong formulas such as *'the Arab discourse'*. Nevertheless, this problem is overshadowed by the intensity of what could be viewed as a *'war of narratives'* between the Arab-Palestinian and the Israeli side.

The Israelis have the Shoah, the Palestinians the Naqba: both words mean *'catastrophe'* in the respective language. The Naqba is the defining moment in the history of the Palestinians; the real discussion is about what really happened in 1948. This tragedy has been either denied (it was not forced expulsion, the Palestinians freely decided to flee their villages) or justified. In the second case, the Palestinians were seen as true Nazis or pro-Nazis, who had actively contributed to the Holocaust. The Arabs who sided with the Allies are much more than those who supported Hitler. This historical truth is not strong enough to confute the suspicion according to which the Mufti was one of the key figures of the Holocaust.

When political Islam started to come forth in the Arab societies, an ideological regression of the conflict took place: Holocaust denial became a reaction to the victories and to the oppression of Israel, a sort of *'Anti-Zionism of the fools'* gained the upper hand. According to Achcar, his book is therefore not only an academic endeavor, but a moral and political duty. The idea of the *'Nazification of Arabs'* should be fought because it is highly paradoxical. At the same time peace will never be achieved without a mutual recognition (on both sides) of the tragedy of the others. Israel should recognize its responsibility in the Naqba and the Arabs should understand what the Holocaust really was for the Jews. Any denial would be stupid: the denial of a genocide of which their ancestors were not guilty.



T. Snyder | M. Shore

TONY JUDT LECTURE

Marci Shore, Timothy Snyder, Ivan Krastev

In Cooperation with IWM – Institute for Human Science

Tony's was an irreplaceable mind. His was an irreplaceable personality as well: a hand gesture and the world seemed to move for him. His seminars at the Remarque Institute were the best in New York, or anywhere else. He believed in the value of conversation – and in the special role of intellectuals. In this sense and despite his twenty some years at American universities, he remained very European.

His was a sparkling prose that leapt off the page. He never allowed stale conventions to deoxidize his writing; he taught me that there are moments when one has to put aside all books, notes, and references and write from the mind, set the scene as if the curtains were about to open before act one of a new play. His English was exquisite, and he was a master stylist: in 1997, at Café Literacka on Krakowskie Przedmieście, someone passed me a copy of Tony's review of Norman Davies' Europe. I didn't know Tony then, I was only stunned that a book review could be both so devastating and so artful.

I met Tony in person for the first time in 1999. In the years that followed I was moved by his generosity – the generosity of someone who had never been my professor, who never had any obligation towards me at all. He became a patron of my work, despite the fact that we disagreed. Tony was at moments a viciously sharp writer (most writers' relationship to their texts tends to resemble their relationship to their lives in general, he once told me.) I was critical of his heavy-handed moralistic tone in *Past Imperfect*, which felt self-righteous to me. He encouraged me to take on my current book project about phenomenology in Central and Eastern Europe – although it wasn't to his own taste at all. For Heidegger in particular he had only disparagement: ›My own view is that one should minimize one's dealings with all Germans whose name begins with H from 1780 through the late '70s... But by now you are probably a lost cause – there is a certain kind of smart Jewish girl who finds these guys seductive...‹

›Can I ask you a personal question?‹ I once said to Tony, sitting in his office at the Remarque Institute in Greenwich Village. It was spring of 2002. ›Always,‹ Tony answered. ›Were you once a Marxist?‹

›I was once a Zionist,‹ he told me. And he explained: Zionism was something he chose and later rejected. As for Marxism, it was less something he chose than it was the air he breathed while growing up. I came to see, on time that just as there was no clear point of entrance, so was there no clear point of exit.

With me Tony was not defensive about his own past. He told me of his activism against the Vietnam War: about his opposition to American involvement in Vietnam he had no regrets. He did wish, though, he had not jumped up and down quite so enthusiastically at the demonstrations as we shouted ›Ho, Ho, Ho Chi Minh. A member of the generation of 1968, he experienced that revolutionary year in Paris. In later decades, however, he came to identify rather with his generational cohort in Europe's East, aware that ›they would probably have thought me quite cut off from their concerns and dilemmas at the time.‹ He was not proud of this. It was only in the 1980s, through East European émigré friends, that he came to understand that, in 1968, history was being made much less in Paris than it was in Warsaw and Prague.

Tony loved to play with his words; life for him, though, was never merely an intellectual game. Often he seemed cavalier; with me he was always sensitive, very much the ›Jewish godfather‹ he once offered to be. ›Writing another book about Polish-Jewish history won't compensate you for not having a child,‹ he said to me one morning at the Runcible Spoon café in Bloomington. He had been invited to Indiana University that week to give a lecture. (This was just shortly after ›Israel: The Alternative‹ had appeared in The New York Review of Books, and Alvin Rosenfeld, the founder of Indiana University's impressive Jewish studies program, had announced that people of conscience would not set foot in the same room as Tony Judt.) Later that year I talked with Tony about my plans to spend a year in Vienna; it was through him that I became connected to the ›Institut für die Wissenschaften vom Menschen‹ there. I wanted to learn German. Tony agreed that this was a good idea, but added a caveat: ›Kids are MUCH more fun than languages, so don't wait too long... In a sense I did wait too long. When in August 2009 I left for another year at IWM in Vienna, Tony was among the very few people I told I was pregnant. As it turns out, the beginning of my pregnancy was the beginning of the last year of Tony's life. As Tony was dying – and knew he was dying – he continued to write letters, full of attentive interest in the new life taking shape inside me. (In this and in so many other ways – it seems to me – he remained utterly himself until the end.) In Austria I was surrounded by a naturalistic birth culture: the ›Hausgeburt‹ was quite fashionable; ›Geburt ohne Technologie‹ was a popular slogan. ›Don't even think of staying at home,‹ he wrote to me. He wanted to know that I would go to the hospital. I did. Tim's and my son Kaleb was born in Vienna's Donauspital in April. Tony was delighted. ›Enjoy, enjoy, enjoy,‹ he wrote. He reminisced about bringing his eldest son Daniel home from the hospital, about how terrifying those first few weeks were – and how marvelous the feeling of competence when he realized that he could, in fact, take good care of his infant son. He told us he was looking forward to meeting Kaleb. Tim and I flew back to the States with Kaleb on August 10: four days too late.

Tony ended ›Past Imperfect‹ with the suggestion that perhaps in the future intellectuals should make the choice not to be engaged. Yet, of course, he did not follow that advice himself. On the contrary, Tony was a former Zionist whose later anti-Zionism resembled the anti-communism of an Arthur Koestler – or Aleksander Wat: a bitterness whose core is self-criticism. The passion in his critique was the kind of passion that comes from having been once on the inside. This was true in some sense of ›Past Imperfect‹, it was true as well as of ›Israel: The Alternative.‹ ›But what if there were no place in the world today for a ›Jewish state?‹ he asked in that essay. ›In a world,‹ he wrote, ›where nations and peoples increasingly intermingle and intermarry at will; where cultural and national impediments to communication have all but collapsed; where more and more of us have multiple elective identities and would feel falsely constrained if we had to answer to just one of them; in such a world Israel is truly an anachronism; and not just an anachronism but also a dysfunctional one. In today's ›clash of cultures‹ between open, pluralist democracies and belligerently intolerant, faith-driven ethno-states, Israel actually risks falling into the wrong camp.‹

In that essay Tony wrote as a ›non-Jewish Jew,‹ as a cosmopolitan and a universalist. After Tony's endorsement appeared on the back cover of my book, ›Caviar and Ashes,‹ Alvin Rosenfeld gave me an ultimatum: either I denounce Tony Judt as the anti-Semite that he was, or Alvin would not speak to me again. But Alvin was mistaken: Tony was not an anti-Semite. He was not even a self-hating Jew.



I. Morris



I. Morris



E. Nowotny | G. Auer Borea | R. Schicker

Jewishness was an important part of Tony. He understood Jewishness – and he understood guilt. When in 2005 Tim and I were married in Kraków, we didn't know if we would ever succeed in finding jobs in the same city. Some nine months later we were confronted with miraculously good luck: job offers from McGill University in Montreal, and from Yale University in New Haven. I thought we should be in Montreal; Tim thought we should be at Yale. Perversely, due to this excess of good fortune, we agonized, and fought. I found Yale snobbish and formal, cold and threatening. Tony understood – more, he agreed. ›But for you,‹ he told me in a decisive phone conversation, ›the real choice is between anxiety and guilt: you have to weigh the anxiety you would feel being at Yale with the guilt you would feel at making Tim give up Yale. And for you, I think that in the end the guilt would be worse.‹ Once again, Tony was right: all of the other considerations paled in comparison to what was fundamental: anxiety and guilt. I accepted the offer at Yale. ›You'll adjust,‹ Tony assured me when I wrote to tell him so, ›but not too much, please...‹

›Marci wants to know why you understood her better than I did,‹ Tim told Tony shortly afterwards, at a conference in the Swiss mountains. ›I have an ethnic advantage,‹ Tony answered.

Marci Shore

TRANSATLANTICA

Eva Nowotny, Kuratorin

Despite profound changes in international relations the transatlantic relationship, the relationship between Europe and the United States, remains the most important and most intense track for regional and interregional cooperation. This concerns both the economic relations as well as the many areas of political cooperation and common concern for maintaining a global order and a reliable international system. In the series ›Transatlantica‹ the Bruno Kreisky Forum is keen to analyze these areas of cooperation to raise the mutual gaze and thereby generate a deeper understanding of the views and concerns of the partner.

War – What is it Good for

Ian Morris, Historian, University of Chicago

According to Ian Morris, we talk a lot about conflicts and how to solve them. Nevertheless, we don't really talk about war as a phenomenon. ›War. What's Good for?‹ is the title of a famous protest song in the 1970s, but it is not true, as the song goes, that it is good ›for absolutely nothing‹. It is undeniable that war is a mass murder but archaeology and anthropology show us a great paradox. In the long run, it has made the world a safer place.

First of all people have created larger and more organized societies. Rulers who needed obedient subjects paying taxes were able to pacify their communities, making them safer. We should not forget that in Stone Age societies there were really few constraints on the use of force. Secondly it is evident that this is the only method humans have found to do this. War has paradoxically been the major motor in creating peaceful societies. Thirdly, war has been so successful



V. A. Schmidt



E. Nowotny | V. A. Schmidt



V. A. Schmidt

that it is now putting itself out of business. Another Great War would be totally unconceivable: nowadays, the weapons are so powerful and the organizations so effective that the whole mankind would be destroyed.

During the Cold War, the two superpowers learnt not to use the ultimate form of violence (mutual assured destruction) and after the fall of the Berlin Wall a spectacular reinstatement of a global policeman took place, without blowing the whole world up.

Morris provocatively claimed that if we really want peace we should be working to ensure the stabilizing power of the US. Nevertheless, nothing can last forever: sooner or later, its hegemony will decline.

Governing by the Rules, Ruling by the Numbers

Vivien A. Schmidt, Jean Monnet Professor of European Integration, Boston University

The current crisis is not only economic, but also of politics and democracy. The economic side will be probably somehow solved, whereas the political repercussions are going to be much more resilient. The leaders of the European Union, nevertheless, seem to be obsessed only by rules, numbers and pacts. What are the consequences of this distortion? In the past a debate with opposing factions took place, whereas now everybody agrees that there is a huge democratic deficit. Democratic legitimacy is usually based on inputs and outputs. In the past the output was absolutely remarkable (peace and prosperity), even if the input (citizen participation) was still weak. Today we are witnessing a lack of output too. The EU is not able to deliver anymore.

Between inputs and outputs, throughputs can be identified. Throughput is about governance processes but it can obviously substitute neither the inputs nor the outputs. The legitimacy of the EU is highly fragmented: there is no politics, but just policies. Politics and citizen participation are only at the national level, whereas policies have been removed and taken to the EU level. What are these policies? In Germany we would call it >ordo-liberalism<; neoliberalism with rules. This approach has been translated into austerity and structural reforms. How did we end up with neoliberal solutions to problems created by neoliberalism itself? First: it is easier to say that you have to tighten up than that you should spend your way out of the crisis. Second: rhetoric is not always matched with reality (Thatcher spent more than her predecessors). Third: there are apparently no real alternatives to this narration. Fourth: there are vested interests and some are getting richer despite the depression.

We have therefore an entrenched set of rules that are really difficult to change.



S. Bahour | N. Erekat | L. Farsakh | I. Arnon

M. Michaeli | S. Bahour

STUDY GROUPS AND CONFERENCES

ALTERNATIVES TO PARTITION

BASIC PRINCIPLES FOR A JEWISH-ISRAELI PALESTINIAN PARTNERSHIP

Presentation in Brussels, Working Dinner and Roundtable at the European Parliament, Foreign Affairs Commission,
April 22 and 23, 2013

Invited by Hannes Swoboda, Deputy President of the European Parliament and Head of the European Social-democratic Party, Leila Farsakh, Inbal Arnon, Azar Dakwar, Avraham Burg and Gertraud Auer Borea went to Brussels to present to the Foreign Affairs Commission of the European Parliament the ›Alternatives to Partition‹ project. This is a project that was initiated by BKF and involved a group of Jewish-Israeli and Palestinian individuals representing various constituencies (inside Israel, Jerusalem, West Bank, Gaza Strip and the Diaspora) from different professional background including present and former senior politicians. This group met over the course of two years both in Vienna and in the region to develop alternatives to the current statist discourse of division, separation and partition as ›the only game in town‹ to resolving the Israeli-Palestinian conflict. The group proposed instead several principles that would secure the national and individual rights, interests and identities of Jews and Palestinians alike in historical Palestine. This novel type of intellectual and political engagement is not merely utopian exercise, but one that took into consideration the intertwining of lives, rights and identities of Palestinians and Jews in Israel/Palestine as well as the factual developments on the ground (inter alia Israel's ongoing colonial-expansionist project in East Jerusalem and the West Bank). The group grounded its proposal on the premises and concerns of justice (e.g., the Palestinian refugees problem, refraining from inflicting injustices to the agents of a previous injustice) and democracy (inter alia the Palestinian citizens of Israel). All the aforementioned factors were conceived in a conciliatory perspective that recognizes the historical grievances that ensued by the establishment of the State of Israel and the Palestinian Nakba in 1948. The Alternative project does not name or imply a specific governmental formula or modality for ending the conflict, but focuses on fundamental principles that need to be taken into consideration for any viable solution and which can be accommodated and realized within any institutional and/or constitutional arrangements (be it federation of two states, confederation, bi-national state, parallel state structure, consociational democracy, etc.)

Working Dinner

MEP and staff members of the social democratic fraction.

Participants:

Hannes Swoboda, Austria, Chairman of E&S Fraction in the European Parliament

Emer Costello, Ireland, Chairwoman at the EP Delegation for Foreign Relations with the Palestinian Legislative Council

Maria Eleni Koppa, Greece, S&D Spokesperson for Security and Defense



A. Burg

H. Zomlot | M. Michaeli

H. Ben Sasson | B. Bashir

Olga Sehnalova, Czech Republic, Deputy Chairwoman of EP Delegation for Relations with Israel

Marek Siwiec, Poland, Chairman of European Friends of Israel

Javier Moreno Sanchez, Spain, Deputy Secretary General of S&D, SG of the Global Progressive Forum

Cristina Baptista, Head of Office,

Ton Beumer, Staff Member

Sophie Wollner, Assistant to Hannes Swoboda

Zoltan Simon, Head of Middle East affairs S&D

Jorgen Siil, Staff Member

MEP Marek Siwiec noted that the AtP project comes at a good timing and is casting fresh substance onto the seemingly intractable conflict. Marek claims that the Middle East is currently being recomposed and reshaped geo-politically and this might provide an opportunity to move forward with the Palestinian-Israeli conflict. In light of the Middle East eventualities, Europe is still the same – paying money and containing without achieving any of its stated foreign policies and goals in the Middle East. Thus, the AtP project can help Europe to rethink its strategies and vision for the Middle East. In addition, he mentioned the role that cyber space is playing in creating new sensibilities to suffering, and that maintaining the status quo might prove to be harder for Europe in the future. Marek Siwiec brought up Iran as an overarching problem that leaves a heavy shadow on the Palestinian-Israeli conflict. MEP Emer Costello mentioned that the AtP is remarkable in terms of mindset and is certainly helpful for European policymakers, but the hard question persists: how do you translate it into a political currency/venture. Javier Moreno praised the rights approach of the project and stressed the importance of citizenship rights.

Round-Table

MEPs of all Parties in the European Parliament's Foreign Affairs Commission, EEAS Representative and EP General Staff.

Participants:

MEPs S&D members:

Chair: **Hannes Swoboda**, Austria, Chairman of ESD)

Emer Costello, Ireland, Chairwoman at the EP delegation for foreign relations with the Palestinian Legislative Council

Maria Eleni Koppa, Greece, S&D spokesperson for security and defense

Olga Sehnalova, Czech Republic, Deputy Chairwoman of EP delegation for relations with Israel

MEPs from different political factions:

Jan Philipp Abrecht, Germany, Greens, DIL member

Margrete Auken, Denmark, Greens, DPLC vice Chair

Elmar Brok, Germany, EPP, AFET Coordinator

Ulrike Lunacek, Austria, Greens, AFET Coordinator

Charles Tannock, UK, ECR, AFET Coordinator



European Parliament



S. Bahour | A. Burg | L. Farsakh | I. Arnon | N. Erekat



Gabriele Zimmer, Germany, GUE Chair

EEAS:

Christian Berger, EEAS Director for North Africa, Middle East, Arab Peninsula, Iran and Iraq

EP General Secretariat staff:

Christian Garrigues, EP Administrator In Charge of DIL and DPLC

Staff members:

Javier Moreno Sanchez, Spain, Deputy Secretary General of S&D, SG of the Global Progressive Forum

Sophie Wollner, Assistant to Hannes Swoboda

Zoltan Simon, Head of Middle East Affairs S&D

Jean Francois Vallin

Hannes Swoboda opened and chaired the Round-Table.

Gertraud Auer Borea introduced the members of AtP Delegation and the Rationale of the Project.

Leila Farsakh was the first to take the floor by questioning what went wrong with the Oslo peace process and specified what is original and important about the AtP:

She started by saying that Oslo failed because it did not provide basic rights and needs of all people in Israel/Palestine and it did not protect and address equilibrating power relations between the two parties.

The AtP are original in so far as they state that any future settlement needs to:

- Prioritize political rights of all over the question of territorial sovereignty
- Include a mutual recognition of the individual and collective rights of Palestinians and Israelis, rights that were obfuscated or marginalized/sidelined during Oslo.
- Guarantee equal collective, political and individual rights to all people between the Jordan river and the Mediterranean
- Individual rights mean: rights of return, Jewish rights to be part of the region, recognition of 1948 Nakba
- Self-determination on the basis of democratic inclusion, self-determination does not need to be confined to territorial boundaries

Inbal Arnon took on by asking why these principles are needed NOW in Israel.

- The current situation doesn't offer Israel a long-time viable presence in the region
- The country is going racist and undemocratic
- The need of democratic notion of citizenship
- The radical separation is not viable, given the reality of Palestinians in Israel, religious and historical ties of both peoples to historical Palestine.

She asked the EU to:

- Make explicit what 2 States Solution means and what the rights of the people are under this paradigm
- Hold Israel accountable

Azar Dakwar explained in his statement that belonging to Palestinian minority in Israel means still being denied national



A. Burg

recognition and a reality of second-class citizens without belonging. He underlined the importance of reconciling tensions between citizenship and national belonging. In light of the aforementioned persistent circumstances, the Palestinian citizens of Israel could, hitherto, neither translate their existing electoral power into better access to social and economic resources (in relative terms), nor wield any real pressure on the Israeli government to redistribute resources equally between both Jewish and Palestinian communities. The young generation is disenchanted by Israeli politics; a dramatic drop in national election participation has been witnessed over the last 12 years (from 80% to 50%). He concluded that these principles are timely for the Palestinian citizens of Israel.

Avraham Burg began his contribution by saying that the departure points of the current paradigm to ›solve‹ issues are: agreed upon arrangements and unilateral moves. In his view a new approach as proposed in AtP therefore means: Arrangements across new grounds and phenomena:

- Expression of civil society over public diplomacy
- Conversation of a new generation: the previous used hand-wrestling instead of agreements
- Change from violent conflict philosophy toward rights discourse
- Democracy grounded as expression of the individual in a political environment: empowering individuals as equal political agents
- Notion of bottom-up (principle 1)

Old wrongs should not be corrected by new wrongs: containing of traumas altogether. Europe as a value system and role model should consider: AtP Principles as a vehicle for European bodies. After a Q&A session Hannes Swoboda concluded the Round Table by suggesting organizing a conference in fall/winter on ›20 Years after Oslo‹ inviting the AtP to be part of and asking to refine the paper on the question of 1 state/2 states arrangements. He invited his colleagues to discuss the possibilities of including these principles in a European strategy.

DEBATE ABOUT NEW PARADIGMS FOR ISRAEL & PALESTINE

S&D Group Conference on the Middle East Peace Process

In partnership with the Bruno Kreisky Forum for International Dialogue, Vienna

Wednesday 6th & Thursday 7th November 2013

European Parliament, Brussels

The Bruno Kreisky Forum initiative on the Israeli Palestinian conflict was featured and showcased at a Socialist and Democrats Group conference at the European Parliament in Brussels. The two-day conference, which was attended by more than 150 participants, hosted a range of discussions on the past and future of the political settlement between the Palestinians and Israelis. In this conference, which marked 20 years to the Oslo process, the Kreisky forum presented its novel initiative – a set of guiding principles that aim to secure the individual and collective rights (including national self-determination), interests, and identities of Jewish-Israelis and Palestinians alike in historical Palestine. This initiative goes beyond the binary predicament of ›one state/two states‹ and instead adopts a binational rights-based approach: it proposes a set of fundamental principles that are indispensable to the design and implementation of any viable solution. Of prime

importance these principles can be accommodated and realized in various constitutional and/or institutional arrangements (including a two nation-state arrangement). The initiative departs from the current paradigm in several ways: by addressing the fundamental issues from the start (rather than at a later stage), by going from principles to implementation and not vice versa and by rejecting the logic of strict separation and partition.

The discussions in the conference reflected the sense of urgency and the need to explore new paradigms given the dismal reality on the ground twenty years after the Oslo agreement and the skepticism with regard to the current round of negotiations. Participants emphasized the importance of engaging with alternative approaches to the Palestinian-Israeli conflict. The initiative was received with interest and enthusiasm by the audience – EU MEPs, national representatives and civil society actors.

Member of the European Parliament Hannes Swoboda, President of the S&D group, said concluding the conference: «It's about the values, the rights, the possibilities to live together and to have respect for each other. Then we can think in what kind of mechanism or what kind of structure this respect should take place and should organize. This is the main element. It is just like Europe. Europe was not made by thinking about the institutional structures first [...] We have to think about the basic principles we have to implement whatever the kind of structure they will hopefully find.»

Programme:

Welcome

Hannes Swoboda, President of the S&D Group

Opening speech

Martin Schulz, President of the European Parliament

Opening session

Panel 1: The peace process – From past failures to current hopes

Chair: **Hannes Swoboda**, President of the S&D Group

Speeches

Andreas Reinicke, European Union Special Representative for the Middle East Peace Process

Leila Shahid, Ambassador of Palestine to the European Union

David Walzer, Ambassador of Israel to the European Union

Panel 2: Mapping realities

Chair: **Véronique De Keyser**, Vice-President of the S&D Group

Introduction

Espen Barth Eide, former Chair of the Ad Hoc Liaison Committee, former Minister of Foreign Affairs of Norway

Panel debate – Moderator: **Oliver Wates**

Panellists

Hilik Bar, MK, Chair of the Knesset Caucus for Ending the Israeli-Arab Conflict, Deputy Speaker of the Knesset

Merav Michaeli, MK, Israel Labour Party
Husam Zomlot, Foreign Relations Commission, Fatah

Panel 3: Alternative approaches – The Bruno Kreisky Forum Initiative

Chair: **Libor Roucek**, Vice-President of the S&D Group

Introduction

Sam Bahour, Independent Business Consultant

Panel debate – Moderator: **Oliver Wates**

Panellists

Inbal Arnon, Lecturer, University of Haifa

Gertraud Auer Borea, Secretary General, Bruno Kreisky Forum for International Dialogue

Bashir Bashir, Research Fellow, Van Leer Jerusalem Institute

Avraham Burg, former Speaker of the Knesset and Senior Fellow of the Bruno Kreisky Forum

Leila Farsakh, Professor, Massachusetts University, Boston

Panel 4: Progressive visions

Participants: Invited S&D Members and speakers of the conference

Welcome

Hannes Swoboda, President of the S&D Group

Speeches

Sergei Stanishev, President of the Party of European Socialists (tbc)

Husam Zomlot, Foreign Relations Commission, Fatah

Hilik Bar, MK, Secretary General of the Israel Labour Party

Panel 5: New currents

Participants

Invited S&D Members

Bashir Bashir, Research Fellow, Hebrew University Jerusalem

Hillel Ben Sasson, Analyst, Molad

Merav Michaeli, MK, Israel Labour Party

Dylan Williams, Director of Government Affairs, J Street

Husam Zomlot, Foreign Relations Commission, Fatah

Panel 6: Cleavages and obstacles

Chair: **Ana Maria Gomes**, S&D Group Coordinator in the European Parliament Committee on Foreign Affairs



S. Albazei | N. Abdulhaq

P. Kahane | S. Albazei

Introduction

Hans-Gert Pöttering, Chair of the European Parliament Working Group on the Middle East, former President of the European Parliament, Chair of the Konrad Adenauer Foundation

Panel debate – Moderator: **Oliver Wates**

Panellists

Sam Bahour, Independent Business Consultant

Hillel Ben Sasson, Analyst, Molad

Noura Erakat, Human Rights Attorney, Palestine/USA

Nimrod Goren, Founder and Chair, Mitvim – The Israeli Institute for Regional Foreign Policies, Jerusalem

Panel 7: The peace process – Prospects and the role of international actors

Round table discussion – Moderator: Oliver Wates

Participants

Lahebib Adami, Ambassador of the League of Arab States to the European Union

Espen Barth Eide, former Chair of the Ad Hoc Liaison Committee, former Minister of Foreign Affairs of Norway

Avraham Burg, former Speaker of the Knesset and Senior Fellow of the Bruno Kreisky Forum

Matthew Duss, Policy Analyst, Center for American Progress

Hannes Swoboda, President of the S&D Group

ARAB ENGAGEMENT WITH THE JEWISH QUESTION

Bashir Bashir, Fellow Van Leer Institute, Hebrew University Jerusalem, Curator

Members of the Study Group

Abdulhaq Najat, University of Erlangen, Nürnberg

Aburemaileh Refqa, Oxford Research Group

Achcar Gilbert, SOAS

Al-Rustom Hakem, London School of Economics

Azoulay André, Advisor to the King of Morocco

Azzam Abed, FU Berlin

Bashir Bashir, Van Leer Institute, Jerusalem

Farsakh Leila, University of Massachusetts, Boston

Ghanim Honeida, Director of Madar, Palestinian Research Center, Ramallah

Hathroubi Samia, History Teacher, Juifs et Musulmans ensemble pour une Génération Ouverte

Jamal Amal, Tel Aviv University



B. Bashir



A. Abed | R. Aburemaileh

Kahane Patricia, Karl Kahane Foundation

Zomlot Husam, Economist, Bir Zeit University

Zreik Raif, Tel Aviv University

The seminar was largely motivated by two main considerations, namely epistemological and ontological. Bashir Bashir presented the conceptual rationale of the project and its link to contemporary realities and politics. Epistemologically the workshop sought to open new research horizons to fill a remarkable gap that exists in academic and public discourse in the Arab world. Ontologically, the workshop traced but equally challenged the construction and depiction of ›Arab and Jew‹ as dichotomous and oppositional forms of being. Bashir went on to argue that JEAQ is timely also because of the recent transformations and uprisings in some key Arab countries. The rise of political Islam and the rethinking of Arab nationalism both render AEQ critical. The conditions of increased intertwinements between Arabs and Jews, though premised on Israeli domination and oppression, in Israel/Palestine considerably contribute to the need to engage with the Jewish question as a pre requisite for historical reconciliation. The workshop was composed of two days. In the first day there were three major lectures and the screening of the film ›Forget Baghdad‹. The second day included three sessions.

The first session was devoted to Gilbert Achcar's talk. Gilbert presented the main argument of his book ›The Arabs and the Holocaust‹. He claimed the book goes beyond the accusation of Arab denial of the holocaust and examines the accusations of Arab participation in the Holocaust. He insisted that we ought to be careful when we say ›the Arab and the Palestinian‹. For in both cases there are various views rather than one and ›the‹ runs the risk of essentializing and generalizing. He claimed that his book challenges and refutes mainstream Zionist discourse and propaganda that accuse ›the‹ Arabs in participating in the Holocaust. This serves Zionists interest for that depicts the story of the creation of Israel as a response to Arab Anti-Semitism and this Zionist claim, he argued, was a very problematic claim and blocks prospects of peace. In other words, through attributing to ›the‹ Arabs anti-Semitism and presenting them as pro-Nazi or Nazi cooperatives – Nazification of Arabs – Zionism seeks to legitimize the Nakba. The Nazification of ›the‹ Arabs and ›the‹ Palestinians is done through generalizing from the case and opinions of one person, namely Hajj Amin Husseini, to the rest. Indeed, Hajj Amin did hold anti-Semitic views, which are abject and need to be clearly denounced, but these were taken out of all proportions. Then Gilbert moved to distinguish between four major Arab currents concerning the Holocaust: Liberal westerners – a very important current in the 1930's which held anti colonial perspective as well as liberal western views and didn't see these two as necessarily contradictory. This current was dominant in the media in the Arab world and was very critical to Nazism as a racist and imperialist ideology. The communist is often an overlooked current. Their rejection of Nazism was explicit and radical. They denounced anti-Semitism.

The nationalist current is heterogeneous and the more you move to the right the closer you get to pro Nazi views. However, this current remained very marginal. The Syrian nationalist party of the Lebanese Anton Sa'adi is the closest to Nazi ideology but this was a very marginal party. The other part of the nationalist current such as the Ba'thist didn't express sympathy with Nazism (e.g. Michel Aflaq).

Islamic fundamentalism has its ideological roots in late 19th early 20th century. This current expressed anti-Semitic views. It was Rashid Rida in 1920's who first to import western anti-Semitism expressing it in Arabic with Islamic messages.



A. Burg | B. Bashir



H. Ben Sasson | B. Klug



P. Kahane

These views were developed in the context of the beginning of the confrontation with Zionism. Gilbert referred to a research on Al-Ahram newspaper during the regime of Nasser. The research/survey showed that the dominant line/view was consistently distinguishing between Jews and Zionism. That means the views were anti-Zionist not anti-Jews. This was a period when the PLO was very influential. The PLO insisted on the difference between Zionism and Jews and Judaism. Gilbert concluded suggesting that we witnessed a decline and deterioration from the time to Nasserism and the PLO which insisted on this distinction to Islamic fundamentalism conflating these two, namely anti-Zionism and anti-Jews.

In his talk titled **»Complex Mirroring: Jews in Arabic Literature«**, Saad A. Albazei focused on the figuration of the Jew in modern Arabic literature as one major indication of how **»the Jewish Question«** is viewed and dealt with in modern Arabic culture. He claimed that his remarks are not conclusive but preliminary and limited to a small number of texts. He argued that from the fiction of the Palestinian Ghassan Kanafani in the late sixties to the poetry of Mahmoud Darwish towards the last decades of the century to the work of the Yemeni Ali Almagri in 2009, the Jew assumes various modes of signification. However, the work of these writers share a serious attempt to grapple with the complexity of the Jewish presence in the midst of the Arab World, away from the popular and simplistic stereotyping found almost everywhere in modern Arabic culture.

In his talk about **Mizrahi Jews**, Amal Jamal reflected on the self-representation of Mizrahi Jews as well as the way they are depicted by others. Amal's main argument is that Mizrahi Jews are deeply entangled in the Israeli/Palestinian conflict. He argued that the Mizrahi Jews took an active part in the sophisticated control apparatus the state of Israel sits to control and construct the identity and consciousness of the Palestinians in Israel. Mizrahi Jews took leading positions in three domains, namely newspapers, Israel's radio **»Kol Israek«** and Israel's T.V. All of these were important arms in Israel's propaganda. Amal claimed that his argument is pursued against/ challenges some trends/ arguments. It challenges the view that was dominant in sociology which suggested that Mizrahi Jews should de-socialize and re-socialize giving up their Arab identity and get modernized. This was heavily criticized by scholars such as Sami Smooha. Another argument promoted by scholars such as Ela Shohat who depict the Jews as victims of Zionism. Amal insisted that his argument suggests that the situation and experiences of Mizrahi Jews can be captured neither by modernization nor by victimhood. The situation is much more complex and multilayered. Amal acknowledged that his argument wasn't the only argument that sought to go beyond victimization and modernization. There were post-structural/ post-colonial views that sought to explain the situation and experiences of Mizrahi Jews (e.g. Yehouda Shenhav). Yet Amal argued that these focused mostly on discourse and ignored sociology and despite their numerous publications they fell short of capturing the complexity of the situation of Mizrahi Jews.

The second day of the workshop was composed of three sessions. The first session was devoted to Najat Abdulhaq's talk. Her talk was titled **»The Mufti of Jerusalem, Anti-Nazism and the »Arab-Schindler«**. She claimed that most of the works on the relation of the **»Arabs«** to the Holocaust are around the person of Hajj Amin Al Huseini and the pro-Nazi Radio broadcasting in Arabic from Berlin. Works like those of Rene Wilangel, Israel Gershoni and Götz Nordbruch question this assumed strong relation. The works of Gilbert Achcar and Omar Kamil also mark a qualitative and conceptual shift in this regard. Najat suggested that she didn't seek to focus on this debate and the reasons of why the relation between the Arabs and the Holocaust. Instead she proposed to take a different turn/ focus. She went back to the period when Fascism and Nazism thoughts and politics dominated parts of Europe. In this context , she raised the question of how did Arab



A. Burg | B. Bashir | M. Behar



intellectuals and Arab societies live and reflect on the era of the 1930's and later during WWII, how did people deal with the question or issue of deporting/ killing the Jews, the issue of Nazism and fascism? The term Holocaust was not yet been used. Her paper presented the historical sphere of the 1930's and 1940's and its relation to the Holocaust in three geographical areas in the Arab world. Starting in Tunisia, where Khalid Abdelwahab protected two big Jewish families from the Nazi's during the German occupation in Tunisia. He kept them for months in his private farm. Then she moved to Cairo where several indicators show that Taha Hussein invited European Jewish scholars to Cairo where they worked, during a time where they were unsafe to stay in Europe (1934–1944). Paul Kraus and Israel Wolfson (Abu Thu'aib) are the most famous. The third station was Beirut, where the Anti-Fascist League was established in 1937 and was very active in several Arab countries, through Syria, Lebanon, Palestine, Iraq, Algeria and Egypt. On 6–7 May the league held a meeting with over 200 delegates presenting 32 organizations alone from Syria and Lebanon, giving with this an insight into the anti Nazi / anti Fascist among leftist movements in the Arab world.

In the second session of the second day of the workshop was devoted to the readings of the articles of Said, Saghiyah and Bashir. Hakem Al-Rustom opened the session while introducing and contextualizing the readings. After Hakem's introduction the participants embarked on a vivid conversation raising and discussing various aspects of intellectual Arab engagements with the Holocaust.

In the concluding session the participants expressed great enthusiasm to continue and further develop the project.

JEWISH ENGAGEMENT WITH THE ARAB QUESTION

Bashir Bashir, Fellow Van Leer Institute, Hebrew University Jerusalem, Curator

Members of the Study Group

Derek J. Penslar FRSC, Samuel Zacks Professor of Jewish History, University of Toronto Stanley Lewis Professor of Israel Studies, University of Oxford

Moshe Behar, Middle Eastern Studies, School of Arts, Languages & Cultures, The University of Manchester

Brian Klug, Senior Research Fellow & Tutor in Philosophy at St. Benet's Hall, Oxford and a member of the philosophy faculty at Oxford University

Martine Cohen, Groupe Sociétés, Religions, Laïcités, CNRS-EPHE

Dayan Rosenman Anny, Maitre de Conférence (Associate Professor) Université Paris 7 – Denis Diderot

Jacqueline Rose, Professor of English at Queen Mary, University of London

Avraham Burg, Author and Senior Fellow of BKF

Najat Abdulhaq, University Erlangen / Nürnberg, Historian and economist

Simone Bitton, French-Moroccan-Israeli filmmaker

Menachem Klein, Bar Ilan University

Hillel Ben Sasson, Hebrew University



H. Ben Sasson



D. J. Penslar



B. Klug

Bashir introduced the rationale and the philosophy of the workshop explaining the importance of the themes under discussion. He went on explain the epistemological as well as the ontological significance of the Jewish Engagements with the Arab Question. The epistemological component relates to the need to revisit and further develop the research and knowledge on the JEAQ. He argued that beside its intellectual and academic importance, this has become indeed also a politically timely task in light of the recent developments in Israel/Palestine and the Arab world. The ontological components called for critically exploring the categories of ›Arab‹ and ›Jew‹ as dichotomous and opposing categories and forms of beings. He called for tracing and critically exploring the developments of this binary logic of identity and its risks. He concluded his introductory remarks by explaining the agenda and its logic. The workshop was composed out of five sessions and a film. The first day of the workshop included three sessions and it was concluded by the screening of Simone Bitton's Film the Wall. The second day included two sessions and concluding remarks.

The first session was exclusively devoted to the talk of Moshe Behar. His talk was titled ›Were there – and can there be – Arab Jews?‹ He reflected on two interdependent themes. The first is the collective sociopolitical existence of the 750,000 Jews in the post-Ottoman/Arab Middle East and this is before their en masse dispersal in the 1950s; the second is the possible relevance of this historical trajectory – in what is after all modern Arab history – to the future of Palestine/Israel and the Arab Middle East in the 21st century. He began with a terminological clarification of what he understands as ›the Arab Question‹ in relation to both his own talk and the Vienna gathering in general. He then proceeded to explain why it was the daring work of such authors as Ilan Halevi (1981), Abbas Shibliak (1986) and Ella Shohat (1988, 1992) that made the signifier ›Arab-Jews‹ scholarly meaningful and productive – effectively breeding the critical modern study of these communities. Following these authors he too (Behar, 1997) anchored the signifier ›Arab Jews‹ on a three-fold justification: (i) Arab is a lingual and cultural marker – rather than a racial or religious marker; (ii) pre-1950s Jews in the Ottoman/Arab Middle East participated fully in the production and consumption of Arab culture; and (iii) distinctions in the Middle East were internally drawn between ›Jews‹, ›Muslims‹, ›Christians‹ (etc.) – rather than between ›Jews‹ and ›Arabs‹. He nonetheless posited that while this argument is undoubtedly correct and internally consistent, it remains weak and insufficiently convincing: the above three-fold justification unwittingly smokescreens the single most important realm in the constitution of modern Arab identity, namely, the political realm. Put differently, the presently dominant conception behind ›Arab-Jews‹ fails on the whole, he argued, to acknowledge the primacy of the political realm over the cultural, religious, intellectual, lingual and/or ideological realm vis-à-vis modern Arab identity generally and, more importantly, in relation to the formation/consolidation of Arab nationalism. He closed by proposing that this historical enquiry has important bearings not only for contemporary Palestinian/Israeli affairs but also for the considerably broader Arab affairs that continue to surround them.

The second session included two talks by Derek Penslar and Menachem Klein. In his talk titled ›When Colonists Become Natives: The Settler-Colonial Model and its Limits‹, Derek asked: How did Diaspora Jews become Israelis? During the first half of the twentieth century, Zionist activists called for a rigorous, tutelary process of Hebraization and ›territorialization‹ (hitartsut) of Diaspora Jewish immigrants to Palestine. Most scholarship on the subject accepts that this top-down project was successful and looks to the Zionist elites as its agents. However, he wondered, how much of the



M. Klein

H. Ben Sasson | B. Klug

N. Abdulhaq | D. J. Penslar

process by which Diaspora Jews became natives in a new land was, in fact, organic and unscripted? What was the relationship between the organic and mechanical sources of national consciousness? And how similar was the formation of a new collective identity among Jews in Palestine, then Israel, to processes of realization of European colonists in various lands in modern times? The term >colonial< has been used in a pejorative sense to describe Zionism ever since the 1920s, but the term gained a more precise definition in Maxine Rodinson's long essay of 1967, *Israel: A Settler-Colonial State*. Countless writers have followed in Rodinson's wake, comparing the methods, goals, and underlying ideologies of Zionist settlement and those of European colonization of North America, South Africa, Australasia, and Algeria. The emphasis in this literature is on the affects and technologies of the settlement process in general and the expropriation of the Palestinians in particular. The specific issue of Zionist nativization is rarely treated, largely as it does not sit with these projects' general thrust, which is to depict Zionism's foreignness, aggressiveness and tragic consequences rather than the sensibilities of its actors. In most respects, the Zionist project was imbedded in the era of colonialism and bore that era's common features, e.g., the dual sense of compassion and condescension towards the natives, of a mission civilisatrice and a compulsion to separate from them; faith in western technology to revive a once fertile but now deserted land, the marshalling of international investment capital for plantation societies and other potentially profitable projects. Even the Zionists' most hallowed moral scruple that the land should be worked by Jews rather than hired Arab labor was analogous to North American pioneer settlers' belief in the divine commandment to husband the land by the sweat of one's brow. It stands to reason that comparative study can throw light on the process by which Jewish immigrants to Palestine creolized and indigenized, when colonists, or more often their children, became native sons. These insights, in turn, can throw new light on the general relationship between Zionism and settlement colonialism. With that goal in mind, he looked to colonial New England as well as modern South Africa and Algeria to illustrate processes of identity-and society-formation that were shared by the Zionist project. He also highlighted those aspects of the Zionist project that lack direct comparison with any of the other three comparison situations. As distinguished historians from Marc Bloch to George Frederickson have observed, the purpose of comparative history is to gain insight from the understanding of difference as well as similarity across time and space. No reputable historian would construct a fixed model of settlement colonialism and then jam multiple historical situations into it. He went on to argue that each of the four cases he analyzed has unique features, just as each shares common elements with some or all of the rest.

The talk of Menachem Klein titled **>Inheriting Palestine by the Sabra, the rise and fall of an imagined identity<**, was intimately in communication with Derek's talk. Menachem also focused on Zionist identity formation in Palestine. More precisely, he presented the trajectory of the development of the image/ symbol of the Sabra through different historical periods, during the Yeshuv and after the establishment of the state of Israel. The Sabra represents the new Jew who is confident, powerful and masculine as opposed the exilic Jew who is weak and landless. He critically explored the attempts of mainstream strands of Zionism to draw historical and links with land of Israel through appropriating and internalizing traits, images and features of the native Palestinians. But paradoxically, the Sabra served as a symbol to compete with and negate Palestinian Arab identity. He demonstrated the use and instrumentalization of the Sabra for indigenizing Jewish identity in Palestine. He went on to trace the changes (mostly the fall) in this symbol linking it



H. Ben Sasson | B. Klug



A. Burg



P. Kahane

to recent and contemporary social and political developments in Israel, most importantly the rise of Gush Emunim. In his talk he also referred to other manifestations of the fall and decline of the symbol of the Sabra through its commodification. Sabra becomes a hummus brand for example. Furthermore, he explained other forms of appropriations cuisine such hummus, language and the adoption of Arabic words and slangs in Hebrew. He concluded with showing the complex tension between this desire of indigenization and belonging to the Land and the affiliation with Europe and the West.

The third Session was composed of two talks, namely the talks of Brian Klug and Jacqueline Rose. In his talk titled **»Tricks of Memory«**, Brian claimed that a culture of memorialisation has grown up around the Nazi Holocaust. The UN General Assembly has declared 27 January **»International Day of Commemoration in memory of the victims of the Holocaust«**. The resolution **»calls for a remembrance of past crimes with an eye towards preventing them in the future; in other words, ›Never forget‹, for the sake of ›Never again‹**. However memory, he argued, can play tricks, not just with the accuracy with which we recollect the past but with our perception of things in the present. He went on to argue that when Israeli-Arab conflicts, including the internal conflict with Palestinians, is seen through the lens of Auschwitz, there is a systematic distortion of perception. Arabs are viewed not as Arabs per se but as the old (or eternal) enemy in a new form. With Auschwitz as the paradigm, Brian claimed that the Jews (Israeli and other) cannot engage with the Arab question or the Arab predicament because all they see is the Jewish question and predicament, into which Arabs are folded. If Israel ties its narrative to Auschwitz, and if Jews around the world share this narrative, there can be no engagement with Arabs as Arabs. In general, Brian suggested that there can be no engagement with **»the Other«** if we project our experience onto the screen of **»the Other«**; for then we are just engaging with ourselves. Using, as a reference point, a photograph of three Israeli Air force F-15 fighter jets staging a fly-past at Auschwitz, he explored some of the political ramifications of the tricks that Jewish memory can play.

In her talk **»Suffering and injustice enough for everyone«**, Jacqueline asked: What are the available forms of insight? What are the barriers to understanding? Starting with the late Edward Said's often overlooked plea for mutual recognition, she argued that the ethos of suffering at the heart of Israel's public self-definition licenses blindness towards the Arabs and state violence towards the Palestinians, but that it is also internally self-defeating and, as Israeli writers have shown, available for critique and potential transformation.

The first day of the workshop was concluded by the screening of the documentary film **»The Wall«** by the director Simone Bitton. Before the screening of the film, Simone shared some of her insights about past initiatives and attempts of **»Arab Jews«** from Israel as well as elsewhere to engage with the Palestinian cause. She reflected on the promises as well as challenges involved in such early attempts, in 1980's. The participants engaged in a discussion with Simone about the film and its powerful message. Some asked about the times the film was done. Other wondered about the current shape and path of the wall. Some asked about the cinematographic techniques she used. Others asked about the experiences she had with the Israeli official bodies specially those of the defense ministry as well as with the fact that she commands both Arabic and Hebrew.

The fourth Session included the talks of Avraham Burg and Martine Cohen. Avraham's take was titled **»The Jewish Inner Mechanism of Opening and Closing«**. He opened his talk by reflecting on the following: R. Judah, R. Jose, and R. Si-



N. Abdulhaq | D. J. Penslar



M. Cohen | S. Bitton | J. Rose



A. Burg

meon were sitting, and Judah, a son of proselytes, was sitting near them. R. Judah commenced [the discussion] by observing, >How fine are the works of this people! They have made streets, they have built bridges, and they have erected baths.< R. Jose was silent. R. Simeon b. Yohai answered and said, >All that they made they made for themselves; they built market-places, to set harlots in them; baths, to rejuvenate themselves; bridges, to levy tolls for them...<. (Babylonian Talmud: Tractate Shabbath Folio 33b)

Inspired and capitalizing on this citation, he asked: is there a key which explains the Jewish attitude towards the non Jewish environment? Not an easy question to answer; since it is a very long period of time, with many different historic and political eventualities spread over many places and a rich variety of cultural surrendering. Yet, he claimed that he would explore few common trends that can elaborate some of the dual behaviors of the Jews. These trends include: the religious dimensions of national isolationism; the contemptuous attitude of the >Chosen< which walks hand to hand with the build in inferiority complex; the Identity crisis of the Jewish collective moving from religious based relations with the non Jew to National based relations the State of Israel as a new phenomenon or a perpetuation of the old pathological relations.

In her talk titled **>Self-identification as a minority or as part of the majority: strategies of French Jews towards Arabs-Muslims<**, Martine Cohen proposed a critical sociological/political analysis of the interactions between the French Jews and the French Arab-Muslims. She claimed that the Jews in France (as in Europe) are a diverse population who have undergone a plural history: some of them are a longstanding component of French society while others are >immigrants< or descendants of immigrants (mainly from Europe or North Africa) – she explained that these latter are well integrated immigrants who may have no longer any feeling of having been an immigrant. But Martin argued that this plural history may be mobilized by Jews to identify themselves, by comparison with more recent immigrants, either as part of the French majority or as a minority among other minorities. In their relationship to Arab-Muslims in France, she claimed that their choice depends on the general societal context as well as on their analysis of their common or divergent interests. By their >alliance< with Arab-Muslims, Jews may put forward their religious similarities or their similar historical experiences of discrimination; consequently they may be associated with them and be seen as a minority in the eyes of the general society; this represents a risk for them to be perceived as outsiders by the French majority. But their encounter with Arab-Muslims may also be aimed at putting forward their differences and highlighting their ancient and effective integration, so they may be seen as part of the majority (the so-called >Judeo-Christian< heritage of France/Europe). Martine examined these complex and sometimes conflicting and shifting strategies through closely and critically assessing and exploring specific organizations/ initiatives that seek to promote understanding, cooperation and integration in France.

The fifth Session was devoted to Hillel Ben Sasson's talk. Hillel's talk was titled **>The Whiteness of the Jewish Israeli Peace Camp and the challenge for universalist progressiveness in the Israeli Arab Conflict<**. He claimed that the first Lebanon war in 1982 marked a beginning of a shift in the Israeli peace camp. From a small fringe group of Jews and Arabs adhering to communist agendas, the peace camp began its long stride into mainstream secular Jewish Israel, starting with grassroots movements such as >Peace Now< and culminating in Rabin signing the Oslo accords and



G. Gomel | L. Ebert



B. Klug

Sharon withdrawing settlements and military presence from Gaza and northern Samaria. While mainstream Israeli partition supporters and even advocates never showed deep interest in engaging with the Arab question, being motivated by the will to disengage, the pacifist and more ideological factions of the Israeli Jewish peace camp adhere to universalistic world views and sensibilities stemming from its socialist origins. This remains largely true even today, when grassroots groups such as the anarchists against the wall and Taayush work very closely with popular Palestinian leadership on various local struggles. Hillel went on to chart several characteristics of this universalistic tendency in the Israeli Jewish left, focusing on the emphasis within relevant circles on moralistic and human rights arguments. Based on this analysis, he sought to show why in the Israeli context this translates into a disability to effectively engage with wider audiences and constituencies, both Palestinian as well as Israeli Jews of Arab-speaking origin.

VIENNA CONVERSATIONS

VIENNA CONVERSATIONS 3

Europe of Ideas Alongside a Europe of Institutions and Regulations

Reflections

Brian Klug

Reflecting on the third round of Vienna Conversations, my first thought is that this one was livelier than the other two. Why is that? First, we were all given a wake-up call by Diana's *»cri de coeur«*. Her thoughts reminded us that the subject of our conversations – how to create or recreate the missing sense of togetherness among Europe's manifold communities – was predicated on Europe having a viable future. This refers, in the first place, to the economic *»base«* for any social and political *»superstructure«*; second, to the caliber of political leadership; and third to the general will. (A recent Eurobarometer poll across the six largest EU countries shows that public support for the EU has been falling. Concomitantly, there is evidence of a resurgence of populism and nationalism.) All three factors give cause for concern, which means there is a danger that the rug is being pulled out from under our feet. Diana's questions and observations concentrated the mind and brought us *»back to basics«*. Second, we adopted a freer format, with no pre-prepared papers and greater flexibility within sessions for people to engage one another. While we were brought *»back to basics«*, we did not lose our original focus on the core issues of the Vienna Conversations. As Gertraud said in the Vienna Review interview, *»fixing Europe is not only a technical problem. It is a matter of philosophical and social issues and very complex. Some of the hidden complexity came to the surface in one or two sessions when there was tension, even a degree of friction, between some participants round the table. The main thing is that we all felt that these issues should be brought out into the open and faced, rather than swept under the carpet. I found the final session especially valuable. It prompted me to rethink the conclusion for*



T. Lerman | S.Krajewski

N. Sternfeld

a lecture that I gave later that week at the German Historical Institute in London (and again the following day in Essen at a conference on the future of religious pluralism in Europe). That conclusion, essentially, is about the relation between the universal – the values and principles that could be said to comprise the ›lexicon of togetherness‹ – and the particular: the various cultural and religious traditions that contribute to Europe's diversity. In this connection, I referred to the play Nathan the Wise by Lessing, published in 1779. Judaism on the whole did not get a good press in the Enlightenment. Lessing was an exception: he sought to portray Jews in a positive light. He made a Jew, Nathan, a figure of wisdom and the epitome of religious tolerance. At one point in the play, Nathan asks rhetorically: ›Are Jews and Christians Christians and Jews before they are human beings?‹ He implies that he is a human being first and a Jew second. He is a good soul. But (I suggested) we need a wiser Nathan today, a Nathan who says that he is a human being by way of being Jewish, and that a Christian is a human being by way of being Christian, and so on. This is not to suggest that being Jewish or Christian (or whatever) means just one thing. Nor that it excludes having more than one identity. No tradition dwells in splendid isolation; and as our paths cross on planet earth, so our traditions crossbreed and multiply. ›It is only to say that being Jewish and being Christian, etc., are variations on a single theme: being human.‹

Speakers and Topics:

Diana Pinto: Cri de Coeur: Wake up call for a better Europe while every category is in dire straits.

Brian Klug: Drawing the map of the terrain – What relevance? Growing skepticism about Europe and decline in trust

Tony Lerman: Intellectual vision for Europe – Uncover injustice and democratic deficit

Hanno Loewy: The quest for a new political settlement

Göran Rosenberg: Understanding and countering national narratives in an era of intensified nationalism

Giorgio Gomel: The nation state: building block of Europe or barrier to ›more Europe‹?

Lars Ebert: The role of identity and identities as social and political organizing categories

Avraham Burg: Democracy: How far does it go? Political system versus political needs

Nora Sternfeld: Contact Zones. Negotiations in shared/divided social spaces

Yael van der Wouden: Ways of empowering civil society

Diana Pinto: Legacies of the past, problems of the present. A common approach to the fight against racism

Menachem Klein: Europe's dark past, what part should reconciliation play in the process?

Tony Lerman: The Jewish reference: is normalization possible?

Hanno Loewy: Islamophobia: Europe tested. Structural racism and In-equality

Göran Rosenberg: How we live together. Vision of society combining democracy and diversity

Zia Haider Rahman: Costs and benefits of diversity. What objective with multiculturalism

Brian Klug: The immigration Act.

Seyda Emek: Poverty immigration inside EU

Stanislaw Krajewski: What does religion offer? Balance between tradition and human approach



D. Pinto | B. Klug

VIENNA CONVERSATIONS 4

Narratives and Visions for Europe

During the first session of the VC 4 the participants have tried to think about a possible ›product‹ of their conversation. The impact on reality has been one of the most hotly debated topics, concentrating on the form of the final product. Some have proposed the production of a sort of manifesto; others have imagined a web platform from which new discussions on a broader level could be triggered. Moreover, some have argued that a collection of essays could be the solution, crystallizing different personal visions/intellectual histories into a miscellaneous product.

The identity of the various members of the group has been another issue: the ›disproportionate‹ presence of Jews has been pointed out; the coexistence of potentially conflicting ›national perspectives‹ has been viewed as a source of richness rather than an impediment. If it was clear from the very beginning that the missing sense of belonging and togetherness in Europe was the problem that should be tackled. It has been suggested that the basic ›we‹ is embodied by the Forum itself, which has demonstrated its ability in concentrating a wide range of experts and in promoting dialogue between subjects with different sensitivities and backgrounds. The group then moved on to analyze the question of solidarity and its relationship with togetherness and concluded that Europeanism, institutions, racism and the context of the question of togetherness is an amplified version of the question of ›who we are‹.

In this context the concept of the naturalization ceremony (presented by Lars) and the idea of citizenship are of significant importance and since the impact of the terrorist attacks of 9/11 citizenship has changed, becoming one of the most pragmatic values: Citizenship as a gateway and pragmatic basis of each existence, a protection for the individual person against the ruling class.

The group then tried to embed religion and beliefs into the concept of citizenship and the question of who we are by using the example of Nathan the Wise. Lessing's character as an example of a sympathetic figure and his position in the play as a human being first and a Jew second: Religion and denomination in the context of citizenship and identity as a way of being human, identity based on common values. Although this also implies a potential danger, if claimed by a particular group or society and then represented as if it was universal:

Religion has been inserted into Europe and society is being injected again with religion, which makes it difficult for common citizenship and common belonging. Moreover, two different pictures of the problem have been sketched out, trying to identify specific circles/pillars which have been touched in the various sessions. Six circles have been drawn: narratives, borders, balances of belonging, decision-making, ›we‹ and allocation of resources. At the same time, three different pillars have been identified: belonging and citizenship, belonging and identity, belonging and rights. These were meant to act as a kind of ›discriminatory‹ border between those who belong and those who do not. It was namely argued that ›if everybody belongs, you do not exist at all‹. There was a sort of loose consensus, as far as the final objective was concerned: a map of the questions which are embedded in today's reality, which should be addressed through essays.

In the final session the group discussed the concept of democracy within the European value system and the role it is playing. The way democracy was seen in the past was a democracy versus the church or versus nobility. Democracy



in the past could be described as an era of the togetherness of the different. Whether the European value system or the Western value system as a whole is challenged could not be agreed upon.

In order to frame the next discussion a division into different sub-categories would be useful, comprising topics such as solidarity, religion, borders, social justice, racism, citizenship and immigration policy embedded into narratives, rituals and resources.

EUROPE AT RISK

EUROPE AT RISK IV

Common Security and Defence Policy at Risk?

Sessions were under Chatham House Rule – Public Panels were open discussions

A cooperation of Bruno Kreisky Forum for International Dialogue, Centre for Liberal Strategies, European Council on Foreign Relations, Directorate for Security Policy of the Austrian Federal Ministry of Defence and Sports, Russian International Affairs Council, Council on Foreign and Defense Policy, Moscow, Center for Strategic Communication (STRATIM), Turkey, Centre for Economics and Foreign Policy Studies (EDAM), Turkey, Balkan Trust for Democracy

The seminars conducted in 2012 were:

Europe at Risk I: The impact of the financial crisis: How real is the risk of political de-stabilisation and rise of extremism?

Europe at Risk II: How to frame Europe security risks in the midst of the economic crisis?

Europe at Risk III: EU in crisis: How the others view the EU now.

In 2010 when Europe was still uncertain on how deep the impact of the crisis will be on its economy, politics and place in the world the European Council on Foreign Relations conducted a survey on the threat perceptions of the EU member states. The survey demonstrated that for the majority of security experts and for the majority of the citizens the security challenge for the EU is not rooted in classical geopolitics; on the contrary, it seems to be a product of Europe's geopolitical ease. The EU's foreign-policy elites have fundamentally redefined what they mean by security.

First, the EU's security elites increasingly look at security through the eyes of insurance companies rather than military planners. They take peace for granted and think in terms of risks instead of threats. In fact, none of EU's 27 member states seems to fear military occupation. Thus the EU's security elites do not feel they should spend more on defense despite their relatively low level of military spending and the resulting shift in the military balance of the EU and other powers.

Second, the vacuum left by the absence of war has been filled with post-modern fears. EU security elites and European citizens are mainly concerned about defending their way of life. Apart from a nod at terrorism, the survey showed that



H. Lattacher



J. Pucher | L. Vitiello



M. Delić | A. Burg

what EU security elites fear are threats to their standards of living: the impact of the financial crisis; energy insecurity; climate change; immigration.

Third, Europeans increasingly fear that they are becoming marginalized as power shifts away from the West. The survey showed that almost all member states are interested in what William Walker has called ›positional security‹; that is, ›where they stand in the world, who they stand with, and how to improve or regain their standing.‹

In the context of these findings it is legitimate to conclude that the disintegration of the EU comes as the major security threat for the EU member states and their citizens. And while at present the disintegration of the Union looks as an unlikely option, it is not an unthinkable or impossible one. At present the Union witnesses the erosion of the very foundations on which it is built. The shared memories of the WWII have faded away with a half of German high school students aged 15 and 16 revealed being unaware that Hitler was a dictator, while a third believing he protected human rights. The Soviet collapse has removed the geopolitical rationale for European unity. The democratic welfare state that was at the heart of the post-war political consensus is undergoing radical transformation. And prosperity that was at the core of the political legitimacy of the European project is in shambles.

The new mood of anxiety and uncertainty is reflected in the most recent ›future of Europe‹ survey, funded by the European Commission and published in April 2012. It shows that while the majority of Europeans agree that the EU is a good place to live in, their confidence in the economic performance of the union and its capacity to play a major role in global politics has declined. More than six in ten Europeans believe that the lives of today's children will be more difficult than those of people from their own generation. Even more troubling, almost 90% of Europeans see a big gap between what the public wants and what governments do. Only a third of Europeans feel that their vote counts at EU level, and only 18% of Italians and 15% of Greeks consider their vote counts even in their own country. So, it is fair to say that the current crisis is a game changer for the EU and in this context the three key questions are:

How the ongoing transformation of EU's national democracies that comes as a result of the crisis will affect the prospects of closer cooperation in the field of foreign and security policies?

How the diverging national experiences of the crisis and the divisions born out of the crisis will affect the future of the CSDP of the EU?

And how the way the global others (the US, China, Russia and Turkey) view the nature and the consequences of the EU crisis will affect Europe's global influence in the decade to come?

Welcome and opening address

Gertraud Auer Borea d'Olmo, Secretary General, Bruno Kreisky Forum for International Dialogue

Johann Pucher, Major General, Defense Policy Director, Austrian Federal Ministry of Defense and Sport

Introduction: Summary of findings of Seminars I – III

Ivan Krastev, Chairman of the Centre for Liberal Strategies; Permanent Fellow IWM

Hermann Lattacher, Director of the Bureau for Security Policy, Austrian Federal Ministry of Defence and Sports

Moderator: **Joseph Janning** Director of Studies, European Policy Centre



S. Kiniklioglu | Hager | M. Delevic | C. Einem



J. Pucher | K. Lisek | D. Korski

Panel 1: Recent initiatives of European actors regarding the future of CSDP and defense industry

Krzystof Lisek, Deputy Chair of Committee on Foreign Affairs, European Parliament

Luigi Vitiello, DG Enterprise and Industry, European Commission

Daniel Korski, Adviser to the High Representative

Jakub Wisniewski, Head of Policy Planning, Polish MFA

Giovanni Faleg, Research Fellow at the Italian Institute for International Affairs (IAI) in Rome and Visiting Researcher at CEPS

Moderator: **Johann Pucher**, Major General, Defence Policy Director, Austrian Federal Ministry of Defence and Sports

Panel 2: What do EU's neighbors and other key strategic actors expect from the EU's CSDP?

Andrey Kortunov, Director General of the Russian International Affairs Council, President of the New Eurasia Foundation in Moscow

Jolyon Howorth, Visiting professor of Political Science at Yale

Suat Kiniklioglu, Chairman, Center for Strategic Communication (STRATIM), former Member of Parliament

Martin Kimani, Director, Conflict Early Warning and Response Mechanism CEWARN

Moderator: **Avraham Burg**, Author, former Speaker of the Knesset, Senior Fellow of Kreisky-Forum

Findings

Hermann Lattacher, Director of the Bureau for Security Policy, Austrian Federal Ministry of Defence and Sports
CSDP basic options and scenarios

Johann Frank, Head of Division for Security Political Analysis, Austrian Federal Ministry of Defence and Sports

Jakub Wisniewski, Head of Policy Planning, Polish MFA

Ivailo Kalfin, Member of the European Parliament (S&D), Vice-Chair of the EP Committee on Budgets, EP rapporteur on the mandate of the European Investment Bank and on cyber security issues

Plenary discussion

Future of CSDP – what are the key questions and what are possible answers?

How to convince the political leadership and the public?

Moderator: **Stefan Lehne**, expert on European foreign policy and international security, visiting scholar, Carnegie Europe, Brussels



PERIPHERY AT RISK I-III

PERIPHERY AT RISK I

EU, Russia and Turkey – Security Trends and Challenges in a Contested Neighbourhood

Vienna, June 17–19, 2013

Panel discussion

Imploding Balkans – Exploding Middle East

How to frame security challenges, nightmares and dreams

Joseph Bahout, Professor of Middle Eastern Politics at Sciences Po, Researcher at Académie Diplomatique Internationale

Alexander Rondos, EU Special Representative for the Horn of Africa

Avraham Burg, Author, former Speaker of the Knesset, Senior Fellow of the Kreisky Forum

Moderator: Ivan Krastev, Chairman of the Centre for Liberal Strategies; Permanent Fellow IWM

Seminar under Chatham House Rule

Panel 1: Common Policy Agenda for the Middle East – Security Trends and Challenges

Alexander Rondos, EU Special Representative for the Horn of Africa;

Joseph Bahout, Professor of Middle Eastern Politics at Sciences Po, Paris, and a researcher at Académie Diplomatique Internationale

Peter Stegny, former Russian ambassador to Turkey and Israel

Pavel Shlykov, Associate Professor, Middle Eastern History Department, Institute of Asian and African Studies, Moscow State University

Timofei Bordachev, Deputy Dean, Director, National Research University – Higher School of Economics, Moscow;

Can Kasapoğlu, Research Fellow, Center for Economic and Foreign Policy Studies EDAM;

Moderator: Avraham Burg, Author, former Speaker of the Knesset, Senior Fellow of the Kreisky Forum

Panel 2: Common Policy Agenda for the Balkans – Security Trends and Challenges

Ali Tekin, Associate Professor in the Department of International Relations, Yaşar University, Izmir, Turkey

Stefan Lehne, expert on European foreign policy and international security, visiting scholar, Carnegie Europe, Brussels

Johanna Deimel, Deputy-Director Southeast Europe Association, Munich

Dimitar Bechev, Senior Policy Fellow and Head of the Sofia office, European Council on Foreign Relations

Ivan Krastev, Chairman of the Centre for Liberal Strategies; Permanent Fellow IWM;

Moderator: Antoinette Primatarova, Program Director, Centre for Liberal Strategies



Planary discussion

EU, Russia and Turkey – Security Trends and Challenges in a Contested Neighborhood

Moderator: Ivan Krastev, Chairman of the Centre for Liberal Strategies; Permanent Fellow IWM

PERIPHERY AT RISK II

EU, Russia and Turkey – Security Trends and Challenges in the Balkans

Vienna, September 23-25, 2013

Kick off: Public Panel discussion

Nightmares, Dreams and Security Challenges in the Balkans

Panellists:

Milica Delevic, Deputy Secretary General, European Bank for Reconstruction and Development

Gerald Knaus, Director, European Stability Initiative

Erion Veliaj, Minister of Social Welfare and Youth, Albania

Moderator: Ivan Krastev, Chairman of the Centre for Liberal Strategies; Permanent Fellow IWM

The discussion aimed to explore the possibility of a common effort between the EU, Russia and Turkey in order to bring stability in Europe's Southern periphery – namely the Balkan region – and the possible reverse of the process of post-crisis consolidation. There is a clear and present risk, of political violence, migration flows and state failure that can affect negatively not only the EU but also Turkey and Russia. In Europe's Southern periphery the level of cooperation and the stakes of the EU, Russia and Turkey are very different despite the declared unity of purposes between the three powers.

Ivan Krastev, moderator of the discussion, warned that we always talk of the Eurozone crisis but not in security terms. It is not only Europe; there is also a peripheral space, which has been completely rearranged. In the Balkans, the catch-up moment has not happened yet. Despite the overall political instability and economic stagnation, three crucial developments have recently taken place: the landslide victory of the Socialist Party in Albania, the EU's opening to Serbia and the lifting of the visas for Western Balkans.

Veliaj, who recently joined the new government, shared the extraordinary experience of the last electoral campaign. It was clear for everybody that a sustainable form of development was needed. The Albanian economy has performed well during the crisis only because of its low degree of integration and the small rates of trade. Remittances still constitute 30% of the GDP, but Albanians who work abroad are losing their jobs too. Before the Eurozone crisis, 30% of the foreign direct investment came from Greece: now it is near zero. There is hard work ahead, in order to reform the economy and to change mentalities. The majority of the young Albanians go to university even if the market cannot absorb everyone and therefore is only a form of postponed unemployment. Delevic opened her contribution by saying that



even during these crisis years, the region has made great steps. Croatia is the first Western Balkan EU member, the opening towards Serbia after the dialogue with Kosovo has had positive repercussions, and Montenegro is already negotiating the accession. Nevertheless, the process is very slow and technically complicated. There is no feeling of history being made like in 2004, when the East-West divide was finally ended. The Eurozone crisis is indirectly affecting the region: paradoxically, the more you are integrated, the more you are hit. Popular support is still high, but people should feel that the integration process is really delivering something.

According to Gerald Knaus the collapse of the Greek economy raised questions about the transformative power of the European Union. These countries are still the poorest ones in the area. The West Balkans export almost nothing, production is depressingly absent. They have the largest rural sectors in Europe, few people are working and with very low wages. In this situation, it is completely impossible to catch up. The de-industrialization was a catastrophe and leadership is also facing a problem: decision-makers adopt quick fix solutions and ignore structural deficiencies. The big question on the table is: will the new generations be able to produce things for the export sector? Will the politicians be focused on the most vital issues?

Krastev added that according to him, we should abandon the dangerous idea that the European Union is basically a »convergence machine« which works automatically.

Under Chatham House Rule

The Balkans are of significant strategic importance for Russia, Turkey and the EU. The panel also concluded on the effects of the economic crisis in the European Union, its impact on the Balkan region and the importance of gathering people who value the importance of economic and political development.

Bernhard Bair, Head of Austrian Security Policy, followed up Krastev's summary by highlighting the historical interest of Austria in the Balkans and emphasized the necessity of a stable security situation in the Balkans as a quintessential precondition for a EU accession.

The Austrian forces are one of the largest contributors to the stabilization of this region and underline his country's agenda to push the development in this region forward.

Bair concluded that this seminar should aim to arrive at an expert assessment of the current security situation in the Balkans and the involvement of key actors in the Region such as the EU, Russia and Turkey, thereby also assessing future contributions of Austria and its member states in the region.

Session 1: Security Trends and Challenges – the View from the Balkans

The first panel - **Erion Veliaj, Milica Delevic, Veton Surroi and Dimitar Bechev** – defined and elaborated on some of the key questions in the context of security challenges in the Balkan region, such as what are we fearing, what are we hoping for and what should we do?

The EU and other external actors should help the Balkan states understand the benefits of the European Union values and put their main focus on the improvement of state institutions, thereby validating the political process.



The assessment of the region as a whole and its portrayal with the Western psyche is of significance. The shifting away from external tension and a focus on other more current hot spots such as the Syrian crisis leads to a vanishing focus on the Balkan region. It was argued that external actors might be interested in maintaining the status quo as long as their investment is not endangered and the security situation does not deteriorate. The Kosovo issue was agreed upon as a key issue of international significance within the region, especially as long as there is no clear position on it within the international community. Three potential security threats were defined, consisting of:

1. State capture under international supervision
2. Incompletion of the Kosovo state structure
3. Growth of politics as an alternative to corrupt statehood.

Session 2: Common Policy Agenda for the Balkans – The View from the European Union

The first afternoon panel – Vessela Tcherneva, Gerald Knaus, Nathalie Tocci and Johanna Deimel – changed the point of view away from the Balkans towards the European Union and its engagement in the region, again raising key questions in this context: How does the EU construct the actors and the reality on the ground in terms of risks and opportunities? What does the EU do in the region and why?

To answer these questions several aspects are of key significance:

An understanding of the different policy circles within the EU, the motivation about why the Balkans matter for the EU, and a redefinition of the EU's focus and involvement in the Balkans. This redefinition is all the more needed in the face of an inner EU crisis and a growing discrepancy between the member states' policies. The European Commission plays a key role and should foster some concrete policies regarding the development in the Balkans.

The lessons learned (and not learned) are something the EU could use, such as in the areas of ethnicity, constitutional arrangements, autonomies and minority rights.

A rethinking of the engagement in the Balkans and a redefinition of the relevant roadmaps is a quintessential necessity in order not to fall back from a policy of enlargement into a policy of containment and an EU, which is locked in a very vicious dynamic of big disagreements over key issues. Another fear is a further growing gap between the EU and other key external actors, but also civil society and NGO engagement in the region.

Session 3: Common Policy Agenda for the Balkans – the View from Russia and Turkey

Heidemaria Gürer, Kamer Kasim, Natalia Brulinova, Serhat Güvenc and Daria Khasekova focused on the following questions during the second afternoon panel:

How does Russia and Turkey construct the actors and the reality on the ground in terms of risks and opportunities? What do they do in the region and why? Turkey's relationship with the Western Balkans can be considered a success story and is of importance regarding NATO's intervention during the Kosovo and its following independence, as well as within the context of Europe – Turkey relations and a possible EU accession. For Turkey the principles of approaching the Western Balkan problematic include reintegration, EU membership, engaging all actors and issues in the region



A. Rondos | A. Burg | I. Krastev | J. Bahout

and pursuing a multilateral diplomacy. For Russia and its foreign policy the Balkans are not of political priority, although economic relations such as south stream of gas and oil still exist. Political relations have drastically diminished, and Russia is trying to restructure its relations towards the region in all three dimensions of economy, security and politics. Nevertheless Russia's historical geopolitical priorities are in other regions of the Eurasian Union.

Plenary Discussion:

EU, Russia and Turkey – Security Trends and Challenges in the Balkans

In this last plenary discussion moderator Ivan Krastev tried to summarize some of the most compelling points of the previous panels: Analyzing possible consequences and convergence of the analyses of EU, Russia and Turkey, what will happen in the mid-term in the Balkans and formulation of common policies and cooperation?

From a Russian perspective, especially regarding public opinion, its view on the Balkans changed drastically after the intervention by the West. And although Russia perceives the Balkans much more from a security perspective, the actual security costs are preferably left with the EU. Turkey's focus on the Balkans is diminishing as well. The current events in Syria basically force Turkey to rediscover the Middle East as its strong foreign policy focus and thereby averting its historically strong Balkan relations. What could become a significant problem in the Balkans, is the potential failure of the EU to secure the region against its growing instability.

Although the conflict itself is exhausted and might seem to look like peace on the surface, it nevertheless does not provide a much needed institutional stability and economic growth. The fact, that the EU itself is facing an existential crisis and is under major reconstruction with unforeseeable results, is further hurting its engagement and ability to assist in the region.

Both Turkey and Russia have also been affected by the economic crisis, and consequently further diminished their much-needed engagement in the Western Balkans; a region, in which all major international actors have been struggling; and although considered a common European space, nevertheless being underestimated overall by all three actors in terms of significance.

PERIPHERY AT RISK III

The Middle East: Common Risks and/or Strategic Opportunities

Framing the ME debate of regional powers

Vienna, 26–27 November 2013

Under Chatham House Rule

Session 1: Risks, opportunities and strategic fault lines I: Regional perspective

The Arab revolutions created a new complexity of regional politics in the Middle East and North Africa, upon which key regional players redefined their roles. So what are the key interests, threats and opportunities as viewed by regional actors, including Iran and Turkey, given the rapidly shifting landscape? How are central actors positioning themselves and what is driving emerging ambitions, alliances and divisions?

Panellists:

Mustafa Barghouti, Secretary-General, Palestinian National Initiative

Jamal Khashoggi, Journalist, columnist, author, and general manager of the Al Arab News Channel

Gholamali Khoshroo, Senior Editor of the Encyclopedia of Contemporary Islam; Former Deputy Foreign Minister for Legal and International Affairs, Islamic Republic Iran

Taha Özhan, President, Foundation for the Political, Economic, and Social Research SETA

Avraham Burg, former Speaker of the Knesset and Senior Fellow at Kreisky-Forum

Moderator: **Daniel Levy**, Director MENA Program, European Council on Foreign Relations

Session 2: Risks, opportunities and strategic fault lines II: EU perspectives

In view of the new security and political environment in the MENA, Europe is challenged to adapt its strategic approach to the region, while being pressed by the perception of the risks of spreading extremism and growing refugee and migration waves. How are regional developments being viewed from European capitals? What do the momentous political and security shifts mean for European interests; what does Europe want/can do in the MENA region in the longer term?

Panellists:

Christian Berger, Director for Middle East at European External Action Service

Florence Gaub, Senior Analyst, EU Institute for Security Studies

Bernardino Leon, European Union Special Representative for the Southern Mediterranean region

Alia Moubayed, Head of Research for the Middle East and North Africa, Barclays Bank

Moderator: **Julien Barnes-Dacey**, Senior Policy Fellow, European Council on Foreign Relations

Session 3: Syria: The crucible of regional struggles

More than anywhere else the civil war in Syria draws together the key fault lines tearing across the region, from the struggle for political emancipation, widening sectarianism to radical Islam and the battle for regional hegemony. Which forces should be seen as most central as the conflict continues? Can concepts such as sovereignty, a viable multi-ethnic state and protection of civil rights apply to the current political calculations? What are the paths to de-escalation?

Panellists:

Joseph Bahout, Professor at Sciences Po-Paris; Consultant Policy Planning Unit at the French MFA

Efraim Halevy, Lawyer and Israeli Intelligence Expert

Nawaf Obaid, Senior Fellow, King Faisal Center, Riyadh; Visiting Fellow, Belfer Center, Harvard University

Alia Malek, Senior Staff Writer, Al Jazeera America

Moderator: **Gudrun Harrer**, Senior Editor, Der Standard



M. Sariolghalam | A. Burg | V. Tcherneva | A. Malek | J. Bahout

Public Panell Discussion:

The Middle East: What is/was the Garden of Eden?

Common Security Risks and/or Strategic Opportunities

Panellists:

Bernardino Leon, European Union Special Representative for the Southern Mediterranean Region;

Joseph Bahout, Professor at Sciences Po-Paris and Consultant Policy Planning Unit at the French MFA

Alia Malek, Senior Staff Writer, Al Jazeera America

Avraham Burg, former Speaker of the Knesset and Senior Fellow at Kreisky-Forum

Mahmood Sariolghalam, Professor of International Relations, National University of Iran, Tehran

Moderator: **Vessela Tcherneva**, Programme Director, European Council on Foreign Relations

Session 4: Risks, opportunities and strategic fault lines III: Russian and US perspectives

What are the threat and opportunity perceptions driving the two key external global actors?

Panellists:

Shibley Telhami, Anwar Sadat Professor, University of Maryland and Board Member of the Council on Foreign Relations

Nina Khrushcheva, Professor for International Relations at New School, New York

Veniamin Popov, Director of Center for the Partnership of Civilizations, Moscow State Institute of International Relations

Moderator: **Walter Posch**, Senior Associate, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Session 5: Mapping common interests: Towards regional stabilization

Given the opportunities and threats drawn together in the regional and thematic sessions, where is there room for common ground aimed at regional de-escalation and stabilization.

Fawaz Gerges, Professor of Middle Eastern politics and International Relations, London School of Economics

Sinan Ülgen, Visiting Scholar, Carnegie Europe; Centre for Economics and Foreign Policy Studies EDAM

Julien Barnes-Dacey, Senior Policy Fellow, European Council on Foreign Relations

Mahmood Sariolghalam, Professor of International Relations, National University of Iran, Tehran

Myriam Benraad, Senior Policy Fellow at the European Council on Foreign Relations and Associate Fellow at the Center for International Studies and Research (CERI), Sciences-Po Paris

Moderator: **Avraham Burg**, Former Speaker of the Knesset and Senior Fellow at Kreisky-Forum

Summary of the Seminar

The first session was moderated by Daniel Levy. He emphasized the high expectations for diplomats in the P5+1 talks over Iran's nuclear issue and the overall challenges for the different actors in the region facing the rapidly changing environment in terms of new alliances and risks, also beyond the region itself. The first speaker defined three major dimensions of risks and opportunities: First the new agreement with Iran and Israel's failure to prove itself as the only superpower in



C. Berger | D. Levy | G. Koshroo



V. Tcherneva | A. Malek | J. Bahout



J. Khashoggi | A. Moubayed

the region but also its weakening relationship with its strongest ally United States. Second the relationship between Palestinians and Israelis and the stalemate of peace negotiations and third the most recent developments in the Arab world and the relationship to the Arab Spring, which started as a democratic revolution but quickly became a power struggle of traditional forces. He was followed by the second speaker in dividing the region of the Middle East into two blocks, Saudi Arabia and Turkey on the one and the Arab spring countries on the other. It was agreed that the recent Geneva negotiations and the resulting agreement will lead to the end of the >cold war status< between the US and Iran, resulting in a changing balance of power in the region; a fragile balance, that could also be affected by the upcoming troop withdrawal from Afghanistan in 2014. This security challenge in Afghanistan has a strong potential spillover effect for the whole region and beyond. In this context Iran's relationship with Saudi-Arabia, but also Pakistan and the mutual cooperation between these three countries is crucial for the stability and balance of power in the whole region.

The current global focus on the Geneva negotiations wrongly turns the focus away from the Syrian crisis and its more than 100.000 casualties; a participant from Turkey warned and elaborated on the impacts of the current Syrian crisis for the neighboring state of Turkey. An important assessment was that the changing situation in the Middle East had a strong impact on Israel's security and policy strategy. Israel's strategy is mainly based on threats that at least partly are disappearing. Its continuing occupation policy and the growing non-violent opposition against it by the Palestinians challenge Israel's status.

Both aspects challenge Israel's status as the only democracy in the Middle East. Adding the diminishing relationship with its strongest ally, the United States, Israel is facing major challenges; challenges which can also be seen as an opportunity for Israel to finally exchange its strategy of trauma for a strategy of hope, or as another speaker redefined it in the following panel discussion, creating a constructive linkage between the Geneva negotiations and the Israel-Palestine conflict.

The second session, moderated by Julien Barnes-Dacey, focused on the risks and opportunities from a European Union perspective:

The first speaker highlighted the EU's strong involvement in the region but also the challenges the EU faces by the region's various often-overlapping conflicts, such as religious conflicts, the Saudi-Iranian conflict or the uprising of people against autocratic regimes. In countries like Egypt, the EU has often managed to stay in contact with all involved parties, and the Arab League has proven as a strong cooperation partner in the region. Nevertheless he acknowledged that the EU's involvement in the Middle East is still in need of improvement. The significant role and importance of the Middle Eastern countries for the EU and the recent strategic confusion regarding the results of the Arab Spring and the transition period in the region were at the center of the following contributions. Due to the proximity of the conflicts and its affect on the international community, a stronger engagement is crucial in order to face the recent challenges in the region. There is an urgent need for the EU to advocate clear democratic values in the region, the occurring transformation hereby being viewed as an opportunity rather than as a threat.

According to another speaker the origin of the challenges arising since 2010 were mostly spillover effects from the Arab Spring: There is no doubt that the developments since 2010 have resulted in lower growth, higher unemployment

and increased structural imbalance all over the Middle Eastern countries of the Arab Spring. To make matters worse, the governments and institutions not only are lacking the tools, but also the legitimacy to improve the drastic situation.

In the following discussions EU internal aspects influencing the European engagement in the region were added: like the growing number of Muslim citizens in the EU as an additional layer to the engagement, but Europe's own economic and financial crisis with serious problems such as large youth employment has made the engagement more difficult. In addition the Gulf monarchies are challenging the EU's involvement in the region with their large financial funding. This undermines the EU's engagement and goals in the region towards democracy, making the implementation of the conditionality principle almost impossible. As a Turkish participant elaborated, the financial support of the EU should therefore be complimented by technical and humanitarian assistance to provide legitimacy. Another approach could also be the implementation of a free-trade zone to improve stability and prosperity, an agenda the EU has been pushing for quite a while.

The session *'Syria: The crucible of regional struggles'* was chaired by Gudrun Harrer, who invited the guests to focus on the upcoming Geneva meeting concerning Syria and on the recent deal of the P5+1 with Iran.

The first speaker urged the audience to look at what is happening on the ground in the last months, highlighting the parallel repercussions on both the rebels and the regime. After the use of chemical weapons was worldwide denounced, Bashar al Assad paradoxically seemed almost emboldened by the co-operative reaction of the international community. It namely started to view him as a legitimate partner who was able to comply with its requests, strengthening the determination of the strongman of Damascus to fight for the final victory. At the same time, the most extremist among the opposition fighters gained the upper hand, leading to an uncontrollable radicalization of both sides. The whole area (Iraq, Syria, Lebanon) could soon be turned into a *'unique porous space of guerrilla warfare'*.

One of the experts recalled the *'strange story'* of the chemical weapons observing that *'something which was originally denied (by Russia) was then officially praised as a success by President Putin himself'*. He pointed out that we are witnessing a pure *'inter-power play'*, in which public image is the most important concern of both sides (he also referred to the incautiously announced Obama's red line). The deal with Iran is far from being carved into the stone, he later added. Nevertheless, it demonstrated that the United States are still relevant, given the fact that Teheran wanted above all to normalize its relationship with Washington. This will be done only at one essential condition: a reset of the relationship with Israel, he concluded.

The next speaker tried to shed a light on three possible levels of analysis. The first one is the broken relation between Syrian State and society. The second is the transnational Shia-Sunni clash, whereas the third is the intertwining of regional rivalries (Turkey, Iran, the Gulf States). If concentrated on only one of these layers, decision-making will be ineffective and myopic.

An important young voice contributed to the discussion leaving for a while the safe haven of academic disquisition and recalling her experience as reporter. She was extremely successful in bringing to the audience the voices of those who are fighting, suffering and dying on the battlefield. She therefore reminded everyone that international politics has above all a human side, which should never be set aside.

In the second round of the discussion, a Russian speaker underlined the ›golden opportunity to find a political settlement‹.

The Iran deal was not just about nuclear capabilities, but only the first step toward a general transformation of the whole structure of Iranian foreign policy. He concluded with the observation that as long as Assad's command chain is not broken it makes full sense to seek cooperation, even if it could appear cynical.

On the Russian and US perspectives the first speaker decided to focus on the US image in the world. She recalled the tremendous repercussions of the Iraq war and argued that this kind of self-proclaimed unilateralism was highly detrimental. She later observed, reminding the audience of the recent anniversary of Kennedy's death that Obama is probably the only president after him who was able to capture the world's imagination so effectively. The summer of 2013, with all its scandals (use of drones, Datagate) has without doubts weakened his charisma. Nevertheless, she concluded, US soft power is undeniably still the strongest worldwide. Quoting her mentor Kennan, she argued that America should always try to ›lead by its example‹.

A US scholar analyzed the main guidelines, which drive the decisions of the Obama administration. Recalling Obama's words at the UN General Assembly, he highlighted some key-assumptions. First of all, it was clear from the very beginning that the Arab Spring was not about America and that the US should stay out. Secondly, everyone in Washington was aware that the capacity to influence the events was dramatically weak. Thirdly, the American position in the region is linked to long-term policies, such as the Arab-Israeli-Palestinian conflict (a sort of ›prism, through which the Arabs view the US‹). The most important axiom was the following: the Americans do not want another war. The only way to avoid any military intervention in the area is inevitably connected with the resolution of the conflicts, which tear it apart. He noted that Obama and Kerry share the same vision: if we want to find global solutions, we should start from the Middle East. The deal with Iran, has shown that we are now witnessing a reshuffle of the regional balance of power (because of Israeli and Saudi reactions). The real challenge is therefore the creation of a regional environment in which these two crucial issues (Iran and Israel/Palestine) work for one another.

One of the Russian participants argued that a new stage of international relations is developing in front of us. The Iranian deal and the Geneva conference on Syria could be viewed as breakthroughs, which will be characterized by a positive spillover effect. He pointed out that the Middle East, always perceived as a source of instability, could now be considered a good example for the rest of the world. Uncertainty and rapid change are nowadays the rule: secessionist movements gain the upper hand, borders are suddenly re-drawn or disappear, old states collapse and new states are created, and demography seems dangerously uncontrollable. Given this risky and unstable international environment, he concluded, negotiation and cooperation are the only effective answers. Quoting the former Soviet Foreign Minister Gromyko, he stated: ›Better ten years of negotiation than one day of war‹.

In the concluding Periphery at Risk session ›Mapping common interests: Towards regional stabilization‹ moderator Avraham Burg raised the question of what the future building blocks should be in regards to regional stabilization. Burg argued that the period of a world with one superpower is over and new actors have been introduced playing an increasingly powerful role substantially changing the infrastructure. To address these new actors and challenges, the participants of this conference should focus on the engagement between the actors, not only regarding common interests but also further regarding common policies.



V. Tcherneva



A. Malek



J. Bahout

The first speaker stressed the need to address the complex challenges both on the political and socio-economic dimension, given that the old hegemony has basically come to an end. What has been observed in the last years was and still is a struggle of ideas and narratives and the search for a new hegemony to replace the old one, which was originally based on values such as Arab nationalism as in the cases of Mubarak or Nasser. He added that because Islamism has been proven incapable of replacing hegemony we could observe the resurgence of nationalism, such as in Egypt or Syria. In addition a 'cold war' is taking place in the region between Iran and Saudi Arabia, threatening the survival of the states in the region such as Lebanon. And he concluded that Europe has a major role and responsibility to assist the regional actors in the transition process in order to fill the newly created vacuum in the Middle East.

Following up, the focus was put on Turkey's engagement, which has both an internal and external access point to the region. The EU on the other hand continues its Middle East policy upon a misguided and outdated strategy based on the assumption of linear progress towards democracy in the region. In order to improve its engagement the EU needs to shift towards impacting and engaging around governments rather than the concept of democracy.

The major issue regarding the EU's engagement in the region is that the defining aspects and challenges shaping the region are not necessarily aligning with the strategic approach of the EU. Europe therefore needs to come to a decision regarding its overall strategy and the overarching question of what is unfolding in the Middle Eastern region. This includes the Saudi and Iranian ambitions, which are de facto shaping the region.

The following speaker took this thought up and defined some of the regional actor's roles in this context: He predicted Egypt not to play any significant role in the region for many years to come, simply because they are too occupied with national problems. He also interpreted the recent Geneva talks as a proof for an Iranian decline, and predicted a >zero-sum game< in the triangle between the three major powers in the region namely Israel, Iran and Saudi Arabia, leading to greater conflict between these actors in the future. The rivalry within this triangle will continue due to contradictory domestic structures and the appetite for regional supremacy to out-maneuver others. Because of the mentioned decline, Iran it is more likely than the other two actors to go through significant change. This also explains the economic reasons as the major motivation behind the Geneva talks for the Iranians.

The last speaker of the session also put a strong focus on Iran and its interims deal in Geneva and predicted strong implications on the balance of power, especially towards the relationship between Israel and Iran, but also the Israeli-Palestinian conflict. In addition she warned not to underestimate the issue of security in the face of the collapse of nation states during the Arab spring.

The Middle East: What Is/Was the Garden of Eden?

Public Discussion

The first speaker was Alia Malek, who denounced the tragedy of the Syrian refugees. Nevertheless she observed that, despite the difficult conditions, they paradoxically represent one of the most powerful demonstrations that a united



E. Saint-Gerons



G. Auer Boreia

Syria could survive after the bloodbath of the civil war. Networks are namely established in the camps, people who would have never known each other became friends facing the same bitter destiny. The potential is therefore the creation of a ›new sense of belonging‹, the main failure of the Ba'athist regime.

Joseph Bahout warned that Syria has turned into a ›generator of conflicts‹ that potentially destabilizes the whole region. From a purely geopolitical point of view, two tiers are touched by this wave: Iraq and Lebanon on the one hand (which were fragile even before the outbreak of the Arab Spring), and Turkey and Jordan (which have to manage the problem of the refugees) on the other. The international community, he concluded, should be more creative and bolder. The only way to ensure stability and security is the creation of a federal structure (›a Federal Levant‹).

Mahmood Sariolghalam asserted that theory should not be completely despised, advocating a philosophical reflection on the concept of ›nation-state‹. Nation building is a rather painful process and it has always required the parallel consensus of both social groups and governing elites. Nevertheless, when conflicts arise, the consensus on the very basis of the state is unshakeable. We need a renewed ›appetite for consensus-building‹. The Iranian expert argued that Turkey is going to the right direction because every government in the past decades, independently from the political color, has focused on the economic development of the country. Moreover, he denounced that the economic integration of the Middle East is rather poor, societies are detached from one another, and people do no travel and do not know each other.

Avraham Burg pointed out that we are witnessing the apparent collapse of an entire region, its disintegration without prospects of reconstruction. This rather bleak vision was counterbalanced by a provocative statement: this moment will trigger a process of ›self conscience‹ by the people of this area, who will not allow the Westerners to act as their ›definers‹ anymore. ›The region will try to define itself by itself‹. The language of the West has become almost impossible to understand (›standards and double standards‹), it is rather clear that no Western country is ready to intervene on the ground in order to solve the problems. However, Burg claimed that it is necessary to go beyond the apparently hopeless confusion, viewing the present situation as ›an invitation to a new kind of relations‹. Linking his final statements with those of Sariolghalam, he argued that Iran decided to negotiate because of unbearable economic pressures. In the years to come, economic development will therefore be the driving force of policies.

EUROPEAN MEDITERRANEAN ACADEMY

International Fellowship Programme

Das Bruno Kreisky Forum war im April 2013 nach Brüssel eingeladen, im Rahmen der ›Parliamentary Assembly of the Union for the Mediterranean‹ im Europäischen Parlament die von uns vorgeschlagene Initiative eines Euro-Med Academy Fellowship Programs vorzustellen. Ausgehend von den verschiedenen Seminaren der letzten 2 Jahre (Vienna Conversations, Jewish Engagement with the Arab Question, Arab Engagement with the Jewish Question, Europe at Risk, Periphery at Risk) wurde dieses Projekt in Zusammenarbeit mit der ›Three Cultures Foundation‹ (Sevilla) entwickelt.



L. Farsak



W. Petrisch

Gemeinsam mit Elvira Saint Gerons (Direktorin der TCF) und Avraham Burg hatten wir auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz die Gelegenheit am 11. April im Kulturausschuss das Projekt zu präsentieren und für die Generalversammlung in den Katalog der empfohlenen Initiativen aufgenommen zu werden.

Am 12. April präsentierte André Azoulay (Präsident der TCF) in der Plenary Session die Ergebnisse des Anna Lindh Forums 2013 – zu der das Bruno Kreisky Forum als Repräsentantin des österreichischen ALF Netzwerkes eingeladen war – und das EMA Fellowship Programm, das von den 280 versammelten ParlamentarierInnen angenommen und zur weiteren Entwicklung vorgeschlagen wurde.

VISITS AND TALKS

Belfer Center/Kennedy School, Harvard Boston University

The Secretary General was invited in November to give talks at the Kennedy School (Belfer Center) in Harvard and at Boston University (Massachusetts) about the Role of Europe and the BKF Initiative ›Alternatives to Partition‹ in the context of the Israeli-Palestinian Conflict. Professor Hilary Rantisi (Harvard) and Professor Leila Farsakh (UMB) were the hosts, Wolfgang Petrisch, fellow at Weatherhead Center, in Harvard was present in the public.

›Europe has at its external borders too many volatile regions: the Mediterranean, the Balkans and the Middle East. While the United States are responsible for the welfare of the world – or at least in the West – to protect militarily, Europe is positioned in constant friction with the realities at its external borders at the forefront. Therefore it does everything possible – and sometimes successfully – to prevent violence, frustration and extremism.‹

In this sense, the Middle East conflict with all its political and religious dimensions is no distant foreign policy for Europe. Now, as Europe takes steps to implement its values, we must look forward and think about the next milestone: June 2017 will mark 50 years since the War of 1967, the beginning of the Israeli military occupation of the West Bank, East Jerusalem and the Gaza Strip. An occupation has to be temporary by definition. History has never known a temporary situation prolonged for five decades with harmful violent, dispossessing and devastating consequences in both societies.

Europe must have the courage and vision to accompany the international community in its efforts to resolve the Israeli-Palestinian conflict. Europe must implement its laws and principles and end temporality.

The case for an active EU role in promoting a value and rights based agreement to the Israeli-Palestinian conflict is thus overwhelmingly strong today from every conceivable angle. In all these different ways, a European initiative would not be a selfish act but a desperately needed contribution to the resolution of one of the most protracted and bitter conflicts of modern times, to regional stability and to international order. If ever there was a time for Europe to stand firm, it is now; and if ever there was a cause on which to stand firm, it is this one.‹



A. Azoulay



G. Auer Borela | M. Schulz

Anna Lindh Mediterranean Forum

The Anna Lindh Mediterranean Forum took place in Marseille April 4–7 and the Secretary General of BKF was invited as the Austrian representative of the ALF national network.

›If anything is clear from the society-shaking events experienced in the region, it is that governmental structures and other traditional sources of community authority need to be brought back to dealing with and for citizens. There must be a genuine partnership that implies shared ownership and a community of interests. Systems of power that merely feed the old system will not work.‹

In an international situation where economic and material resources are ever scarcer, the public must have a strong ownership on the priorities which are chosen. The potential of the region's abundant youthful energy and dynamism, coupled with its entrepreneurial and innovative spirit, is enormous. We need to address the issues which have undermined previous attempts at building a union for the peoples of the Mediterranean. Top-down solutions will not work. Mediterranean partnership must be for the citizens, from the citizens and to the citizens.‹

Martin Schulz, President of the European Parliament

André Azoulay, President of the Anna Lindh Euro-Mediterranean Foundation for the Dialogue Between Cultures



O. Rathkolb | B. Gebre | S. Gompertz



M. Nowak



H.P. Haselsteiner

COOPERATIONS

BRUNO KREISKY PREIS FÜR DIE VERDIENSTE UM DIE MENSCHENRECHTE

Die Stiftung wurde 1976 aus Anlass des 65. Geburtstages von Bruno Kreisky gegründet und hat seitdem über 130 Personen und Institutionen ausgezeichnet. Zu den Preisträgern und Preisträgerinnen zählten in der Vergangenheit Persönlichkeiten wie UN-Generalsekretär Kofi Annan, Ute Bock oder Nelson Mandela. 2013 gingen die Preise an Persönlichkeiten aus Äthiopien, Syrien und Österreich – Mazen Darwish, Dr.ⁱⁿ Bogaletch Gebre und Cecily Corti haben sich, teils unter großer persönlicher Gefahr, für Meinungsfreiheit, für die Rechte von Frauen und gesellschaftlichen Randgruppen eingesetzt.

Die Laudationes hielten S.E. Stephane Gompertz, Botschafter der Republik Frankreich in Österreich (für Bogaletch Gebre), Univ.Prof.Dr. Manfred Nowak (für Mazen Darwish) und Dr.Hans Peter Haselsteiner (für Cecily Corti).

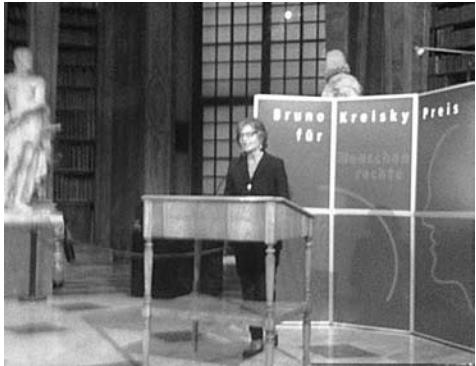
PreisträgerInnen:

Mazen Darwish

Der syrische Journalist und Menschenrechtsaktivist Mazen Darwish gründete im Jahr 2004 das Syrian Center for Media and Freedom of Expression (SCM). Gemeinsam mit anderen Aktivisten berichtete er über die eingeschränkte Meinungsfreiheit und die Situation der politischen Gefangenen in Syrien. Er setzte sich für eine Reform des Pressegesetzes ein und machte die internationale Öffentlichkeit auf das Verschwinden von Bloggern und Journalisten aufmerksam. Seit dem Beginn der Protestbewegung in Syrien gehörte er zu den wichtigsten Informationsquellen für ausländische Medien. Sein Engagement führte zu wiederholten Konflikten mit dem syrischen Regime. Seit 2007 war über ihn ein Reiseverbot verhängt und wurde mehrfach verhaftet. Im Februar 2012 wurden die Büros von SCM durch den syrischen Geheimdienst gestürmt und 16 Mitarbeiter verhaftet, darunter auch Mazen Darwish. Bis heute befindet sich Darwish in Haft. ›Reporter ohne Grenzen‹ wählte ihn zum Journalisten des Jahres 2012.

Bogaletch Gebre

Die äthiopische Menschenrechtsaktivistin Dr.in Bogaletch Gebre studierte ab 1975 als Fulbright-Stipendiatin Parasitologie und öffentliches Gesundheitswesen in den USA. Bereits in dieser Zeit gründete sie die Organisation Parent International Ethiopia-Development through Education. Nach ihrer Rückkehr nach Äthiopien 1997 rief sie gemeinsam mit ihrer Schwester Fikrete Kembatti Mentti Gezzimma-Tope (KMG) ins Leben. Das Engagement der Einrichtung ist vor allem Frauen und Randgruppen in ländlichen Gebieten Äthiopiens gewidmet und umfasst die Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung, von Kinderheirat und häuslicher Gewalt. Darüber hinaus werden interdisziplinäre Frauengesundheits- und Bildungsprogramme entwickelt, Projekte zur Eindämmung von HIV und AIDS umgesetzt und ökologische Initiativen veranlasst. 1,5 Millionen Menschen profitieren direkt von der Arbeit der KMG. Der große Erfolg zeigt sich in der Reduktion weiblicher Genitalverstümmelung um 97% innerhalb von zehn Jahren im Wirkungsbereich der Organisation und im



C. Corti



C. Corti

Rückgang der HIV-Infektionen. Frau Bogaletch Gebre wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem King Bedouin Foundation African Development Prize 2013, mit dem Jonathan Mann Award des Global Health Council 2007 und dem North-South Prize des Europarats 2005.

Cecily Corti

Cecily Corti, Obfrau der Vinzenzgemeinschaft St. Stephan, war 2004 Mitgründerin der VinziRast in Wien-Meidling und leitet dieseseitdem. Bei dieser Einrichtung handelt es sich um eine Notschlafstelle mit 48 Betten, in der auch Menschen Übernachtungsmöglichkeiten vorfinden, die in anderen Institutionen die Aufnahmekriterien nicht erfüllen. 2008 wurde das VinziRast-CortiHaus eröffnet – durch Spenden aus der Bauindustrie konnten hier 16 Wohnungen errichtet werden. Im Jahr 2010 wurde zudem eine Wohngemeinschaft für alkoholkranke Obdachlose eröffnet. Am Projekt Vinzi-Rast-MITTENDRIN wird seit 2011 gearbeitet. Cecily Corti wurde für ihr Engagement mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Goldenen Verdienstzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und der Ernennung zum Chevalier dans l'Ordre de la Légion d'Honneur.

BRUNO KREISKY PREIS FÜR DAS POLITISCHE BUCH

Der Neurowissenschaftler Eric Kandel und der ungarische Schriftsteller Imre Kertézs waren die Preisträger für das politische Buch 2012. Kandel, amerikanischer Wissenschaftler österreichischer Herkunft erhielt den Preis für sein Werk ›Das Zeitalter der Erkenntnis‹. Imre Kertész wurde für sein Gesamtwerk ausgezeichnet. Die Anerkennungspreise zum Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch erhielten Renée Lugschitz und Christiane Rothländer.

Eric Kandel, der im Jahr 2000 für seine Gedächtnifsorschung mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet wurde, entwickelt in ›Das Zeitalter der Erkenntnis‹ aus der Wiener Moderne um die Jahrhundertwende eine Geschichte der Erforschung des Unbewussten in Kunst, Geist und Gehirn vondamals bis heute. Kertész, ungarischer Schriftsteller jüdischer Abstammung, Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald, hat wie kaum ein anderer Autor den Holocaust radikal ins Zentrum eines Werks gestellt, das seinen Ausgang vom äußersten Grenzbereich menschlicher Erfahrung nehmen musste. 2002 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

Renée Lugschitz, die einen Anerkennungspreis erhielt, geht in ›Spanienkämpferinnen. Ausländische Frauen im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939‹, den Spuren der Frauen nach, die als Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg gegen Totalitarismus und Faschismus kämpften.

Der zweite Anerkennungspreis ging an Christiane Rothländer. Sie schließt mit ihrer umfangreichen Studie ›Die Anfänge der Wiener SS‹ eine Forschungslücke zur österreichischen Geschichte der frühen 1930er Jahre.

Der Sonderpreis für verlegerische Leistungen ging an den Wiener ›Nischen Verlag‹, der von Zsoka und Paul Lendvai 2012 gegründet wurde und dessen Ziel es ist, noch unbekannte oder bereits vergessene Bücher ungarischer AutorInnen in deutscher Sprache herauszugeben.

Der Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch wird jährlich vom Karl-Renner-Institut in Kooperation mit der sozialdemokratischen Bildungsorganisation verliehen. Mit diesem Preis wird im Sinne des Lebenswerks Bruno Kreiskys politische Literatur geehrt und gefördert, die für Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz, Kampf gegen Rechtsextremismus und für die Freiheit der Kunst einsteht.

LITERATUR IM NEBEL

Gastautor: **Louis Begley**

Als Ehrengast beim diesjährigen Festival ›Literatur im Nebel‹, in Heidenreichstein, war der 80-jährige Louis Begley, amerikanischer Schriftsteller (›Lügen in Zeiten des Krieges‹) mit polnischen Wurzeln, im Waldviertel.

Dem Autor, der 1991 mit seinem Romanerstling ›Lügen in Zeiten des Krieges‹ international reüssierte, wurde zwei Tage lang in Lesungen und Gesprächen Reverenz erwiesen. ›Jede Anekdot eines angeblichen Scheiterns lässt sich auch als Markstein des Aufstiegs verstehen‹: Dieser tröstliche Satz aus dem Roman ›Der Mann, der zu spät kam‹ steht gleichsam als Motto auf dem Programmzettel.

Anka Muhlstein, ebenfalls renommierte Schriftstellerin und Historikerin, relativierte zunächst ein gängiges Klischee: ›Es ist wahr, er bringt sich selbst in seine Bücher ein, wie alle Schriftsteller, aber sie für autobiografisch zu halten, wäre ein Fehler.‹ Das gelte selbst für den auf eigene Erfahrungen als getarnter Jude im Polen der Nazi-Zeit Bezug nehmenden Roman ›Lügen in Zeiten des Krieges‹, aus dem Zdenka Becker, Michael König und Sami Loris anschließend lasen. Im Gespräch mit dem Verleger Michael Krüger kam der auch als Anwalt tätig gewesene Begley – weniger resolut als nobel zurückhaltend – auf Erinnerungen an seine frühe Kindheit zu sprechen (›Könnte noch den Grundriss des Hauses zeichnen‹), aber auch über die Bedeutung sozialer Unterschiede in privaten Beziehungen.

60 YEARS ATOMS FOR PEACE

On 8 December 1953, U.S. President Dwight D. Eisenhower proposed the establishment of an organization for the peaceful use of atomic energy in his famous ›Atoms for Peace‹ speech to the United Nations General Assembly. Eisenhower's proposal eventually led to the founding of the International Atomic Energy Agency (IAEA) in 1957, the oldest and biggest international organization in Vienna/Austria. Even today, Eisenhower's ›Atoms for Peace‹ speech remains at the heart of debates over nuclear energy and non-proliferation.

The panel discussion on ›Sixty Years of Atoms for Peace‹ was organized by the IAEA History Research Project (Department of Contemporary History, University of Vienna) in cooperation with the Nuclear Proliferation International History Project (Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington D.C.).



J. Pucher

Panelists:

Joseph F. Pilat, Program Manager, Los Alamos National Laboratory; Global Fellow

and Co-Director, Non-Proliferation Forum, Woodrow Wilson Center

Odette Jankowitsch, Lecturer on international nuclear law; former Head of Section

IAEA Division for External Relations and Senior Legal Officer IAEA Office of Legal Affairs

Elisabeth Röhrlich, Researcher and Lecturer, IAEA History Research Project, Department of Contemporary History, University of Vienna

Chair:

Oliver Rathkolb, Professor, Department of Contemporary History, University of Vienna,

Head of the IAEA History Research Project

VERABSCHIEDUNG JOHANN PUCHER

Der Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik Johann Pucher verabschiedete sich im Juni in den Ruhestand. Die langjährige positive Zusammenarbeit mit dem Büro für Sicherheitspolitik wurde unter seiner Führung aufgebaut und zu einem festen Bestandteil der außen-und sicherheitspolitischen Programme des BKF. VertreterInnen der Kooperationsinstitute kamen zu seiner letzten Direktorenkonferenz in die Armbrustergasse.

BRUNO KREISKY FORUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG

VORSTAND

Franz Vranitzky	Gründungs- und Ehrenpräsident
Rudolf Scholten	Präsident
Brigitte Ederer	Vizepräsidentin
Max Kothbauer	Vizepräsident und stv. Kassier
Margit Schmidt	Kassierin
Eva Nowotny	Schriftführerin und Kuratorin
Patricia Kahane	stv. Schriftführerin

BEIRÄTE

Alexander Kahane	
Georg Lennkh	Kurator
Ewald Nowotny	
Wolfgang Petritsch	
Andreas Mailath-Pokorny	
Gertraud Auer Borea	Generalsekretärin
Andreas Staribacher	Rechnungsprüfer
Werner Obermayer	Rechnungsprüfer

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Helga Nowotny	Präsidentin des European Research Council
Oliver Rathkolb	Professor für Zeitgeschichte an der Universität Wien
Arnold Schmidt	Professor der Quantenelektronik an der Technischen Universität Wien, Kurator

KURATORINNEN UND KURATOREN

Isolde Charim	Philosophin und Autorin
Gudrun Harrer	Leitende Redakteurin, Der Standard
Robert Misik	Autor und Journalist
Bashir Bashir	Fellow, Van Leer Institute, Jerusalem

INTERNATIONAL FELLOWS AND PARTNERS

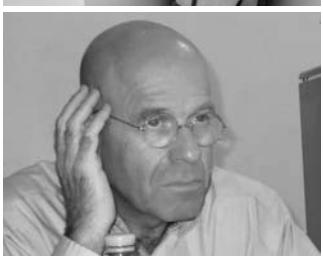
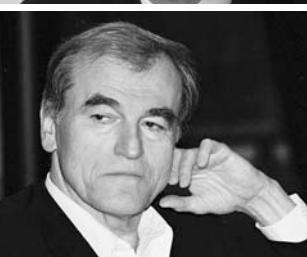
Ivan Krastev	Chairman of the Board of the Centre for Liberal Strategies; Permanent Fellow at IWM
Anna Ganeva	Executive Director, Centre for Liberal Strategies Sofia
Avraham Burg	Senior Fellow, Kreisky-Forum
Elvira Saint-Gerons	Director Three Cultures Foundation, Seville, Spain
Lars Ebert	Castrum Peregrini
Mark Leonard	Director, European Council on Foreign Relations

PROJEKTORGANISATION UND ADMINISTRATION

Melitta Campostrini	Lena Campostrini
Karin Mendel	Nathalie Luftenstein
Interns: Benjamin Naegele	Simone Ros

HAUSWART

Wolfgang Freitag
Mladen Racanovic



IMPRESSUM Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Gertraud Auer Borea | Generalsekretärin

Grafik Fineline | Graphic & Typography

Bildbearbeitung gerhard e. pany

Fotonachweis Bruno Kreisky Forum
Daniel Novotny

Druck Gugler Cross Media | Melk

Kontakt Bruno Kreisky Forum
für Internationalen Dialog
Armbrustergasse 15
1190 Wien
T +43 1 31 88 260
F +43 1 31 88 260-10
kreiskyforum@kreisky.org